Mittwoch, 11. September 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 211 - 37. W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 38,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Appell: Ost-Berlin ist jetzt auch von einem hohen Gast aus dem neutralen Ausland gemahnt worden, sich an die Schlußakte von Helsinki zu halten. Bei einem Essen Honeckers für den finnischen Premier Kalevi Sorsa forderte der Gast, die KSZE-Akte „im Leben unserer Staatsbürger" Wirklichkeit werden zu lassen. (S. 4)

Berlin: Eine positive Bilanz der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung zog der Regierende Bürgermeister Diepgen vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. „Berlin ist eine Stadt im Wachstum", sagte Diepgen. Die Gesamtbeschäftigung liege um ein Prozent höher als vor einem Jahr, erstmals seit 1981 sei der Anteil der Bundeshilfe am Berliner Landeshaushalt gesunken.

Nachfolger: Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags und damit Nachfolger des verstorbenen Werner Marx wird der CDU-Abgeordnete Hans Stercken (62). Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nominierte ihn auf ihrer Tagung in Berlin. (S. 2)

„Vorwärts": Entgegen dem Rat des zurückgetretenen SPD-Schatzmeisters Wischnewski soll die defizitäre SPD-Wochenzeitung in der jetzigen Form erhalten bleiben. Wischnewski wollte sie zunächst nur noch monatlich erscheinen lassen. (S. 12)

Aufruhr: Bei den schwersten Rassenkrawallen, die das Land seit dem Aufruhr in Südlondon vor vier Jahren erlebt hat, sind in der mittelenglischen Industriestadt Birmingham mindestens zwei Personen getötet und 30 verletzt worden. Dutzende von Geschäften, eine Kirche, eine Gaststätte und eine Autowerkstatt wurden niedergebrannt. (S. 5)

Schiiten: Israel hat die letzten 119 Libanesen freigelassen, die während des Libanonfeldzugs und bei späteren Razzien gefangengenommen worden waren.

Afghanistan: Nach einem Monat haben die sowjetischen Truppen ihre Offensive gegen den Widerstand im Osten des Landes eingestellt. Auf beiden Seiten gab es schwere Verluste. Den Sowjets sei es aber nicht gelungen, den Nachschub für den Widerstand aus Pakistan zu unterbrechen, berichteten westliche Diplomaten.

Medien: Alle innerhalb der EG produzierten privaten Fernsehprogramme sollen künftig in Hamburg ins Kabelnetz eingespeist werden können. Nach einer Entscheidung der Senatskanzlei sollten die Programme aus EG-Ländern auch schon vor dem Inkraftreten des Hamburger Mediengesetzes, in dessen Entwurf eine entsprechende Regelung vorgesehen ist, gleichgestellt werden.

ZITAT DES TAGES



„Nur wenn die Unternehmen durch den Einsatz neuer Technologien wettbewerbsfähig bleiben, sind sie in der Lage, Arbeitsplätze zu erhalten beziehungsweise einen beachtlichen Teil mit Hilfe der Technik eingesparter Arbeitsplätze wiederzugewinnen"

Heinrich Franke, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit FOTO: DIE WELT

WIRTSCHAFT

Wachstum: Das Bruttosozialprodukt ist im zweiten Quartal 1985 um 5,1 Prozent gewachsen. Nach Abzug der Inflationsrate lag der Wert noch um 3,2 Prozent über dem Vorjahresniveau. (S. 13)

Keine „Job-Killer": Mikroelektronische „Chips" führen unter dem Strich nicht zu mehr Arbeitslosigkeit, sondern sichern im Gegenteil bestehende und schaffen neue Arbeitsplätze, heißt es in einer Dokumentation des Bundesforschungsministeriums. (S. 13)

Steuern: Über eine Abschaffung der Börsenumsatz- und der Gesellschaftssteuer in der nächsten Legislaturperiode will Bonn noch in diesem Jahr entscheiden.

Autoindustrie: VW ist es erstmals gelungen, auf dem europäischen Pkw-Markt die Spitzenposition zu übernehmen. (S. 17)

Börse: Auslandskäufe beschleunigten gestern das Tempo am Aktienmarkt. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 214,11 (211,79). BHF-Rentenindex 105,131 (105,136). Performance Index 107,437 (107,411). Dollarmittelkurs 2,9480 (2,9455) Mark. Goldpreis 321,65 (319,35) Dollar.

KULTUR

Passion: Bei den Berliner Festwochen brachte Mauricio Kagel in Anwesenheit des Bundespräsidenten sein Chorwerk „Sankt-Bach-Passion" zur Uraufführung. Kagels Bach-Huldigung in Form einer geistlichen Passion war von einigen Mitwirkenden mit dem Vorwurf der Blasphemie boykottiert worden. (S. 23)

Analphabeten: Derzeit gibt es weltweit 889 Millionen Erwachsene, die weder lesen noch schreiben können, berichtete die UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur auf dem internationalen Alphabetisierungstag in Paris. Den größten Anteil daran habe Asien mit 660 Millionen. (S. 23)

SPORT

Eiskunstlauf: Erfolgstrainer Zöller wird von der Deutschen Eislauf-Union nicht mehr als Kadertrainer akzeptiert. Er weigert sich, mit der deutschen Meisterin Claudia Leistner zu arbeiten.

Boxen: Beim 3. Weltcup der Amateurboxer Ende Oktober in der künftigen Olympiastadt Seoul werden sowohl alle osteuropäischen Verbände als auch die Nationalstaffel Kubas teilnehmen.

AUS ALLER WELT

Boykott: 250 000 Schulkinder sind in New York von ihren Eltern vom Unterricht ferngehalten worden, weil ein Schüler einer Grundschule an der Immunschwäche Aids erkrankt ist. Der Name der Schule wird von den Behörden verschwiegen. Die Eltern wollen, daß das Kind vom Unterricht ausgeschlossen wird. (S. 24)

Neue Opfer: Der florentinische Liebespaarmörder hat jetzt insgesamt schon 16 Menschen auf dem Gewissen. An einem einsamen Feldweg wurden die Leichen eines französischen Liebespaares gefunden. (S. 24)

Wetter: Heiter bis wolkig, 19 bis 23 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Beamte dürfen Streikende im öffentlichen Dienst ersetzen

Bundesarbeitsgericht entscheidet Rechtsstreit zwischen Post und Gewerkschaft

gba. **Bonn**

Beamte dürfen auch künftig die Tätigkeiten streikender Angestellter und Arbeiter des öffentlichen Dienstes für die Dauer des Arbeitskampfes übernehmen. Das hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel gestern in einem von der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) angestrengten Verfahren entschieden. Mit dem von den Gewerkschaften als „Streikbrecher" bezeichneten Einsatz von Beamten während eines Arbeitskampfes werde weder gegen die Neutralitätspflicht des Staates verstoßen, noch werde die Parität der beiden Arbeitskampfparteien entscheidend gestört, befand das BAG (Az.: 1 AZR 262/84).

Bei dem von der DPG bis in die oberste Instanz geführten Verfahren ging es nach einhelliger Ansicht von Gewerkschaft und öffentlichen Arbeitgebern um eine Grundsatzentscheidung. Der konkrete Anlaß war der Aufruf der Postgewerkschaft zum Streik der Arbeitnehmer bei der Bundespost im November 1980. Damals sollte ein Tarifvertrag zur Regelung des Schichtdienstes durchgesetzt werden. Die Bundespost verfügte am 18. November 1980, daß Beamte zur Mehrarbeit herangezogen werden sollten und vorübergehend auch andere als ihre regelmäßigen Aufgaben auf den bestreikten Plätzen von Arbeitern und Angestellten wahrnehmen sollten. Damit sollten die internen Betriebsstörungen infolge des Streiks aufgefangen werden.

Die Postgewerkschaft ordnete dies als Verstoß gegen die grundgesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit und die Tarifautonomie ein. Sie forderte in einem Verfahren vor dem Arbeitsgericht, der Bundespost den Einsatz von Beamten als „Streikbrecher" künftig zu verbieten. Das Arbeitsgericht gab der Klage statt; das Landesarbeitsgericht Köln dagegen wies sie mit Urteil vom 23. März 1984 ab.

In der Urteilsbegründung bezieht sich das BAG ausdrücklich auf die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 10. Mai 1984, nach der ein Beamter verpflichtet ist, einer Anordnung seines Dienstherrn zur Tätigkeit auf einem bestreikten Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst Folge zu leisten. Das BAG argumentiert, daß die Bundespost wie jeder andere Arbeitgeber mit dem Beamteneinsatz „den Folgen eines Streiks begegnen" wolle. Diese Abwendung von Streikfolgen sei grundsätzlich jedem Arbeitgeber, also auch dem staatlichen, erlaubt. Die Arbeitnehmer in der Wirtschaft dürften Streikarbeit verweigern, die Beamten hingegen hätten solchen Anordnungen Folge zu leisten. Insoweit befinde sich die Bundespost in einer „günstigeren Lage" als private Arbeitgeber. Das BAG: „Dadurch wird jedoch die Parität der beiden Arbeitskampfparteien nicht entscheidend gestört." Der Streik der Arbeitnehmer werde durch den Beamteneinsatz nicht wirkungslos, denn der ordnungsgemäße Ablauf werde auf jeden Fall gestört. Gegen die Neutralitätspflicht des Staates im Arbeitskampf werde nicht verstoßen, weil der Staat hier selbst Betroffener sei und sich auch nicht mit hoheitlichen Mitteln gegen den Streik wehre.

Der stellvertretende DPG-Vorsitzende Klaus-Dieter Zemlin sprach von einer „Herausforderung" durch das Urteil. Die Koalitionsfreiheit der Beamten sei gefährdet. Ziel bleibe ein einheitliches Dienstrecht von Beamten, Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst. Demgegenüber begrüßte der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes (DBB), Alfred Krause, daß nun „Klarheit und Rechtssicherheit" herrsche.

DER KOMMENTAR

Klarheit aus Kassel

GÜNTHER BADING

Beamte sind keine „Streikbrecher". Sie können im Arbeitskampf jederzeit zur Abwendung von Streikfolgen durch ihren Dienstherrn, den öffentlichen Arbeitgeber, herangezogen werden. Die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes in Kassel schafft die gerade im Bereich des Arbeitskampfrechts so häufig vermißte Klarheit. Der Einsatz von Beamten auf den Posten der streikenden und streikberechtigten Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst beschädigt weder die Tarifautonomie, noch verletzt er die Kampfparität der Tarifvertragsparteien – konkret waren es Bundespost und Postgewerkschaft. Das Bundesarbeitsgericht hat sich mit seiner Entscheidung nicht beeindrucken lassen von Kampfgeschrei und öffentlichem Druck gewerkschaftlicher Massenmitgliedschaft.

Die obersten Arbeitsrichter haben nicht nur den Streit um eine Detailfrage des Arbeitskampfrechts entschieden. Sie haben das besondere Verhältnis zwischem dem Beamten und seinem Dienstherrn – von den Gewerkschaften seit jeher bekämpft – in seiner Substanz bekräftigt. Die Forderung des DGB nach einem Einheitsdienstrecht, nach Gleichstellung von Beamten, Arbeitern und Angestellten und damit nach Einführung des Streikrechts für die Beamten, ist und bleibt nach diesem Urteil „abwegig". Sie liegt nicht auf dem Weg unserer Rechtsentwicklung. Das Bundesarbeitsgericht hat weiterhin gut daran getan, die in ihrer Loyalität gegenüber dem Staat gerade in Streik-Zeiten geprüfte Beamtenschaft ausdrücklich an den Spruch des Bundesverwaltungsgerichts vom vergangenen Jahr zu erinnern. Dieses Urteil stellt die Pflicht des Beamten über das persönliche Solidaritätsempfinden mit dem streikenden Angestellten oder Arbeiter. Beamte dürfen nicht nur auf Arbeitnehmerposten während eines Streiks arbeiten; sie müssen Anordnungen dazu in jedem Falle Folge leisten. Ein notwendiges Wort in einer Zeit, in der so mancher aus Begriffen wie „Widerstand" oder „Solidarität" eine individuelle Legitimation zu unrechtem Handeln herleiten möchte.

Das Bundesarbeitsgericht hat klar unterschieden, ob eine staatliche Institution – hier die Post – im Arbeitskampf als Betroffene des Konflikts oder als Trägerin hoheitlicher Aufgaben handelt. Als Betroffene braucht sie nicht neutral zu sein; bei hoheitlichem Handeln ja. Für die Diskussion um die Neutralitätspflicht der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit bei Streiks ist dies ein wichtiger Hinweis. Denn die handelt im Arbeitskampf niemals als Betroffene.

„Bleifrei" billiger? Vorstoß in Bonn

Initiative Zimmermanns / Finanzminister Stoltenberg äußerte sich bisher ablehnend

PETER JENTSCH, **Bonn**

Bundesinnenminister Zimmermann erwägt einen Vorstoß, um bleifreies Benzin weiter zu verbilligen. Diese Initiative wird er heute nach Informationen der WELT mit Bundeskanzler Kohl und Bundesfinanzminister Stoltenberg erörtern. Zur Zeit ist bleifreies Benzin immer noch um durchschnittlich zwei Pfennig teurer als verbleiter Kraftstoff. Seinen Vorstoß deutete der Innenminister gestern in einer Erklärung zur Internationalen Automobilausstellung (IAA) mit den Worten an, die Bundesregierung müsse „alle Wege prüfen, ob und inwieweit für den Autofahrer das Angebot an bleifreiem Benzin noch attraktiver gestaltet werden kann".

Während sich das Bundesfinanzministerium bisher zu ähnlichen Forderungen Baden-Württembergs und der SPD-regierten Länder ablehnend äußerte, plädierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der vergangenen Woche dafür, den Steuervorteil für bleifreies Benzin von heute vier Pfennig je Liter weiter zu spreizen. Sollte sich Zimmerman gegenüber Stoltenberg durchsetzen, könnte eine entsprechende Entscheidung schon heute im Kabinett fallen. Das Kabinett will heute auf alle Fälle beschließen, alle Dienstfahrzeuge des Bundes umzurüsten. Bisher sollten nur neue Fahrzeuge des Bundes schadstoffarm ausgerüstet sein. Zimmermann: Mit einem solchen weltweit noch nicht vorhandenen Programm bestätige die Bundesregierung „ihre umweltpolitische Vorreiterrolle" und setze für die privaten Autofahrer ein deutliches Signal.

Zimmermann begrüßte die „umweltpolitische Offensive" der Automobilindustrie, die mittlerweile 130 umweltfreundliche Katalysator-Modelle anbiete. Die Industrie habe die von der Bundesregierung initiierte Ausrichtung auf den Umweltschutz verstanden; bei der letzten IAA vor zwei Jahren sei noch kein einziges „Umweltmodell" angeboten worden.

Zur Zeit, so erklärte Zimmermann weiter, seien annähernd 80 000 Fahrzeuge im Verkehr, die den strengen US-Abgasnormen entsprächen. Gut die Hälfte davon sei mit einem geregelten Drei-Wege-Katalysator ausgerüstet. Darüber hinaus hielten mehr als 245 000 Dieselfahrzeuge bereits die weniger scharfen europäischen Grenzwerte ein und seien daher schadstoffarm. Schließlich besitze die Bundesrepublik mittlerweile ein flächendeckendes bleifreies Tankstellennetz. Weitere 1000 Zapfsäulen sollen in Kürze hinzukommen.

Der SPD-Abgeordnete Klaus Lennartz kündigte einen Gesetzentwurf an, in dem eine weitere Steuersenkung für bleifreies Benzin gefordert wird.

Weinberger: Die besten Gehirne für SDI-Projekt

DW. **Washington**

Der Wunsch der US-Regierung, bei der von Präsident Ronald Reagan eingeleiteten Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) mit westeuropäischen Verbündeten zusammenzuarbeiten, wird nach Darstellung von Verteidigungsminister Caspar Weinberger durch den jüngsten Spionageskandal in der Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt. Bei einem Gespräch mit Journalisten aus NATO-Ländern beteuerte Weinberger in Washington, der Spionageskandal werde nicht dazu führen, daß die USA den europäischen Partnern Ergebnisse der Forschungsarbeiten für die Schaffung eines Raketenabwehrsystems im Weltraum vorenthielten, wenngleich die US-Regierung sich nach Kräften bemühe, den Diebstahl westlicher Technologie durch die Sowjetunion zu verhindern.

Weiter sagte Weinberger: „Spionage ist immer unangenehm, und wir tun unser Bestes, um uns davor zu schützen, aber wir werden nicht sagen, wir können Europa nichts mehr anvertrauen, weil in Europa spioniert wird. Traurigerweise kommt auch in den Vereinigten Staaten Spionage vor. Auch wir haben auf diese Weise Verluste erlitten."

Der amerikanische Verteidigungsminister äußerte die Hoffnung, daß die verbündeten Länder ihren mit Spitzentechnologie befaßten Firmen die Beteiligung am SDI-Projekt genehmigten. Er meinte, die besten Gehirne der Welt müßten an das Projekt gesetzt werden. „Staatliche Beteiligung ist weder wünschenswert, noch wird sie verlangt", fuhr er fort.

„Einmischung verzögert Reform in Südafrika"

DW. **Johannesburg**

Von ausdrücklicher Unterstützung bis zu völliger Ablehnung reichen die Reaktionen des In- und Auslands auf die von US-Präsident Ronald Reagan gegen Südafrika verhängten Sanktionen. Während der amerikanische Vizepräsident George Bush das Verbot von Krediten sowie die Exportbeschränkungen für Computer- und Nukleartechnologie als ein „Signal an die südafrikanische Regierung" verteidigte, erklärte der farbige US-Politiker Jesse Jackson, die Sanktionen reichten nicht aus, um Änderungen in der Rassentrennungspolitik herbeizuführen.

SEITE 8:
Die Sanktionen

Südafrikanische Finanzexperten waren der Ansicht, der größte Teil der verhängten Sanktionen werde kaum Auswirkungen auf die Wirtschaft haben. Auch Regierungschef Pieter Willem Botha ist der Überzeugung, daß die Maßnahmen „weniger schädlich" seien als die vom Kongreß vorgeschlagenen Gesetze. Er betonte gleichzeitig, daß Südafrika selbst entscheiden werde, was in seinem Interesse liege. Die friedliche Reform könne durch „auswärtige Einmischungsversuche nur verzögert werden".

Aus Protest gegen die Apartheidpolitik haben gestern mehrere Bundestagsabgeordnete der Grünen die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria „besetzt". Die Abgeordneten wollen das Gebäude erst nach 48 Stunden wieder verlassen.

Bürgerliche siegen knapp in Norwegen

AP, **Oslo**

Die bürgerliche Regierung in Norwegen hat sich bei den Parlamentswahlen vom Montag trotz empfindlicher Verluste mit der Mehrheit von nur einem Mandat behaupten können. Es ist der knappste Ausgang einer Parlamentswahl seit 1947. Der siegreich gebliebene Ministerpräsident Kaare Willoch ist in diesem Jahrhundert der erste konservative Politiker Norwegens, der seine zweite Amtszeit antreten kann. Willoch kündigte an, daß er mit künftig 78 Abgeordneten der Koalition aus Konservativen, dem Zentrum und der Christlichen Volkspartei weiterregieren wolle. Der nicht zur Koalition gehörenden ultrakonservativen Fortschrittspartei, die noch mit zwei Mandaten im Parlament vertreten ist, wird eine entscheidende Rolle zukommen. Sie hat sich für Steuersenkungen stark gemacht und ist theoretisch in der Lage, alle Regierungsvorlagen zu blockieren.

Seiten 2 und 7: Weitere Beiträge

Handwerk begrüßt neue Kabelgebühr

fac. **Bonn**

Wer noch in diesem Jahr einen Kabelanschluß für eine Wohneinheit beziehungsweise für ein Einzelhaus beantragt, braucht unter bestimmten Voraussetzungen nur 500 Mark zu zahlen, auch wenn sich der Postverwaltungsrat der von Minister Schwarz-Schilling vorgeschlagenen Gebührenerhöhung auf 750 Mark zum 1. Januar 1986 anschließen sollte. Das Postministerium bestätigte gestern, Voraussetzung sei, daß der Anschluß „innerhalb der nächsten zehn Monate geschaltet wird und dann eine Gebührenpflicht besteht".

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks äußerte die Erwartung, daß von der Gebühren-Staffelung nach Wohneinheiten wichtige Impulse für die Entwicklung des Kabelfernsehens ausgehen werden. Der Verband wies darauf hin, daß bereits von der zweiten Wohneinheit an die Anschlußgebühr stark sinke. Bei 200 Einheiten betrage sie nur 37,50 Mark je Wohneinheit.

Kreml erinnert an SPD/SED-Vorstoß

DW. **Moskau**

Weitgehende Einigkeit in sicherheitspolitischen Fragen haben der sowjetische Parteichef Gorbatschow und der stellvertretende SPD-Vorsitzende Rau gestern im Ministerratsgebäude an der Kremlmauer demonstriert: Gorbatschow griff die von SPD und SED im Juni gemeinsam vorgeschlagene „chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa" auf und kündigte an, eine derartige Vereinbarung zu respektieren und zu garantieren, wenn die USA sich ebenfalls dazu verpflichteten. Die Bundesregierung hat allerdings deutlich gemacht, daß sie sicherheitspolitische Bedenken habe und in dem von SPD/SED-Vorschlag eine Unterhöhlung der Genfer Verhandlungen über ein weltweites Verbot von C-Waffen sehe. Gorbatschow warnte Bonn vor „revanchistischen Impulsen". Rau berichtete, daß wegen der positiven Haltung zum SDI-Programm der USA die Bundesregierung „sehr kritisch eingestuft" worden sei.

Die Jagd auf die „Techno-Banditen"

DIETER THIERBACH, **Bonn**

Was haben Colonel Najmeddin A. El-Yugi und J. C. „Pug" Smith gemeinsam? Antwort: Sie gehören zu den „zehn meistgesuchten Techno-Banditen", die der amerikanische Zoll auf seiner schwarzen Liste stehen hat. Sie ist – in einer aktuellen Fassung – im vergangenen Monat erschienen und basiert auf den jüngsten Erfolgen der „Operation Exodus". Hinter diesem Namen verbirgt sich eine schlagkräftige Truppe des Zolls, die illegale Hochtechnologie-Exporte in Ostblockländer und das Verschieben von Kriegsausrüstungen in Drittländer verhindern will.

El-Yugi, die Nummer acht auf der Liste, ein Versorgungs-Offizier aus Libyen, ist angeklagt, am größten illegalen Export-Fall der Vereinigten Staaten beteiligt zu sein. Er ist der angebliche Drahtzieher in einem Deal, bei dem Flugzeugteile nach Libyen über die Bundesrepublik und Italien verschoben wurden. „Pug" Smith, die Nummer zwei, ist Amerikaner und wird auch im Zusammenhang mit „illegalem Verkehr strategischer Güter" gesucht, bei dem Waffen nach Iran geschmuggelt wurden.

Die Nummer eins auf der Zöllner-Suchliste ist der 43jährige Deutsche Richard Müller. Der Flüchtling, bereits seit 1976 per Haftbefehl gesucht, wurde 1979 von einem kalifornischen Gericht in Abwesenheit zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Er ist angeklagt, hochwertige Computerausrüstung, ja sogar ganze Fertigungsstraßen zur Herstellung von Mikrochips in die Sowjetunion verschoben zu haben. Der Wert des Materials, das er lieferte, wird auf 58 Millionen Mark geschätzt; der tatsächlich von Moskau gezahlte Preis dürfte etwa dreimal so hoch liegen.

Der Zoll veröffentlicht diese Liste, so der Sprecher, „weil diejenigen, die bei der Technologie- und Waffenschmuggelei mitmachen, wissen sollen, daß wir sie verfolgen, wo immer sie sich auch aufhalten." Daß der lange Arm sie tatsächlich erwischt, hat sich gezeigt, als die Briten im Mai einen der meistgesuchten „Techno-Banditen" in London verhafteten: Werner Bruchhausen.

Bereits seit Jahren verzeichnen die weltweit agierenden „Exodus"-Spezialisten Erfolge bei der Bekämpfung des Schmuggels mit „kritischen Datentechnologien". Die Liste wird in regelmäßigen Abständen auf den neuesten Stand gebracht und an die Zollbehörden vor Ort sowie an Bundesbehörden verschickt. Sprecher Edward Kittredge sagte, daß hauptsächlich Fotos und detaillierte Einzelheiten der Verdächtigen für die kommenden „Steckbriefe" gesammelt werden sollen.

Der Zoll sieht sich außerstande, abzuschätzen, wieviel Material tatsächlich illegal außer Landes gebracht wird. Die Anzahl der Beschlagnahmen gibt, so Kittredge, einen kleinen Vorgeschmack auf die „Größe des Problems". Vom Beginn der Operation „Exodus" im Oktober '81 bis zum Juni '85 beschlagnahmten die Zollinspektoren mehr als 4000 verdächtige Artikel im Wert von 274 Millionen US-Dollar. Bis zum März dieses Jahres wurden 579 Personen verhaftet, 369 von ihnen rechtskräftig verurteilt.

„Solidarität"-Aufruf zu Wahlboykott ohne Walesa

Der polnische Arbeiterführer will sich erst später äußern

DW. **Warschau**

Hundert führende Mitglieder der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität" haben zu einem Boykott der Parlamentswahl am 13. Oktober aufgerufen. In dem westlichen Journalisten übergebenen Schreiben nennen die Unterzeichner die Wahl des Sejm eine „Farce" und fordern ihre Landsleute auf, ihr aus Protest gegen politische Unterdrückung und zunehmende Armut in Polen fernzubleiben. Zu den bekanntesten Namen unter dem Appell zählen die des inhaftierten ehemaligen Breslauer Gewerkschaftsführers Wladyslaw Frasyniuk, des „Solidarität"-Beraters Jacek Kuron und des früheren Pressesprechers der Gewerkschaft, Janusz Onyszkiewicz.

Dagegen hat der letzte Vorsitzende der „Solidarität", Lech Walesa, den Appell nicht unterzeichnet. Ein Sprecher des Arbeiterführers erklärte auf Anfrage in dessen Danziger Wohnung, Walesa werde zu gegebener Zeit eine eigene Erklärung zu der Parlamentswahl abgeben. Im Gegensatz zu ihm gehören die Walesa-Rivalen Andrzej Gwiazda, Marian Jurczyk und Jan Rulewski zu den Unterzeichnern des Boykottaufrufs. Darin wird eine Teilnahme an der Wahl als „Unterstützung für die auf Gewalt gestützte Partei-Staatsdiktatur" abgelehnt. Auch würden mit einem Urnengang die „zynischen Beschränkungen der Menschenrechte" gebilligt, heißt es weiter in der Erklärung der mit Ausnahme Frasyniuks auf freiem Fuß befindlichen Gewerkschafter.

Äußerst skeptisch gegenüber den Wahlen zum Sejm haben sich auch die katholischen Bischöfe des Landes geäußert. Das Regime ist darum bemüht, dem Episkopat eine Stellungnahme zugunsten der Wahlen abzuringen. Darauf deutet auch die Absicht General Jaruzelskis hin, noch in diesem Monat vom Papst in Rom empfangen zu werden. Walesa hatte vor wenigen Tagen ein Gespräch mit Primas Glemp. Bei dieser Unterredung dürfte es ebenfalls um eine Erklärung für oder gegen ein Wahlboykott gegangen sein.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bisher viel Ausgespartes

Von Wilhelm Hadler

Besser als erwartet lassen sich die Verhandlungen der EG-Außenminister in Luxemburg an. Auch die Mitgliedsstaaten, die sich beim Mailänder Gipfel gegen eine Regierungskonferenz zur Revision der Römischen Verträge zur Wehr gesetzt hatten, zeigen guten Willen. Daraus aber den Schluß zu ziehen, die Hindernisse für eine vertragliche Absicherung der außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit seien im Schwinden und die Bereitschaft wachse, neue Regeln für die Kompetenzverteilung zwischen Ministerrat, Kommission und Parlament zu akzeptieren, wäre verfrüht. Auch die These der Bundesregierung, es genüge, den Reformzug in Bewegung zu setzen, um die zaudernden Partner zum Aufspringen zu veranlassen, bedarf noch der Bestätigung – allzu leicht kann der Zug noch entgleisen.

Der Einstieg in die Reformdebatte ist vor allem deshalb gelungen, weil die Luxemburger Präsidentschaft die zur Diskussion stehenden Probleme geschickt präsentiert hat. Ihr vorbereitendes Papier läßt offen, wie weit die erforderlichen Verbesserungen im Beschlußverfahren innerhalb des derzeitigen Vertragsrahmens möglich sind. Auch die von einigen Mitgliedsstaaten abgelehnte Ausdehnung der Mitspracherechte des EG-Parlaments und die Frage, ob die politische Kooperation einen gesonderten Vertrag nötig macht, wurde vorerst ausgespart.

Vor allem den Briten, die Vertragsänderungen ablehnen, erleichtert das Papier die Teilnahme an den Verhandlungen. Die zögernden Partner können sich jetzt von Fall zu Fall die Argumente für eine Änderung der Entscheidungsverfahren anhören und die Beweislast für die Notwendigkeit von Vertragsergänzungen anderen zuweisen.

Vertragsänderungen sind gegen Briten, Griechen oder Dänen nicht möglich. Sie bedürfen zudem einer Ratifizierung durch alle nationalen Parlamente. Damit bleibt die Gefahr bestehen, daß die Reformdiskussion sich erneut in Länge zieht oder wieder einmal nur zu unverbindlichen Absichtsbekundungen führt. London hat bereits davor gewarnt, „zu viele Zielsetzungen in den Weihnachtsbaum zu hängen".

Verantwortungsgefühle

Von Rüdiger Moniac

Die bitteren Früchte einer unreifen SPD-Politik hat Johannes Rau in Moskau schlucken müssen. Gorbatschow hat sie ihm gepflückt, als er sagte, die Sowjetunion sei bereit, die Einrichtung einer von chemischen Waffen freien Zone an der Trennungslinie in Mitteleuropa zu unterstützen und zu garantieren, wenn dies die USA auch täten. Rau konnte angesichts dieser Dreistigkeit – in diplomatischen Formen, versteht sich – nicht auf den Tisch schlagen und die wirklich verläßliche chemische Abrüstung, die nur weltweit denkbar ist, einfordern. Er wäre sonst seinen eigenen Genossen in den Rücken gefallen, die als „Neben-Regierung" zur in Bonn verantwortlichen Bundesregierung den Plan einer chemiewaffenfreien Zone mit der SED in Ost-Berlin ausgehandelt hatten.

An dieser unreifen Frucht zeigt sich, wie schnell die Handlungsfähigkeit eines für die Kanzlerkandidatur vorgesehenen Politikers eingeengt wird, wenn er auf das Handeln der „Baracke" und der Fraktion keinen Einfluß hat. Rau müssen angesichts solcher Festlegungen düstere Ahnungen befallen. In der C-Waffen-Frage jedenfalls schaffen partielle davon freie Zonen nicht mehr Sicherheit, sie gaukeln sie vielmehr nur vor.

Zu ähnlich deftigen Wörtern zu greifen, ist geneigt, wer darüber hinaus zur Kenntnis nimmt, was das SPD-Präsidium – übrigens in Abwesenheit Raus – in Bonn soeben als gemeinsame Meinung beschloß. Zur Verteidigung der Bülowschen Thesen ließen sich die Spitzengenossen zu dem bemerkenswerten Satz hinreißen: „Die Bundesregierung läßt sich im Strom eines Wettrüstens treiben, das die Unsicherheit ständig steigert." Eine von der Wirklichkeit weiter entfernte Aussage über die Bonner Politik hat man lange nicht mehr lesen können – allenfalls aus den Reihen der Grünen.

Wer das für richtig hält, der hat wohl ein gestörtes Verantwortungsgefühl für das Ganze. Ein Wettrüsten findet nämlich nicht statt. Und eine Analyse der amerikanischen und sowjetischen Rüstungsanstrengungen und der diplomatischen Initiativen zur Abrüstung zeigt, daß an der Spirale der Steigerung militärischer Macht in der Sowjetunion und nicht in den USA gedreht wird.

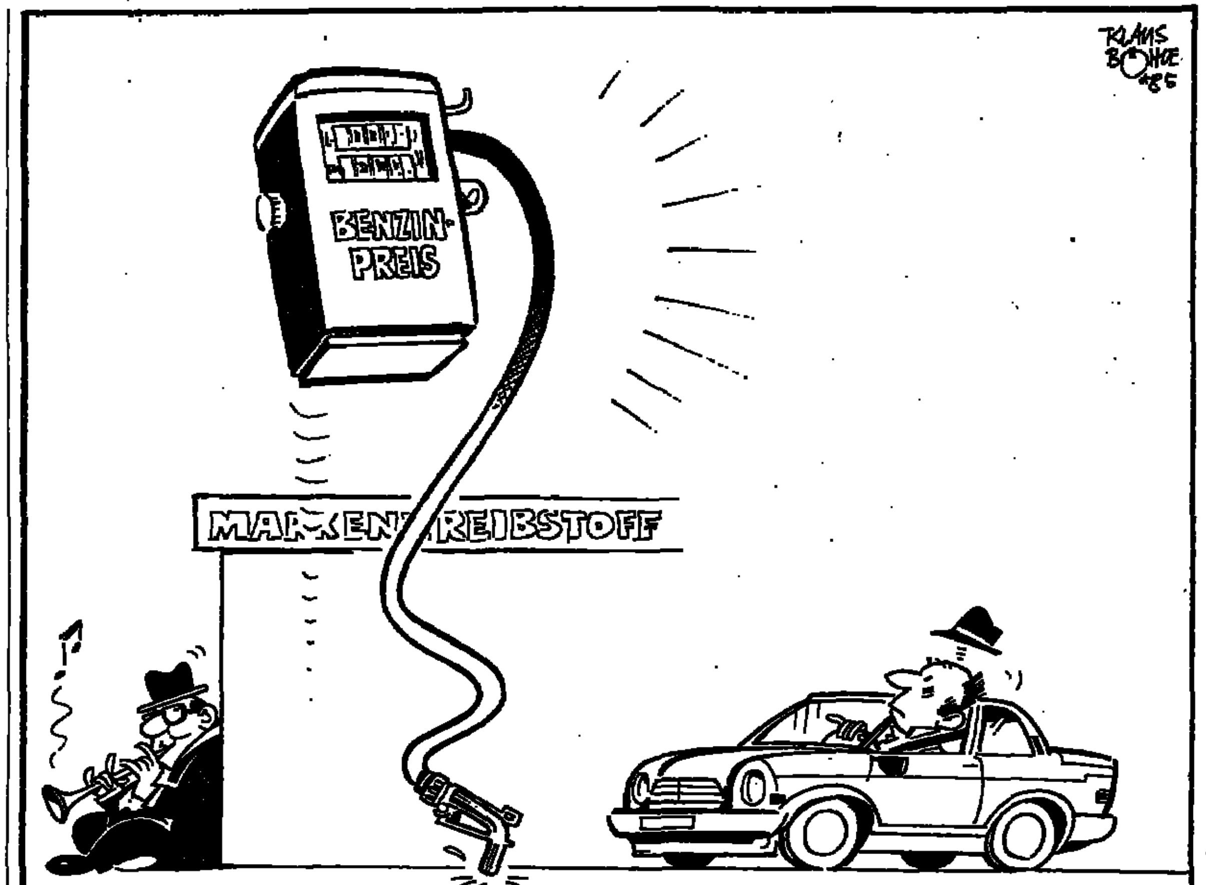
Partei der Mittelklasse

Von Reiner Gatermann

Das Wort Sozialismus nehmen sie am liebsten gar nicht in den Mund, sie nennen sich Sozialdemokraten. Sie plazieren sich selbst links der Mitte, holen bisher allerdings ihre meisten Anhänger von den Tories. Sie trennten sich 1981 von der Labour Party, um eine Alternative ohne gewerkschaftlichen Ballast zu bieten, stellen aber fest, daß sie dabei sind, eine Partei der Mittelklasse zu werden.

So stellt sich die dritte Kraft der britischen Politik dar, die mit ihrem Partner, den Liberalen, Chancen hat, nach der nächsten Wahl mitzuregieren. Die Sozialdemokraten (SDP) haben sich bisher überraschend gut behauptet, nicht zuletzt wegen der wachsenden Ablehnung des Thatcherismus und der fast hoffnungslos erscheinenden Zwietracht innerhalb der Labour Party, die kürzlich auf dem Kongreß des Gewerkschaftsbundes demonstriert wurde. Aber solange die traditionell engen Bande zwischen Gewerkschaften und Labour Party bestehen – die Fachgewerkschaften sind fast alle über den Gewerkschaftsbund der Partei angeschlossen –, wird es der SDP schwerfallen, in diese Arbeitnehmer-Bastion einzubrechen. Unmöglich sollte dies allerdings nicht sein: schon 1979 und 1983 stimmten ungefähr dreißig Prozent der Gewerkschafter nicht für Labour. Deswegen verwundert es nicht, daß die SDP hauptsächlich auf Kosten der Tories wächst; meist sind es ursprüngliche Labour-Wähler, die nun SDP wählen.

In ihrer Politik plädieren die Sozialdemokraten, mit dem Arzt David Owen an der Spitze, für eine soziale Marktwirtschaft. Owen bezieht sich hierbei gern auf das deutsche Beispiel. Sie wollen keine Wohlfahrtsstaat, der mit Schulden finanziert wird, und stehen fest zur NATO. Von Margaret Thatcher unterscheiden sie sich vor allem, weil sie – so meint die SDP – völlig dem Monetarismus verfallen sei, der, im Exzeß betrieben, „menschenfeindlich" sei. Owen will „ein gerechteres Großbritannien", so die Parole des Parteitages. Derzeit vertraut der sozialdemokratisch-liberalen Allianz rund ein Drittel der Wählerschaft. Hält diese Stimmungslage an, wird die dritte Kraft in nicht allzu ferner Zukunft beweisen können, ob ihr „radikaler Weg der Mitte" die Genesung bringt.



Wundersame Erhebung KLAUS BÖHLE

Unsere neuen Tabus

Von Ulrich Lohmar

Ein Sprichwort erinnert uns daran, daß jedes Ding seine zwei Seiten hat, meistens sogar mehr. Doch in der Wirklichkeit des Lebens tun wir uns schwer, diese Tatsache zu beherzigen. So meinen die meisten Deutschen heute sicherlich, daß wir in einer Zeit der „Aufklärung" leben, also ohne Tabus auskommen. Tabus sind Themen, über die man entweder öffentlich überhaupt nicht spricht oder zu denen man nur eine und keine andere Meinung zu haben hat. Das war zum Beispiel früher mit der Sexualität so, die von besorgten Eltern dem Klapperstorch zugeschoben wurde und auch sonst nur hinter vorgehaltener Hand diskutiert werden konnte. Aber heute? Berichtet das Fernsehen nicht über alles und jedes? Kommen auf dem Bildschirm nicht alle denkbaren Meinungen zu Wort, abgeschirmt von den öffentlich-rechtlich betrauten gesellschaftlichen Gruppen in unserer vermeintlich tabufreien Gesellschaft?

Leider trügt dieser Schein beträchtlich. In Wirklichkeit haben wir die früheren Tabus lediglich durch neue Vorurteile ersetzt, die ja immer der Hintergrund der Tabus sind. Machen wir einige Proben auf das Exempel:

Nehmen wir zum Beispiel an, ein Fernsehkommentator würde öffentlich die Meinung verfechten, die Frauen schickten sich an, eine Art „Überparität" über die Männer zu erringen, ein neues Matriarchat zu errichten, indem sie ihre alten „Waffen" mit immer neuen Rechten und neuerdings mit dem Anspruch auf Parität in allen Ämtern kombinieren.

Die Folge einer solchen Äußerung wäre ein Sturm der Entrüstung. Man würde den Verantwortlichen vor den Fernsehrat des ZDF zitieren oder vor die Rundfunkräte der ARD. Vermutlich würde der arme Irre in das Archiv seiner Rundfunkanstalt versetzt und damit mundtot gemacht. Hätte aber eine Frau solch Ungeheuerliches gesagt, dann fiele sie der kollektiven Mißachtung ihrer Geschlechtsgenossinnen anheim, aber dieser Fall ist ohnehin undenkbar. Die Frauen – ein tabufreies Thema?

Oder nehmen wir die Diskussion um die Arbeitslosen. Jedermann kann wissen, daß mehr als eine Million der deutschen Arbeitslosen so unzureichende Berufsqualifikationen haben, daß sie für die freien Stellen auf dem Arbeitsmarkt nicht in Betracht kommen. Die Schweizer hatten vor Jahren ein ähnliches Problem. Sie entschlossen sich kurzerhand, den Großteil der Gastarbeiter nach Hause zu schicken und dadurch Platz für die mangelhaft ausgebildeten jungen Schweizer zu schaffen.

Würde bei uns ein Politiker solches fordern, dann wäre er, wie man so schön sagt, weg vom Fenster. Wir leisten uns statt dessen das mehr als seltsame Argumentations-Kunststück, die Gastarbeiter behalten zu wollen und zugleich den deutschen Unternehmern anzulasten, daß die unzureichend ausgebildeten jungen Deutschen keinen Job finden. Das Ganze nennen wir dann „Massenarbeitslosigkeit". Tabufrei?

Oder wenden wir uns einem dritten Beispiel zu: Als der Schah in Persien herrschte, wurden Hunderttausende von Deutschen nicht müde, seine Absetzung zu fordern, obwohl sie von den Lebensbedingungen im fernen Iran keine Ahnung hatten oder davon doch nur vom Hörensagen wußten. Nachdem nun aber die islamischen Revolutionäre eine wahre Blutherrschaft in Iran errichtet haben, hört man von den gleichen Protestierern keinen Laut mehr. Ähnliches gilt für die grausamen Verhältnisse in Vietnam oder Kambodscha, nachdem die Amerikaner dort ihren Krieg verloren haben.

Oder für Nicaragua, wo die heutigen Machthaber immer noch als die Herolde einer demokratischen Entwicklung gefeiert werden. Südafrika ist das neueste Beispiel für die moralisch Einäugigen, sich darüber zu entrüsten. Niemand von ihnen denkt jedoch darüber nach, was denn im Ernstfall mit den gut vier Millionen Weißen geschehen könnte, wenn sie der Mehrheit der Schwarzen auch die Macht überließen. Es gibt in ganz Afrika kein anhaltendes Beispiel, daß auf die Kolonialherrschaft eine demokratische und zugleich wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung gefolgt wäre.

Dies alles sind neue Tabus in unserer veröffentlichten Meinung. Wer sie verletzt, hat dafür mit öffentlicher „Bestrafung" zu rechnen, sei es mit einem Karriereknick, mit Mißachtung oder mit Isolierung. Natürlich sind die erwähnten Beispiele keine Einladung dazu, nun das Gegenteil der neuen Tabus für richtig zu erklären. Es geht nur darum, sich darüber klar zu bleiben, daß alle Dinge eben mehrere Seiten haben. Erst dann kann man abwägen, welcher Ausweg aus einem Dilemma denn für alle Beteiligten vielleicht vernünftig und gangbar wäre.

Bei alledem fällt besonders ins Auge, daß Demonstranten in der Bundesrepublik Deutschland heute in aller Regel dazu neigen, ein „Versagen" bei uns selbst, bei den Industrieländern, beim Kapitalismus oder bei den Weißen zu suchen. Die Nationalsozialisten taten zu ihrer Zeit das Gegenteil: Sie machten „die anderen" für alle Unbill auf der Welt verantwortlich: die Juden, die Plutokraten oder die Bolschewisten. Ist diese Neigung zu extremen Urteilen, zu Tabus also, denn wirklich ein unausrottbarer Teil unseres Nationalcharakters? Oder werden wir, die Deutschen, vielleicht doch einmal erwachsen und lernen, erst nachzudenken und dann zu urteilen?

GAST-KOMMENTAR



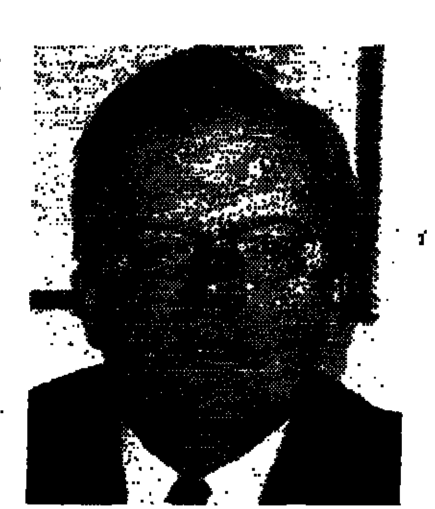
Professor Ulrich Lohmar, Mitglied des Bundestages (SPD) von 1957 bis 1976, lebt als freier Wissenschaftler in Bonn FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Hans Stercken

Ein Entwicklungshelfer

Von Eberhard Nitschke

Als Student der klassischen Philologie, der Archäologie, Germanistik, Geschichte und Pädagogik mit der Promotion beschäftigt, hatte Hans Stercken kurz nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland noch die Nerven, ein Kabarett mit dem an Berlin gemahnenden Namen „Wintergärtchen" in der Ersatzhauptstadt Bonn zu führen. Der Beifall war groß, das Haus jahrelang voll. Stercken wird jetzt als Nachfolger des verstorbenen Werner Marx Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, dessen Mitglied er seit 1976 ist. Er ist Katholik.



Neuer Vorsitzender des Außenpolitischen Bundestags-Ausschusses: Stercken FOTO: G. W. ACHERT

Nach kurzer journalistischer Tätigkeit bei einer Bonner Lokalzeitung wurde der Dr. phil. ins Presse- und Informationsamt der Bundesregierung berufen, das damals (1954) noch in der engen Ermekeilkaserne untergebracht war. Zunächst war er Sachbearbeiter für Frankreich, dann Leiter des Referats West- und Südeuropa. Dabei wurden Sterckens Talent für Organisation und vor allem seine Sprachkenntnisse entdeckt. Nacheinander lieh man ihn nach Kamerun, Senegal, Guinea und vor allem in die Türkei aus, wo er nach deutschem Muster im Auftrag der türkischen Regierung ein Presseamt aufbaute.

1961 schickte ihn die Bundesregierung als Beobachter zum Eichmann-Prozeß nach Jerusalem. Schon mit vorgeprägtem Interesse für die auswärtige Politik wurde Hans Stercken 1969 geschäftsführender Direktor der „Bundeszentrale für politische Bildung", eines amtlichen Meinungsbildungsinstituts.

Da der Wahlkreis Aachen-Stadt durch interne Ungeschicklichkeiten der CDU an die SPD übergegangen war, nahm sich Hans Stercken 1976, unterstützt von Frau Annemarie und seinen fünf Kindern, des Problems an. Man nahm Wohnung dicht neben dem historischen Rathaus und führte mit Einsatz aller (Familien-)Kräfte Wahlkampf. Der Wahlkreis wurde für die CDU zurückerobert.

1977 wählte die Deutsche Afrikastiftung, die aus der von Eugen Gerstenmaier gegründeten Deutschen Afrika-Gesellschaft hervorgegangen war, Stercken zum Vorsitzenden. Spätestens seit dieser Zeit ist zum Engagement, das ihn unter anderem zum Vorsitzenden des Zusammenschlusses Deutsch-Griechischer Vereinigungen und zum Präsidiumsmitglied der Deutsch-Israelischen Gesellschaft machte, noch der Einsatz für Afrika und seine Probleme hinzugekommen.

Stercken war der erste deutsche Abgeordnete, der in die äthiopischen Hungergebiete fuhr, um sich über die Katastrophe zu informieren. In der Afrika-Debatte des Bundestages am 23. Januar appellierte er an die Sowjetunion, dem äthiopischen Satelliten die Schulden für Waffenlieferungen in Milliardenhöhe zu erlassen. Und in der Debatte über Südafrika riet er der Regierung zur Kontaktaufnahme mit den gemäßigten Schwarzen-Führern.

Was bei der Aufzählung der vielen Auszeichnungen Sterckens nicht vergessen werden sollte: Er ist Träger des „Ordens wider den tierischen Ernst".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Schwarzwälder Bote

Die Oberndorfer Zeitung schreibt zum Putsch in Thailand:

... so wird auch der (vor)gestern versuchte, relativ unblutig zusammengebrochene Putsch allenfalls als eine Episode in die Geschichte des Landes eingehen. Überhaupt verlaufen derartige Umsturzversuche, wenn sie nicht politische Hintergründe haben, fast immer ohne großes Blutvergießen. Zumeist handelt es sich darum, daß eine Gruppe von Generalen und Obristen die andere aus ihren Regierungsfunktionen vertreiben möchte, um selbst an die Quellen des aus Regierungsämtern traditionell genährten Wohlstandes zu gelangen. Der deutsche Tourist, vor allem, wenn er an den vielfältigen Vergnügungsangeboten dieses Landes interessiert ist, bemerkt von den Versuchen, die Machtstrukturen in der Thai-Hierarchie zu ändern, so gut wie nichts. Wie er auch kaum Gelegenheit hat, die Sozialstrukturen zu erkennen. In ihnen liegt die eigentliche Ursache für die gelegentlich aufbrechenden Revolutionen im „Land des Lächelns" ... Aber die werden durch keine Militärrevolte verändert.

Hamburger Abendblatt

Es kommentiert die Auseinandersetzungen über das Streikrecht:

Ärger bekommt der Kanzler so oder so. Verweigert er sich dem Wunsch der FDP, ein neues Streikrecht zu schaffen, so überwirft er sich mit seinem Koalitionspartner. Verpflichtet er die Bundesanstalt für Arbeit, bei künftigen Streiks strikte Neutralität zu wahren, so bekommt er es mit den Gewerkschaften zu tun. Ist es in solch verzwickter Lage nicht das beste, so zu handeln, wie es die Sache verlangt? Was sie verlangt, das hatte Helmut Kohl schon 1984 erkannt, als 60 000 Metaller streikten und 140 000 ausgesperrt wurden. Die Folge dieses Arbeitskampfes war, daß 300 000 weitere Menschen beschäftigungslos wurden, weil ihre Betriebe nicht mehr die erforderlichen Zulieferungen aus den bestreikten Gebieten bekamen. Die Unternehmer erwogen, wegen dieser katastrophalen Fernwirkung die Aussperrung auszudehnen. Aber Bonn intervenierte, und der Kanzler versprach den Arbeitgebern, die Statuten der Bundesanstalt für Arbeit zu ändern, die inzwischen zur Streikkasse geworden war, indem sie an die mittelbar vom Arbeitskampf Betroffenen zahlte. Helmut Kohl hat bis heute nicht gehandelt.

Le Monde

Die Pariser Zeitung läßt sich von Gipfelfotos nicht mehr täuschen:

Wer kann noch hoffen, die Öffentlichkeit mit den zuckrigen Mienen auf den Familienfotos zu täuschen, die bei jedem Europa-Gipfel gemacht werden? Daß einer der Partner ab und zu nicht mitspielt, gehört zu den Regeln. Daß die Briten, die nur widerstrebend dazukamen, es am wenigsten eilig haben, Europa den Weg zu ebnen, ist man gewohnt. Aber wenn der deutsch-französische Pfeiler, auf dem das gemeinsame Unternehmen bisher ruhte, nun auch noch nachgibt, so wagt man nicht mehr, Wetten auf die Zukunft der doch schon ein Vierteljahrhundert alten Institution anzunehmen.

Warum Kare Willoch kein Traumergebnis erzielte

Nach den Wahlen in Norwegen / Von Gottfried Mehner

Für Kare Willochs Dreierkoalition hätten unter kontinentaleuropäischen Verhältnissen die Stortingwahlen eigentlich einen großen Sieg bringen müssen. In den vergangenen vier Jahren war grundsolide Arbeit geleistet worden. Die Steuerzahler waren um 5,5 Milliarden Norwegische Kronen, umgerechnet rund 1,8 Milliarden Mark, entlastet worden, die Haushaltsrechnungen – eine skandinavische Rarität – schlossen mit Überschüssen, der Wohlfahrtsstaat war keineswegs abgebaut worden, sondern moderat weiterentwickelt worden.

Hinzu kam Schützenhilfe durch einen Konjunkturaufschwung. Und trotz allem verläßt Willochs bürgerlicher Block die Wahlkampfarena mit enttäuschenden 78 Mandaten, nur hauchdünn mehr als der Linksblock mit 77 Sitzen. Sein Mandatsvorsprung ist von üppigen sieben auf nur noch einen Sitz geschrumpft, seine künftige Regierung ist zudem dem Duldungs- und Störpotential der Fortschrittspartei ausgesetzt, die mit zwei Sitzen Zünglein spielen könnte. (Aus bürgerlicher Solidarität heraus wird sie das vermutlich nicht tun.)

Die Sozialdemokraten unter der Führung der temperamentvollen Gro Harlen Brundtland haben zu Beginn gewiß nicht die richtige Tonlage gefunden, wenn sie gegen die „gräßlich hohe Arbeitslosigkeit" von derzeit unter drei Prozent wetterten. Auch ihr Wahlkampfmotto „Neues Wachstum für Norwegen" war angesichts des stärksten Konjunkturaufschwungs seit sechs Jahren, der mindestens vier Prozent Wachstum in diesem Jahr bringen wird, merkwürdig. Insgesamt gelang es ihnen aber recht gut, sich auf wählerwirksame Bereiche wie Gesundheitsvorsorge („Keine Schlangen mehr vor Krankenhausbetten") und den Sozialbereich (etwa mehr Kindertagesheime) einzustellen.

Weitere sozialdemokratische Vorhaben standen wohl unter dem Motto: „Mit vollen Ölkassen läßt sich trefflich Wahlkampf führen". So wollten die Sozialdemokraten ein 20-Milliarden-Kronen-Füllhorn über die Wirtschaft ausschütten, das die Internationalisierung der norwegischen Unternehmen vorantreiben und die inländischen Produktionstechniken modernisieren sollte. Ob diese Pläne in der Wählergunst Wirkung zeigten, darf bezweifelt werden. Schon wählerwirksamer dürften „Garantien" gewesen sein, im Falle des Wahlsieges die wöchtenliche Arbeitszeit auf 37,5 Stunden sowie das Rentenalter zu senken.

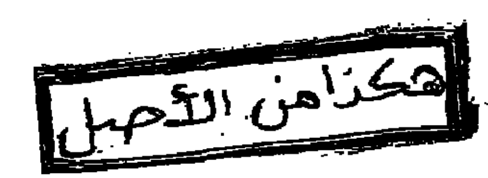
Gegen dieses Ausgabenpotpourri hatte Willochs Koalition einen schweren, aber keinen aussichtslosen Stand: Mehr argumentativ denn impulsiv wurde herausgekehrt, daß die Ausgaben im Gesundheitsbereich einen Rekordstand erzielt hätten und daß ein Gießkannenprinzip bei weiteren öffentlichen Ausgaben nur die Inflation anheizte. Ansonsten trat Willoch dem Wähler vor allem mit der Botschaft gegenüber: „Wir machen weiter wie bisher".

Und erreicht worden war bislang einiges: etwa die Freigabe der Ladenöffnungszeiten, die Möglichkeit für Privatfernsehen und Werbung, Anreize fürs Aktiensparen, ein erleichterter internationaler Fernverkehr und ein weitgehend liberalisierter Kapitalmarkt. Die Bürgerlichen setzten ein Mindestmaß an privater Konkurrenz auch im Gesundheitsbereich durch, beseitigten einige wirre Bestimmungen bei Hauskäufen und werteten im Bereich der Ölgesellschaften die privaten Unternehmen Norsk Hydro und Saga Petroleum zu Lasten der staatlichen Statoil auf.

Das Versprechen zu weiteren Steuersenkungen konnte Willoch mit Rücksicht auf divergierende Koalitionsmeinungen nicht durchsetzen. Aber ob dies ein dicker Minuspunkt war, erscheint fraglich. War diese ruhige, aber zielstrebige Politik nicht wählerwirksam genug? Kommentare in der Schlußphase des Wahlkampfes, wie: Frau Brundtland hat die Wahlkampfschlager, Willoch aber Vertrauen, sprechen eigentlich dagegen.

Was Willoch von Herkommen und Alter nicht konnte, war, die Wählermassen visionär zu begeistern. Da hatte Gro Harlen Brundtland einen leichteren Stand. Allein von der Ausstrahlung scheint sie die norwegische Seele besser zu treffen. Möglicherweise konnte sie auch allein aufgrund der Geschlechter-Solidarität bürgerliche Wählerinnen gewinnen. Die Sympathien der jungen Wähler dagegen scheinen zwischen den beiden Lagern ziemlich gleich verteilt gewesen zu sein.

Ein Handikap für Willoch dürfte gewesen sein, daß er glaubte, seine wirtschaftspolitisch unzweifelhaften Erfolge sprächen für sich selbst. Aber auch hier gilt: Intellektuelle Einsichten sind zwar wichtig, aber emotionale Appelle motivieren stärker. In diese Linie paßt, daß konservative Wahlveranstaltungen generell schwächer besucht waren. Überhaupt Motivation: Das Kopf-an-Kopf-Rennen in Verbindung mit einer Wahlbeteiligung von 78 Prozent scheint die Vermutung zu bestätigen, daß konservative Wähler nur wählen, wenn es wirklich brennt, ansonsten aber sich eher passiv verhalten.





„Er treibt sich selbst“ – zu neuen Aufgaben

Um den Politiker Helmut Schmidt ist es ruhiger geworden, er meidet den tagespolitischen Streit. Um so ernster nimmt der Herausgeber der „Zeit“ seine künftige Arbeit als Verleger. Der Mann, der im Scheinwerferlicht stand, richtet nun die Scheinwerfer selbst.

Von HERBERT SCHÜTTE

Im winzigen Bibliotheksraum im sechsten Stock des Hamburger Pressehauses nehmen jeden Freitag drei Herren Platz und blicken bei offener Tür kontrollierend auf den Flur: Es sind die Sicherheitsbeamten des „Zeit“- Herausgebers Helmut Schmidt, der freitags in seinem Büro erscheint. Die nächsten drei Wochen bleibt das Zimmer leer, Verleger Gerd Bucerius und seine beiden künftigen Nachfolger, Helmut Schmidt und Hilde von Lang, starteten gestern zu einer Reise nach Japan. Der ehemalige Bundeskanzler geht diesmal nicht auf Vortragsreise, sondern nimmt an einer Präsentation der Hamburger Wochenzeitung teil, er stellt sich quasi im neuen Amt vor, das er am 1. Oktober übernimmt.

Helmut Schmidt nimmt sein neues Arbeitsgebiet sehr ernst. Hochzufrieden ist er gerade von der jährlichen Untersuchung bei den Bundeswehrärzten in Koblenz zurückgekommen. Gelockert sitzt er am Gästetisch seines Arbeitszimmers 605 und resümiert: „Im Augenblick geht es mir physisch so gut wie seit zwölf Jahren nicht. Die Arbeitsfähigkeit ist sicherlich nicht 16 Stunden am Tag, aber mühelos zehn.“

Dem Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Hamburg-Bergedorf merkt man an, daß er auf das Ende dieser Verpflichtung wartet. Nach Weihnachten 1986 – er ist dann 68 – will er sich täglich der neuen Pflicht unterwerfen. „Ich habe schon die Absicht, dies nicht als Ehrenamt anzusehen, sondern als das einzige.“ Seine Vortragsreisen – schon jetzt reduziert – „kommen dann ganz auf Sparflamme“. Aus einem halben Dutzend Vorträgen in den USA hat Schmidt gerade ein Buch bearbeitet. Unter dem Titel „A grand Strategy for the West“ wird es die Yale University Press im Herbst herausbringen.

Es ist eigentlich das dritte Buch nach seiner Kanzlerschaft. Das erste, mit persönlichen Eindrücken aus seinem politischen Leben, ist noch nicht fertig, auch ein zweites Buch hat der Hamburger erwogen. Doch der speziell für die redaktionelle Verantwortung zuständige künftige „Zeit“-Verleger merkt offenbar, wieviel Zeit und Konzentration notwendig sind, um eine politische Gesamtschau über einen langen Zeitraum niederzuschreiben. Oder trifft das zu, was einer seiner engen Vertrauten wahrgenommen haben will – daß Schmidt „von einem Problem zum anderen irrt“ und „von einer Arbeit zur anderen springt“? Sein alter Freund, der ehemalige Wehrbeauftragte des Bundestages, Willi Berkhan, hat den Eindruck gewonnen: „Er treibt sich selbst.“

Als er vor zwei Jahren im Pressehaus als Herausgeber des Blattes ein 15-Quadratmeter-Zimmer bezog, orakelte die „Hamburger Morgenpost“: „Jetzt wird Schmidt Millionär.“ Der Mann, der jahrelang Journalisten als „Wegelagerer“ anzuknurren pflegte, verweist auf seine Pension: „Davon kann man sehr gut leben.“ Nach dem Bonner Rücktritt habe er zum erstenmal in seinem Leben ein bißchen Vermögen angesammelt, doch bei der neuen Tätigkeit interessiere ihn „Geld überhaupt nicht“.

Was die Stellung gegenüber der Redaktion betrifft, hört man von den Damen und Herren des Blattes: „Er drängt sich nicht auf. Der Umgang mit ihm ist unkompliziert.“ Ein Ressortchef bringt es auf die Formel: „Wir haben uns an ihn, er sich an uns gewöhnt.“ Bei der Freitagskonferenz beteiligt sich der Verleger in spe sehr intensiv, regt Themen an, klärt auf über innerparteiliche Findungsprozesse – zum Beispiel, als im Wahlkreis Hamburg-Nord die Wiederwahl Hans Apels durch die Gegenkandidatur von Hermann Scheunemann in Frage gestellt wurde –, und er nimmt nach Schluß der allgemeinen Debatte an der „Käse-Konferenz“ im Raum 632, der Residenz von Chefredakteur Theo Sommer, teil. Im kleinen Kreis verantwortlicher Redakteure gibt es Käse, Beef Tatar und trockenen Wein bei zwangloser Sitzordnung, nur die „Gräfin“, Marion Dönhoff, hat ihren festen Ledersessel. Hier wird nichts „angeordnet“, betont Schmidt. Allerdings „beteiligen sich die Herausgeber, Frau Dönhoff und ich, an der Diskussion, und insofern nehmen wir Einfluß“. Schmidt denkt offenbar nicht daran, die Gepflogenheiten von Bucerius zu übernehmen, der den Redakteuren sehr häufig Briefe schreibt, mit Lob, aber auch mit kritischen Anmerkungen.

Der Nachfolger, der von Schmidt-Karikaturen eingerahmt ist (am besten gefällt ihm die, die ihn als Schiffbrüchigen zeigt), wollte schon vor neun Jahren in die Privatwirtschaft wechseln. „Mein Ausscheiden für den Herbst 1976 stand bei mir fest“, bekennt Schmidt. „Mir schwebte vor, etwas zu tun, was ich jetzt, im letzten aktiven Abschnitt meines Lebens, tue – in der Leitung eines Unternehmens tätig zu sein.“ Er habe, „gezeichnet“ von den Ämtern des Verteidigungs- und später des Finanzministers, „die beide sehr viel Kraft gekostet“ hätten, diese Absicht bereits im März 1974 dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt mitgeteilt. Doch dann habe er „Hals über Kopf“ die Nachfolge antreten müssen. Sehr viel später, erst in den achtziger Jahren, sei er zu der Erkenntnis gekommen, daß es damals besser gewesen wäre, auch den Parteivorsitz anzustreben. „Es war nicht zweckmäßig“, so begründet er diese Einsicht, „daß verschiedene Entscheidungs- und Willensbildungszentren nebeneinander bestanden.“ Dies sei nicht sein schwerster, aber einer von mehreren Fehlern gewesen. Zwar weist er die „Spiegel“-Darstellung, Papierpreise interessierten ihn mehr als die SPD, als „frei erfunden“ zurück, doch die Partei sieht ihn selten. In seinem Wahlkreis



Helmut Schmidt mit Sekretärin Ruth Loch in seinem „Zeit“-Büro FOTO: CHRISTA KUJATH

Bergedorf ist er in dieser Legislaturperiode nur einmal aufgetreten. Für Hans Apel engagiert er sich publizistisch. Für ihn ist Apel „nicht immer der Allergeschickteste im Umgang mit Leuten, die nicht ganz so schnell denken wie er – diese Eigenschaft teilt er mit mir“. Der ehemalige Regierungschef rät seinen Hamburger Parteifreunden, „daß es nicht darauf ankommt, möglichst viele glatte Leute nach Bonn zu schicken, davon haben wir dort genug, sondern auf eigener Grundlage stehende Männer und Frauen, Persönlichkeiten. Apel wäre eine von diesen.“

Sieht der verzichtende Abgeordnete von Bergedorf dabei den Widerstand gegen seinen Kollegen vom Wahlkreis Nord als innerparteilichen Druck gegen die wenigen noch amtierenden „Schmidtianer“? Der frühere Kanzler widerspricht: „Das mit den wenigen stimmt nicht. Wenn es in der deutschen Politik eine ähnliche Einrichtung gäbe wie in Amerika, wo in jedem Wahlkreis Primaries stattfinden, wo die Mitglieder und sogar die Wähler einer Partei durch ihre individuelle Stimmabgabe die Kandidatenaufstellung bestimmen, dann würde nicht nur Apel hier in Hamburg aufgestellt werden, sondern dann würde man in ganz Deutschland sehen, wie stark diejenigen vertreten sind“, – und hier vermeidet er den Begriff Schmidtianer – „die Sie eben vor Augen hatten.“

Am Wahlkampf will er sich nicht beteiligen, auch nicht im Wahlkreis Bergedorf, den zu übernehmen jetzt der 42jährige Studienrat Rolf Niese angetreten ist. Die Abstinenz begründet Schmidt mit seiner Überzeugung: „Wenn ich das täte, müßte ich nicht nur in allgemeinen Redensarten, sondern sehr konkret und deutlich das an Kritik äußern, was ich gegenüber der Bundesregierung und gegenüber dem Bundeskanzler empfinde. Da ich das aus guten Gründen nicht will, da ich aus ähnlichen Gründen mich auch nicht mit meinen Nachfolgern in der heutigen Parteiführung der SPD anlegen will, äußere ich mich gar nicht.“ So macht er sich lieber rar bei den Genossen.

Die Hamburger sehen ihn in Konzerten und Museen, bei Ausstellungen und Theaterpremieren. Er pflegt das Gespräch mit ein paar engen Vertrauten wie Bürgerschaftspräsident Peter Schulz, Willi Berkhan, Landesbankchef Hans Fahning und dem Industriellen und Gründer des „Bergedorfer Gesprächskreises“, Kurt A. Körber. Bei geselligen und gesellschaftlichen Ereignissen ist seine Frau Loki immer dabei, und sie vertritt ihn bei diesen Anlässen, wenn er auf Reisen ist. Gesellig ist er, witzig – aber kann Helmut Schmidt unbeschwert lachen, gleichsam losprusten? Sehr selten. „Kürzlich hat er bei uns fast unter der Decke gehangen“, erinnert sich ein Kollege von der „Zeit“, doch so ein Stimmungshoch ist die große Ausnahme.

In politischen Äußerungen diskret, im Umgang zurückhaltend, läßt sich der Ehrenbürger seiner Vaterstadt zu keinem unbedachten Wort hinreißen. Um so mehr zählt, was er offen ausspricht. Daß Gerhard Stoltenberg für ihn Nummer 1 in der Regierung seines Nachfolgers ist, zum Beispiel. Auch wenn er mit ihm in der Haushalts-, Währungs- und Subventions-Politik nicht übereinstimme. Der Hanseat über den Kühlen aus Kiel: „Solide, zuverlässig, berechenbar, kein Opportunist.“ Doch sonst sieht er „die politische Führung des Staates ein bißchen unter Durchschnitt“.

Kohl selbst? Der Vorgänger, unangefochten Tabellenführer auf der Wertskala aller Umfragen über das Ansehen der deutschen Politiker, hält ein: „Ich finde, daß man nicht über seinen Nachfolger öffentlich wertet“, sagt er. Doch dann schiebt er ein bißchen Ungewißheit über seine staatsmännische Zurückhaltung nach: „Es könnte passieren, daß es notwendig ist. Niemand kann sich darauf verlassen, daß ich soweit immer schweigsam bleibe.“

Mit 25 sind die wilden 13 fast schon zahm geworden

Sie verbündeten sich, trieben den Ölpreis in schwindelerregende Höhen, stürzten die Weltwirtschaft in eine tiefe Krise – und stritten sich immer wieder. Am Freitag, den 13., „feiert“ die Opec ihren 25. Geburtstag.

Von HANS BAUMANN

Wie der Sand ihrer Wüsten sind ihnen die Dollars durch die Finger gerieselt. Seit 1982 haben die Opec-Länder, die 13 Ölförderer, die sich am 13. September 1960 in Bagdad zur Organization of the Petroleum Exporting Countries zusammenschlossen, Löcher in ihren Handelsbilanzen.

Saßen sie 1981 noch auf Überschüssen von über 47 Milliarden Dollar, so waren es in den drei folgenden Jahren Minusabschlüsse zwischen 20 und sieben Milliarden. Dennoch haben sie von ihren Raubkarawanen seit 1973 durch die Industrienationen mit der Waffe Öl so viel eingetrieben, daß sie trotz hoher Ausgaben immer noch ein Devisenpolster von rund 250 Milliarden Dollar in petto haben. Als Söhne der Wüste wissen sie, daß man für Zeiten extremer Trockenheit ein paar Ziegen in Reserve halten muß.

Doch längst nicht alle haben diese Weisheit der Väter beherzigt. So teilt man die 13 in Haves und Have-nots. Die Habenichtse werden angeführt von Nigeria, das auch nach dem Machtwechsel vom Finanzkollaps bedroht ist. Mit leeren Taschen stehen aber auch Ecuador, Gabun, Indonesien, Iran, Irak und Venezuela da.

Pralle Beutel unterm Burnus haben dagegen die Saudis, größte Ölmacht der Erde, weil sie die größten Reserven der Welt unter ihrem Sand hüten; aber auch Kuwait, Libyen, Qatar und die Vereinigten Emirate am Golf muß man zu den Saturierten zählen, ganz einfach, weil die geringe Zahl ihrer Einwohner in keinem Verhältnis zu ihren Öleinnahmen steht – im Englischen nennt man sie daher so treffend „Lowabsorber“.

Dabei hat keine Organisation dieser Erde im letzten Vierteljahrhundert mit ihrem Handelsgut die Welt so in Atem gehalten wie die Opec. Mit Beginn des vierten arabisch-israelischen Krieges im Oktober 1973 überzogen sie kurzerhand die beiden Machtblöcke USA und Westeuropa mit einem Ölembargo.

Waren die Ölförderländer des Nahen und Mittleren Ostens bis zu diesem Zeitpunkt relativ fest in der Hand der internationalen Ölkonzerne, die ihnen ohne vorherige Konsultation die Preise diktierten, so vertrieben sie die „sieben Schwestern“ (BP, Chevron, Gulf – sie ging inzwischen in den USA an Chevron und in Europa an die Kuwait Oil Corp. –, Exxon, Mobil Oil, Shell Texaco) aus ihren Ölkolonien und setzten die Preise „freihändig“ fest. Und da ihnen die Hände nicht mehr gebunden waren und der Ruf in der westlichen Welt nach Kanonenboot-Politik in den Parlamenten unerhört verhallte, dämmerte bei der Opec das Gefühl für Macht, die sie rigoros 1979/80 nutzte und einen Preisschlag führte, der die Weltwirtschaft aus dem Gleis warf.

Nichts hatten die wilden 13 aus der verhaßten Ölpolitik der Multis in den sechziger Jahren gelernt. Kostete das Faß Öl 1960 noch 1,80 Dollar, so trieben sie den Preis 1981 auf 34,51 Dollar hinauf. Die Strafe folgte auf dem Fuße. Zu solchen Kosten konnte man – mit Gewinn – auch Öl aus den Tiefen der Nordsee fördern, konnte Erdgas aus 5000 Kilometer Entfernung über Pipelines heranführen, verstärkt Kohle im Kraftwerk einsetzen und bei der Kernenergie Vollgas geben, denn die Opec hatte einen Schrei provoziert, der um die Erde ging: Weg vom Öl!

Die Folge: Die Ölförderung der Opec halbierte sich von 1979 bis heute. Die Saudis drosselten ihre schwarzen Fontänen um 75 Prozent, um über eine Verringerung des Angebotes die Preise zu stabilisieren.

Heute kostet das Faß Saudi-Öl etwas mehr als 28 Dollar, doch da der Spotmarkt die Vertragsmengen zu 75 Prozent abgelöst hat, ist am freien Ölmarkt Öl zu 26 Dollar zu haben. Um die innerhalb der Opec abgesprochenen Förderquoten zu umgehen, haben sich ganz neue Angebotsformen entwickelt: Bartergeschäfte (gegen Waren), Net-back-Geschäfte (das Opec-Land liefert Öl ohne Rechnung; bezahlt wird nach der Höhe der Erlöse, die der Empfänger für die Fertigprodukte kassiert) und Lohnverarbeitungslieferungen.

Zum Jubiläum haben viele Auguren der Opec die Scheidung vorausgesagt, „das Ende des Kartells“. Doch hier wird die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Opec war nie ein klassisches Kartell, denn sie kannte keine Kontrollen und vor allem keine Repressalien für den Fall, daß ein Mitglied aus der Reihe tanzte. Wohl werden alle Beschlüsse einstimmig gefaßt, was sie das Liberum Veto nennen. Doch ob sich jemand daran hält, das steht hinter dem Halbmond.

Das soll nicht so bleiben. Die Opec ist dabei, Kontroll- und Sanktionsorgane einzurichten, also ein Kartell höherer Ordnung zu werden. Die Erfahrung behielt auch hier recht: Kartelle sind Kinder der Not. Und da die Opec in Not ist, rücken auch die so unterschiedlichen Interessen in dieser internationalen Ölformation näher aneinander. Ein Fonds soll den Have-nots auf Kosten der Haves über die Runden helfen. Und es würde nicht verwundern, wenn sich die Opec auf einer ihrer nächsten Sitzungen vom Dollar als Fakturierungs-Valuta verabschieden und sich für ein kalkulierbareres Währungsbündel entscheiden würde.

So hart die Schläge auch gewesen sein mögen, die die Ölförderländer in der Opec für ihre Politik der Hoffart hinnehmen mußten, daß sie dennoch überlebte und 25 Jahre alt wird, ohne den geringsten Anlaß zum Jubeln zu haben, dafür müssen die Ölverbraucherländer dankbar sein – so grotesk das klingen mag. Aber eine gesprengte Opec würde einen gnadenlosen Preiskrieg entfesseln, aus dem nur einer als vorübergehender Sieger hervorgehen würde: Saudi-Arabien mit seinen Riesenvorräten und einer Förderkapazität von erheblich mehr als einer Milliarde Tonnen im Jahr (bei einem Welt-Öl-Verbrauch von knapp unter drei Milliarden Tonnen). Die Kosten der Förderung für ein Faß Öl in Saudi-Arabien: knapp über zwei Dollar.

Billiges Öl? Alle Welt würde sich darauf stürzen. Die Nordsee-Quellen müßten versiegen, die heimische Kohle und das Erdgas gerieten unter heftigsten Druck, und die – zu Unrecht – immer wieder gepriesenen additiven Energien – von der Sonne bis zum Wind und zum Faulgas – müßten die Waffen strecken.

Alle Macht zurück in die Hände der Opec? Davor sei Allah! Da wünscht sich die Welt der Ölverbraucher schon lieber ein Opec-Kartell, das mit den – teuren – Alternativenergien konkurrieren muß. Und dieser Wunsch scheint schon erhört, denn in den letzten Tagen häufen sich die Meldungen, daß Ölförderländer, die nicht zu den wilden 13 zählen, ihre Rohölpreise erhöht haben.

Vielleicht glättet die wieder aufkeimende Konjunktur die Turbulenzen am Ölmarkt – und erlaubt es dem führenden Kopf der Opec, Scheich Yamani von Saudi-Arabien, die Wilden um ihn herum zu zähmen und bei seiner „Gewerkschaft“ zu bleiben, wie er die Opec nennt. Denn der Harvard-Schüler Yamani weiß sehr genau, daß Kartelle um so schneller fußkrank werden, je heftiger sie auftreten.

„Mr. Opec“: Riads Ölminister Ahmed Saki Yamani FOTO: DPA

Finnland erinnert die „DDR" an KSZE-Akte

hrk. Berlin

Ost-Berlin ist jetzt auch von einem hohen Gast aus dem neutralen Bereich gemahnt worden, sich an die Schlußakte von Helsinki zu halten. Bei einem Essen, das „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker für den finnischen Premier Kalevi Sorsa gab, forderte der Gast, die KSZE-Akte „im Leben unserer Staatsbürger" Wirklichkeit werden zu lassen.

An seinen Gastgeber gewandt sagte der mit höchsten protokollarischen sowie militärischen Ehren empfangene Gast in seinem Toast, den das „Neue Deutschland" veröffentlichte: „Die KSZE ist im gegenseitigen Umgang der Teilnehmerstaaten tief verwurzelt und hat diese Beziehungen merkbar bereichert. Deshalb ist es unsere Aufgabe, zur ständigen Förderung des KSZE-Prozesses in allen Teilbereichen der Schlußakte derart beizutragen, daß aus unseren gemeinsamen Verpflichtungen im Leben unserer Staatsbürger Wirklichkeit wird."

Sorsa ging auch auf die kritischen Stimmen ein, die beim Jubiläumstreffen zum zehnten Jahrestag von Helsinki im August zu Wort kamen. Der Premier zitierte Staatspräsident Koivisto mit der Feststellung, es gebe „noch vieles, was getan werden sollte". Auch mit einem anderen Satz legte Sorsa Ost-Berlin auf seine KSZE-Verpflichtungen fest: „Von großer Bedeutung war, daß alle Teilnehmerstaaten ihre Bereitwilligkeit bekundet haben, die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte und den KSZE-Prozeß in seiner Gesamtheit fortzusetzen."

Honecker hatte in seinem Toast die Beziehungen zwischen Finnland und der „DDR" als problemlos gelobt und den Abschluß eines Tourismus-Abkommens angekündigt. Möglicherweise bietet sich, wenn auch ausgesuchten, „DDR"-Besuchern alsbald die Chance, einmal in den Norden zu reisen.

Widerstand gegen den Boykott-Aufruf der SPD

Bremer Stadtwerke beziehen Großteil ihrer Kohle aus Südafrika

W. WESSENDORF, Bremen

Der Bremer Senat und der Landesverband der Sozialdemokraten haben mit ihren Boykott-Aufrufen gegenüber Südafrika staatseigene Betriebe und Gesellschaften in schwere Konflikte gestürzt. Das betrifft insbesondere die Stadtwerke Bremen AG und die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft (BLG). Die Stadtwerke beziehen 1985 rund 380 000 Tonnen Kohle aus Südafrika, das entspricht fast zwei Dritteln ihres gesamten Verbrauchs. Die BLG ist das größte Umschlagsunternehmen in den bremischen Häfen, die wichtigsten westdeutschen Umschlagplätze für den Handel mit Südafrika.

Der Vorstand der Stadtwerke AG kündigte unterdessen Widerstand gegen den Boykott-Aufruf an, er habe sich an das Energiewirtschaftsgesetz zu halten. Danach müßten Energieversorgungsunternehmen wie die Stadtwerke ihr geschäftliches Handeln in erster Linie auf das Ziel einer möglichst sicheren und billigen Versorgung ausrichten. Darüber zu wachen sei Aufgabe der Kartell- und Preisaufsichtsbehörden. Eine Verteuerung der Elektrizität will der Vorstand aber auf jeden Fall verhindern.

Vorstand Günter Czichon versicherte, für Ersatzkohle zu sorgen. Dies stößt allerdings auf große Schwierigkeiten, denn die südafrikanische Kohle ist im Vergleich zu amerikanischer, kanadischer und australischer Kohle besonders billig. So rechnen die Experten der Stadtwerke vor: „Der Ersatz der 1985 aus Südafrika bezogenen Kohle würde schon Mehrkosten von über fünf Millionen Mark in diesem Jahr ausmachen."

Die heimische Kohle wäre noch teurer. Im Rahmen des „Jahrhundertvertrags" zwischen deutschen Kohleunternehmen und der Elektrizitätswirtschaft hat die Stadtwerke Bremen AG schon eine Bezugsverpflichtung für deutsche Kohle in Höhe von etwa einem Drittel ihres Bedarfs übernommen. Der Preis der Ruhrkohle liegt jedoch um mehr als 60 Prozent über dem Preis der Importkohle.

Beim Einkauf ihrer Importkohle haben sich die Stadtwerke in den letzten Jahren vor allem an Lieferanten aus Polen, Großbritannien und Südafrika gestützt. Durch langfristige Verträge, hebt der Vorstand hervor, sei ein Höchstmaß an Versorgungssicherheit erreicht worden. Allerdings soll gerade Südafrika in diesem Jahr den Lieferausfall durch Streik aus England ausgleichen, denn Polen ist ohnehin nur begrenzt lieferfähig.

Die SPD des Stadtstaates begrüßte dennoch den Beschluß der von ihr gestellten Landesregierung auf einem außerordentlichen Parteitag in einer umfangreichen Resolution. Die Genossen forderten darin außerdem die Bundesregierung auf, eine „entscheidende Boykott-Politik gegen Südafrika einzuleiten".

Als Sanktionen verlangen die Genossen vor allem hohe Einfuhrzölle und -verbote für südafrikanische Waren und Goldmünzen, Kündigung des Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik und Südafrika sowie den Stopp des Luftverkehrs von und zum Kap.

Außerdem strebt die Bremer SPD an, mit den Hamburger Sozialdemokraten eine gemeinsame Position zu den Südafrika-Ausfuhren und -Einfuhren über die Häfen an Weser und Elbe zu entwickeln. Der stellvertretende Geschäftsführer der Hamburger SPD, Dieter Sick, erklärte in diesem Zusammenhang gegenüber der WELT: „Mit einem Boykott treffen wir die Falschen, wie zum Beispiel die Reeder, was wir nicht wollen."

Nach Anfangserfolg will Bayern III die Konkurrenz das Fürchten lehren

PETER SCHMALZ, München

Die ersten Meldungen über den Berliner Kabelstart werden in München beim Bayerischen Rundfunk und bei der Regierungspartei CSU mit Zufriedenheit aufgenommen: Das derzeit noch über eine Richtfunkstrecke an die Spree gesendete bayerische dritte Fernsehprogramm, das ab 1986 über Satellit kommen wird, erntet eine beachtliche Zuschauerresonanz. „Bayern III lehrt seine Konkurrenten das Fürchten", schreibt die „Berliner Morgenpost" über den Sonderkanal 15 und lobt die Professionalität der TV-Macher von der Isar: „Die Bayern können sich nicht nur auf gestandene Moderatoren, sondern auch auf journalistisch und technisch bestens erfahrene Mitarbeiter stützen."

Der Berliner Anfangserfolg stärkt den Münchner Sender in seinem Bestreben, sein drittes Programm möglichst bald bundesweit auszustrahlen. Die technischen Möglichkeiten sind durch den Intelsat V seit Jahresbeginn gegeben, über die notwendigen Finanzen und Programmänderungen werden der Haushalts- und der Fernsehausschuß des Münchner Rundfunkrats bereits morgen debattieren und über eine Beschlußvorlage abstimmen, die dem Plenum des Rundfunkrats eine Woche später vorgelegt wird. Die bayerischen Intentionen umschreibt CSU-Generalsekretär Gerold Tandler im „Bayernkurier" unter der Schlagzeile „Programm für Deutschland" in dem Kernsatz: „Es geht darum, das große Angebot geistigen und kulturellen Lebens, wie es in Bayern entsteht und sich im Bayerischen Fernsehprogramm darstellt, auch nach außen zu tragen."

Als Tandler diese Idee im Mai vergangenen Jahres erstmals öffentlich aussprach, wurde sein Vorschlag als Beispiel von Überheblichkeit belächelt. Knapp 15 Monate später stemmt sich nur noch die bayerische SPD gegen den Satellitenplan und meint: „Kein Bedarf für ein bundesweites CSU-Fernsehen".

Doch die Argumente der Sozialdemokraten sind mit nassem Pulver geladen, seit ihre nordrhein-westfälischen Genossen im Verwaltungs- und Rundfunkrat des WDR vor wenigen Tagen mit Vehemenz für eine bundesweite Ausstrahlung des dritten WDR-Programms ebenfalls über einen Kanal von Intelsat gestimmt haben. „Ausgerechnet die SPD, die in der Diskussion um die Neuen Medien so viele Krokodilstränen über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geweint hat, wird den BR doch nicht im Stich lassen, wenn es darum geht, ihn für den unaufhaltsamen Zweikampf mit dem mächtigen WDR zu rüsten", meint ein Mitarbeiter der CSU-Landesleitung.

Empört war die SPD über den Finanzplan, den BR-Intendant Reinhold Vöth den Rundfunkräten vorgelegt hatte (Welt vom 20. 7.) und in dem er für ein „aufgenordetes" bayerisches Fernsehen jährlich 400 Millionen Mark gefordert hatte. Beschafft werden sollte das Geld über eine ausschließlich in Bayern erhobene Zusatzgebühr von sechs Mark.

Doch der Intendant hatte seine Rechnung ohne den CSU-General gemacht. Eine grundlegende und teure Änderung des bayerischen Dritten ist nicht notwendig, meint Tandler, denn ein auf den Durchschnittsgeschmack zugeschnittenes Programm könne nur eines von vielen sein: „Gleiche Programme gibt es inzwischen aber genug." Sein Fazit: Der BR brauche kein Geld für ein neues Progamm, einer Gebührenerhöhung zu dem Zweck, das Bayern-Dritte bundesweit zu verbreiten, werde sich die CSU „mit Nachdruck" widersetzen.

Die Rundfunkräte werden Vöth alternative Finanzierungsmöglichkeiten vorschlagen: über Sponsoren, Koproduktionspartner und Programm-Patenschaften neue Geldquellen zu erschließen und Sendungen über Schallplatten und Video besser zu vermarkten. Konkret wird über eine Zusammenarbeit mit dem bayerischen Fremdenverkehr nachgedacht, bei der Bayern als Reiseland präsentiert wird. Auch die Überlegungen von RIAS-Intendant Peter Schiwy, ab 1987 ein vierstündiges TV-Programm zu produzieren, könnte zu Programmaustausch und Koproduktionen führen.

Selbst das Werbeverbot im Dritten ist für die CSU nicht mehr tabu. „Im übrigen", meint Tandler, „wird über die Werbemöglichkeiten in bundesweit ausgestrahlten dritten Fernsehprogrammen neu nachzudenken sein, wenn über deren Akzeptanz bei den Zuschauern gesicherte Erkenntnisse vorliegen."

Dieser Vorstoß signalisiert eine Wende der CSU-Rundfunkpolitik. Bislang hatte die Union Werbung in den dritten Programmen strikt abgelehnt und Hessen, das seinen dritten Kanal für Werbung öffnete, mit einer Klage gedroht. Mittlerweile wird in München jedoch intern argumentiert, man müsse die Themen Werbezeiten, Werbeumfang und Werbeformen flexibel betrachten, da viele Entwicklungen im Fluß seien und durch das andere Werbeverhalten der nach Bayern einstrahlenden Sender aus Hessen und Österreich die Gefahr entstehe, daß Teile des bayerischen Werbeaufkommens in diese Länder abwandern könnten. Die im bayerischen Medien-Erprobungs- und Entwicklungsgesetz fixierten Festlegungen sollen kein Dogma sein: Wohl sei an eine unmittelbare Novellierung nicht gedacht, es sollte aber deutlich werden, daß es sich nur um ein Versuchsgesetz handelt, heißt es in der Umgebung von Tandler.

Wenn Mitarbeiter des AA Bäume fällen müssen

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

In der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington gehen Bedienstete sonderbaren Nebenbeschäftigungen nach, um angesichts verschlechterter Lebensbedingungen den Unterhalt für sich und ihre Familien sicherzustellen. Einer spielt in einem Lokal Ziehharmonika, ein anderer schlägt im Wald Holz, eine der Ehefrauen mangelt für Geld Wäsche.

Mit solchen Beispielen, die auch bereits durch einen Brief Bundeskanzler Helmut Kohl bekanntgemacht wurden, will der Personalrat des Auswärtigen Amtes auf Mißstände im Auswärtigen Dienst hinweisen, dessen 6300 Mitarbeiter den wachsenden Aufgaben bei gekürztem Personalstand kaum noch nachkommen könnten. Darauf machte der Vorsitzende des Personalrates des Auswärtigen Amtes, Vortragender Legationsrat Uwe Schramm, gestern in Bonn aufmerksam. Unabhängig von den alle Auslandsbediensteten betreffenden Belastungen wie gefährdete Sicherheitslage, völlig unzureichende ärztliche Versorgung durch nur fünf Regionalärzte oder unzureichende schulische Möglichkeiten für die Kinder, drohe dem mittleren und einfachen Dienst ein „Abgleiten in soziale Notlagen", sagte Schramm. Die 1971 von der sogenannten Herwarth-Kommission verlangte Reform des Auswärtigen Dienstes sei in ihren Anfängen steckengeblieben, dadurch werde „ein großer Teil der Effizienz des Auswärtigen Dienstes verschenkt".

Trotz Vervielfachung von Außenhandel und Tourismus liege der Personalbestand des AA heute bei den Zahlen des Jahres 1969. Die Bundesrepublik habe durch personelle Einschränkungen von ihren 199 Auslandsvertretungen die Hälfte zu „Kleinvertretungen" mit ein bis zwei Beamten des höheren Dienstes gemacht. In den USA habe die Bundesrepublik heute weniger Berufskonsulate als Südkorea, und in mehreren Hauptstädten Südostasiens, wie Manila, Singapur, Bangkok und Hongkong, sei die Alpenrepublik Österreich personell im diplomatischen Dienst besser ausgestattet als die Bundesrepublik Deutschland. Vor allem der Personalmangel hindere unsere Auslandsvertretungen, der Wirtschaft eine ähnliche Unterstützung anzubieten wie die Konkurrenzländer, sagte Schramm.

In den vergangenen zehn Jahren hätten zum Beispiel die USA, Frankreich und Japan ihre Auswärtigen Dienste durchweg zwischen 25 und 38 Prozent verstärkt. Der Personalrat des Bonner Auswärtigen Amtes kritisiert demgegenüber besonders, daß aufgrund eines Beschlusses des Bundeskabinetts im Entwurf des Bundeshaushalts 1986 ganze 32 zusätzliche Planstellen für den Auswärtigen Dienst vorgesehen seien. Notwendig wären allein im mittleren Dienst rund 200, dazu eine „Personalreserve" von acht Prozent im gehobenen und höheren Dienst. Mit dem gegenwärtig zur Verfügung stehenden Personal könne man auch die konsularischen Aufgaben nicht angemessen erfüllen und vor allem Deutschen im Ausland nicht wirksam Hilfe leisten. Die „radikal ausgedünnten" Auslandsvertretungen stünden vor dem Kollaps, zumal sich die Zahl der Versetzungsanträge zurück nach Deutschland vergrößere.

Besonders bemängelt der Personalrat, daß den als Ersatz für enttäuschte Heimkehrer angeworbenen sogenannten „Ortskräften" die Gehälter gezahlt würden, die man den von Bonn entsandten nicht zugestehen wolle.

Rechtsauffassung Läpples „fragwürdig"

UR. Bonn

Der saarländische CDU-Fraktionsvorsitzende Günther Schwarz hat das „fragwürdige Rechts- und Amtsverständnis" von Innenminister Friedel Läpple (SPD) beklagt und einen gemeinsamen Mißbilligungsantrag von CDU und FDP gegen den SPD-Politiker angekündigt. Heute debattiert der Landtag über die Amtsführung Läpples.

Kritik übte Schwarz an der Einstellung des Innenministers zur Bundeswehr. Bei einem öffentlichen Gelöbnis im Saarland sollte ursprünglich eine Polizeikapelle auftreten. Läpple habe diesen Auftritt mit der Begründung abgelehnt, bei Gelöbnissen komme es bisweilen zu Störungen, vor denen die Polizei geschützt werden müßte. Dazu Schwarz: „Eine Perversion des Denkens". Der Bundeswehr werde damit die notwendige Unterstützung entzogen.

Anstoß nimmt die CDU-Fraktion auch an der Personalpolitik des Innenministeriums. So sei beispielsweise ein Lehrer mit Rückendeckung der sozialdemokratischen Kreistagsfraktion von Läpple zum Landrat bestellt worden. „Läpple hat sich hier dem Druck der Basis gebeugt", erklärte Schwarz, der auf die ursprünglichen Vorbehalte des SPD-Politikers gegen die Bestellung des Lehrers verwies. Normalerweise müssen Landräte die Befähigung zur Ausübung des Richteramtes oder des höheren Verwaltungsdienstes haben.

Ein Beispiel für das „fragwürdige Rechtsverständnis Läpples" nannte Schwarz dessen Entscheidung, es den Gemeinden zu überlassen, sich zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären. Es sei, so Schwarz, die Aufgabe der Kommunalaufsicht, dafür zu sorgen, daß die Gemeinden ihre Kompetenzen nicht überschritten.

„Sinnvolle Entrümpelung"

Rechtsbereinigung der 6000 alliierten Verordnungen begonnen

F. DIEDERICHS, Berlin

Den Anstoß gab Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen bei einer Visite in den USA, die Berliner SPD hängte sich später an, jetzt beraten deutsche und alliierte Juristen in Berlin gemeinsam: Einig ist man sich zumindest, daß eine „Entrümpelung" der rund 6000 alliierten Verordnungen, die als Besatzungsrecht in Berlin immer noch Gültigkeit haben, notwendig ist.

Kontroverse Diskussionen gibt es jedoch immer dann, wenn Vorschläge zu der Rechtsbereinigung weit über das Ziel hinausschießen: Wie etwa der Vorschlag der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen" (ASJ), die sich sogenannte „gemischte Gerichte" vorstellen, die mit deutscher Beteiligung über die Rechtmäßigkeit alliierter Maßnahmen entscheiden sollen – eine Idee, die bei den alliierten Schutzmächten weitgehend mit ungläubigem Kopfschütteln bedacht wird, weil sie am Status der Alliierten rüttelt.

Dagegen sehen die Alliierten in der Streichung von heute als überflüssig und veraltet geltenden Verordnungen und Gesetzen „zeitgemäße Schritte zu einer sinnvollen Rechtsbereinigung". Im wesentlichen betrifft dies Verordnungen, die für den gesamten Alltagsbereich der Berliner Bevölkerung Gültigkeit haben – vom Arbeitsrecht über das Polizeirecht bis zu wirtschaftlichen Bestimmungen. Gern zitiert wird dabei immer noch der nach alliiertem Recht strafbare Besitz eines feststehenden Küchenmessers oder die faktisch noch existierende Todesstrafe in Berlin – beides sind Vorschriften, die im Zuge der jetzt begonnenen Rechtsbereinigung aufgehoben werden könnten.

Gestrichen wurde vor zwei Wochen bereits die vieldiskutierte Vorschrift, nach der über das deutsche Strafrecht hinaus Einfuhr, Besitz und Verbreitung von Schriften, die „zur Verbreitung militaristischer, faschistischer oder antidemokratischer Ideen beitragen", unter Strafe gestellt wurde. Nach alliiertem Recht ist künftig auch nicht mehr strafbar, „feindselige oder achtungswidrige Handlungen gegenüber den Alliierten" zu begehen – diese Vorschrift Nummer 511 hatte früher die deutschen Ordnungshüter beispielsweise dazu bewegt, gefälschte „Fahndungsplakate" mit dem Konterfei des verstorbenen sowjetischen Parteichefs Leonid Breschnew zu beschlagnahmen, weil hier ein Staatsoberhaupt der Besatzungsmächte verunglimpft worden sei.

Durch die Streichung derartiger Verordnungen entsteht kein rechtsfreier Raum. Die deutschen Rechtsvorschriften gelten in den aufgehobenen Fällen immer noch als ausreichend. Derzeit noch gültige alliierte Vorschriften stoßen ab und zu selbst bei deutschen Richtern auf Unverständnis, werden jedoch akzeptiert: Als sich jüngst ein Berliner beim Jogging geweigert hatte, seinen Personalausweis einer amerikanischen Militärpatrouille zu zeigen, verstieß er damit gegen alliiertes Recht, das die Pflicht zur ständigen Mitführung des Personalpapiers vorschreibt. Die deutsche Strafkammer, die über das Verhalten des Mannes zu urteilen hatte, erachtete seine Weigerung „eigentlich als nicht strafwürdig" – verhängte jedoch eine Geldstrafe, da in diesem Punkt immer noch alliiertes Recht gelte.

Unmut erregte auch die Entscheidung der britischen Militärregierung, trotz massiver Proteste und gegen den Willen von Landesparlament und Anwohnern einen Schießplatz im Bezirk Spandau zu installieren. Diese Entscheidung hatte auch die Berliner SPD zum Anlaß genommen, ihren Forderungskatalog an die Adresse der Alliierten zu publizieren.

Jenninger: Statt Reichstag die Mauer einpacken

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit einem klaren „Nein, und dabei bleibt es" schaffte jetzt Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) eine jahrelang schwelende politische Kontroverse aus der Welt: Er lehnte es vor der Unions-Bundestagsfraktion strikt ab – Helmut Kohl stimmte ihm zu –, das Reichstagsgebäude durch den bulgarischen Künstler Christo (New York) in silbergraue Kunstfaser hüllen zu lassen.

Bei mehreren Berliner CDU-Senatoren und beim Regierungspartner FDP blieben enttäuschte Gesichter und kritische Reaktionen zurück: Denn viele CDU-Senatoren befürworteten das Projekt. Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen war einem Ja nahe, falls das Gebäude ohnehin baulich umgestaltet würde – so fehlt beispielsweise bis heute die alte Glaskuppel.

Jenninger war vom Vorsitzenden des innerdeutschen Ausschusses, Gerhard Reddemann (CDU), auf die neu aufgeflammte Debatte angesprochen worden: „Man sollte lieber darüber nachdenken, die Mauer und nicht den Reichstag einzupacken. Er ist ein Symbol unserer demokratischen Traditionen", sagte Jenninger. Gewiß könne das Haus größere Aufmerksamkeit vertragen: „Aber wegen einer kurzfristigen PR-Aktion werde ich nicht viele Deutsche, die das anders sehen, auf Dauer vor den Kopf stoßen."

Im Senat befürworten zumindest Volker Hassemer (Kultur), Wilhelm Kewenig (Wissenschaft) und Ulf Fink (Soziales) die Verhüllung. Auch Walter Scheel, Willy Brandt, Otto Wolff von Amerongen und Hermann Josef Abs erwärmten sich dafür. Richard von Weizsäcker neigte, nach anfänglichen Vorbehalten, als „Regierender" ebenfalls zur Christo-Partei.

Wettbewerb um Resonanz

Keine Gemeinsamkeiten bei Berliner 750-Jahr-Feiern

hrk. Berlin

Die Bundesregierung will durch „neue Zukunftsorientierungen" für West-Berlin den Wettbewerb mit dem Ostteil der Stadt beim 750jährigen Stadtjubiläum 1987 bestehen und gewinnen: „Wir werden einen Vergleich der Feiern nicht zu scheuen brauchen", kündigte Staatssekretär Ottfried Hennig in Anwesenheit von Bundeskanzler Helmut Kohl in der Berlin-Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an. Man könne leider nicht davon ausgehen, „daß es bei den Feiern viele Gemeinsamkeiten geben wird".

Die „DDR" werde alles daransetzen, prophezeite Hennig, bei diesen Feierlichkeiten die „problematische Hauptstadtfunktion von Ost-Berlin zu unterstreichen und damit zugleich das internationale Ansehen der DDR aufzuwerten". Bonn richtet sich folglich, interpretiert man Hennig, auf einen unvermeidlichen Wettbewerb um die günstigste Resonanz auf diese getrennten Feiern im Ausland ein. Die Ausgangslage des Westteils Berlins sei bei den Feiern – trotz des östlichen Standortvorteils, über den historisch gewachsenen „preußischen" Kern zu verfügen – nicht ungünstig. „Wir werden hier auf die freiheitlichen und rechtlichen Traditionen unserer Geschichte" abheben können, erklärte der Staatssekretär.

Hennig führte in einer umfassenden Übersicht mit vielen Details auf, was von den ehrgeizigen Ostberliner Planungen bisher bekanntgeworden ist. Wie die WELT berichtete, sind bereits in den vergangenen Jahren mehrere 100 Millionen „DDR"-Mark für die Herrichtung Ost-Berlins als Hauptstadt im Blick auf 1987 ausgegeben worden.

Im neuen Fünfjahrplan, der 1986 einsetzt, wurde Ost-Berlin wiederum mit ähnlichen Beträgen überproportional gut bedacht. Der größte Teil der gesamten „DDR"-Baukapazität konzentriert sich bis 1987 auf Ost-Berlin, wobei andere große „DDR"-Städte zurückstehen müssen. Mit einem im Jubiläumsjahr fertigen „Grand"-Hotel der internationalen Spitzenklasse, das an der Ecke Unter den Linden/Friedrichstraße von einem japanischen Unternehmen errichtet wird, macht Ost-Berlin künftig der westlichen Hotellerie beträchtliche Konkurrenz.

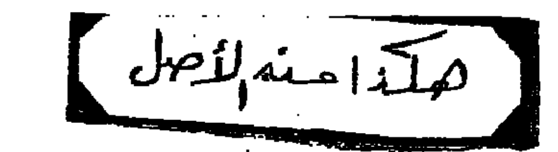
Hennig bezeichnete in seinem Bericht den Wiederaufbau des alten Stadtkerns und die Restaurierung bedeutender historischer Bauwerke in der alten Mitte Berlins als Hauptakzent der Ostberliner Vorbereitungen.

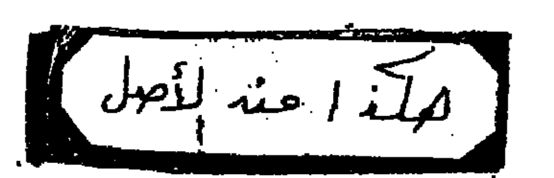
So entstehen rings um das klassische Geviert des alten Gendarmenmarktes mit Schinkels Schauspielhaus (fertig), Französischem Dom (fast fertig) und Deutschem Dom (in Arbeit) Neubauten für die Akademie der Wissenschaften, das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim SED-Zentralkomitee, ein „Haus der Wissenschaft und Kunst".

Eine „noch stärkere innere Bindung" der Berliner an ihre Stadt ist nach den Worten des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen Ziel der Senats-Feierpläne: „Wir wollen Berlin im Blick auf die Einheit dieser Stadt gestalten. Die Mauer darf nicht nur nicht das letzte Wort der Geschichte sein. Sie kann auch nicht die letzte Handlungsanweisung für Architekten, Stadtplaner und verantwortliche Politiker sein."

Berlin müsse sich als „demokratische Metropole mit Offenheit und Attraktivität" verstehen. Auch Diepgen ließ den indirekten Wettbewerbscharakter der Feiern im Vergleich zu Ost-Berlin anklingen: „Berlin muß immer interessanter, attraktiver, lukrativer, politisch aktiver sein als das selbsternannte Zentrum eines geschlossenen Systems", forderte er.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.





Sieben Jahre Haft für Roski gefordert

dpa, Koblenz

Die Bundesanwaltschaft hält den vor dem Oberlandesgericht in Koblenz angeklagten 35jährigen früheren Regierungsrat der Grenzschutzdirektion Koblenz, Franz Arthur Roski, für überführt, seit 1971 für die „DDR" nachrichtendienstlich in einem besonders schwerem Fall tätig gewesen zu sein. Der Bundesanwalt sah es als strafverschärfend an, daß dieser fast 13 Jahre lang bis zu seiner Festnahme im vergangenen Jahr „skrupellos, ohne Bedenken und aus freien Stükken" immer mehr und besser für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der „DDR" gearbeitet hat. Dort sei er als „gut plazierter Perspektivagent" geführt worden.

So sei er schon als Jura-Student angeworben, finanziell unterstützt und schließlich als Agent ausgebildet worden. Danach sei er in nachrichtendienstlich interessante Positionen gelangt, zunächst beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf (1979), beim Bundesinnenministerium (1982) und schließlich bis 1984 bei der Koblenzer Grenzschutzdirektion. Das Material, das der gut bezahlte Agent lieferte, sei für Ost-Berlin von hohem Wert gewesen, argumentierte der Bundesanwalt. Dabei habe Roski seinen Beamteneid und auch seine Geheimschutzverpflichtung mißachtet.

Niemals habe Roski aus eigenem Ermessen aussteigen wollen, stellte der Bundesanwalt fest. Der Angeklagte habe es zwar nicht zum Top-Agenten gebracht, aber nicht wegen fehlender Qualifikation, sondern wegen seiner verfrühten Festnahme. Sie habe seine Karriere zum Spitzenspion vereitelt.

Sieben Jahre Freiheitsentzug hat gestern die Bundesanwaltschaft im Prozeß gegen den mutmaßlichen DDR-Agenten Roski beantragt. Die Ankläger verlangten zudem die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für vier Jahre und die Abführung des Agentenlohnes in Höhe von 50 000 Mark an die Staatskasse. Nach dem Plädoyer der Verteidigung wird das Urteil an diesem Mittwoch erwartet.

Der Angeklagte befindet sich seit Juli vergangenen Jahres in Untersuchungshaft. Er konnte enttarnt werden, weil seine Frau freiwillig die Polizei informiert hatte, da sie den „moralischen Druck nicht mehr aushielt".

Die nahenden Kommunalwahlen bringen die Parteien auf Trab

Von GEORG BAUER

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Schleswig-Holsteins, Klaus Kribben, kommentierte es mit trockenem Humor. „Ich begrüße es", so meint er, „daß wieder mehr Wettbewerb unter den Parteien stattfindet." Kribben, spielte damit auf die Vorschläge an, die die drei Parteien des Landes – von den in der Öffentlichkeit kaum noch wahrgenommenen Grünen einmal abgesehen – zum Abbau der Arbeitslosigkeit den Schleswig-Holsteinern präsentiert haben.

Ausfluß des Engagements sind weniger die nächsten Landtagswahlen, die erst im Herbst 1987, nach der Bundestagswahl, anstehen. Der Blick der Politiker richtet sich vielmehr auf das kommende Frühjahr, wenn die Bewohner zwischen Nord- und Ostsee aufgerufen sind, über die Sitzverteilung in den Kommunen zu entscheiden. Die Kommunalwahlen gelten als Test für die Politik von Ministerpräsident Uwe Barschel und SPD-Oppositionsführer Björn Engholm.

Auf die Erfolge seiner Politik wird Barschel möglicherweise in der ersten Landtagssitzung nach der Sommerpause Mitte September zu sprechen kommen. Auf der Tagesordnung stehen vor allem die Beratungen des Haushaltes 1986 mit einem Volumen von rund 11,5 Milliarden Mark.

Bestimmendes Thema insgesamt wird der wirtschaftspolitische Kurs sein. Hier können die Christdemokraten Schleswig-Holsteins, die ihre Arbeit immer an der Elle „Gesamtsituation norddeutscher Raum" messen, durchaus positive Ergebnisse vorweisen.

So gelang es, mit Hilfe der Instrumentarien zur Wirtschaftsförderung mehr als 47 000 neue Arbeitsplätze in den vergangenen zehn Jahren zu schaffen. Insgesamt siedelten sich 373 neue Betriebe in Schleswig-Holstein an. Auch jüngste Umfragen der Industrie- und Handelskammern des Landes signalisieren ein Geschäftsklima, das sich „langsam unter Schwankungen nach oben" bewegt. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres konnte die Industrie die Zahl der Beschäftigten um 1,4 Prozent gegenüber dem Zeitraum des Vorjahres erhöhen.

Nicht ohne Genugtuung verkündete daher Kribben: Dieser Erfolg sei nur dank der permanenten Pflege eines wirtschaftsfreundlichen Klimas im nördlichsten Bundesland möglich. Und als Beweis schob er das Ergebnis einer Emnid-Umfrage hinterher, die Schleswig-Holstein eine „gute politische Wirtschaftsförderung" bescheinigt hatte.

In der Arbeitslosenstatistik schlagen sich die positiven Signale allerdings nicht nieder. Mit rund 10,5 Prozent liegt sie zwar erstmals in diesem Jahr unter den Raten Bremens, Hamburgs und Niedersachsens, doch über der Arbeitslosenzahl des Bundes. Die Christdemokraten begegnen diesem Faktum mit dem Hinweis darauf, daß dies nicht das Ergebnis



einer unzureichenden Wirtschaftspolitik ist, sondern das Resultat der Struktur des Landes. Die Zahl der Erwerbspersonen sei in den vergangenen 15 Jahren dreimal so stark gestiegen wie im Bund. Die Zahl der Arbeitslosen sei daher nicht auf den Abbau von Arbeitsplätzen zurückzuführen, deren Zahl in Schleswig-Holstein hätte gehalten werden können, sondern auf die zunehmende Nachfrage nach Arbeit.

Die Sozialdemokraten begegnen der Politik der Landesregierung mit einer Mischung aus Konfrontation und Kooperation. In der Rolle des Ideologen präsentiert sich der SPD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Günther Jansen. Auf dem letzten Parteitag in Reinbek griff er zu Parolen aus Zeiten des Klassenkampfes, als er bemerkte, seit dem 6. März erlebe man einen Kapitalismus fast in Reinkultur. Und das bedeute ein Wirtschaftssystem mit Prioritäten, die den Menschen und seine Bedürfnisse nur als nachgeordnete Faktoren von Kapitalmaximierung begreifen würden.

Als „neue Ansätze" zur Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten propagiert Jansen, verpackt in das Wort vom dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, Althergebrachtes: Steuererhöhung, Umverteilung, kreditfinanzierte Beschäftigungsprogramme.

Ganz anders gibt sich Engholm. Der Widersacher Barschels, dessen großbürgerlicher Habitus in der Bevölkerung seinen Eindruck nicht verfehlt, gibt sich moderat und kooperationsbereit. Er kritisiert und lobt. Orientiert an den Realitäten, findet er anerkennende Worte für den Konsolidierungskurs. Gleichzeitig aber weist er darauf hin, daß dieser Kurs zu weit gehe und Investitionen gefährde. Ein Mann des Maßes und der Solidarität, der einem beschäftigungspolitischen Pakt, einem Sofortprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter Beteiligung von Unternehmern und Gewerkschaftern das Wort redet.

Engholm setzte daher auch seine Unterschrift unter das Arbeitsbeschaffungskonzept, das auf Initiative des Lübecker Sprengelbischofs Ulrich Wilckens Parteivertreter von CDU und SPD, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vor der Sommerpause gemeinsam verabschiedet haben. Engholm und Günther Flessner, der Landwirtschaftsminister und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende, versprachen damals, ebenso wie die anderen Unterzeichner, sich in ihren Gremien für das Papier einzusetzen.

Kann sich Engholm aber in der Partei durchsetzen? Die Frage nach seinem politischen Gewicht gegenüber Jansen haben vor allem die Freidemokraten aufgeworfen. Die 2,2-Prozent-Partei äußerte, die SPD sei auf Jansen eingeschworen und daher mit Engholm nicht deckungsgleich. Wenn es zum Schwur käme, so meinte der FDP-Landesvorsitzende, Wolf-Dieter Zumpfort, müsse sich Engholm der Partei beugen.

Als Garant einer konsequenten Marktwirtschaftspolitik gibt sich hingegen die FDP Geschickt nutzte sie das Sommerloch, um sich zu Wort zu melden: sei es nun zu Fragen der Steuerpolitik, zur Situation der Werften oder in einem Vorgriff zur Halbzeit-Bilanz. Die FDP fühlt sich im Aufwind, mögen die beiden großen Parteien sie auch offiziell noch nicht zur Kenntnis nehmen.

Blutnacht in Birmingham „Es war wie im Krieg"

Zwei Tote, viele Verletzte / Polizei völlig überrascht

REINER GATERMANN, Torquay

Nur etwas mehr als 24 Stunden nach dem „bisher besten Karneval in Birmingham" stand ein ganzer Straßenzug im Stadtteil Hardsworth in Flammen, und auf den Straßen tobte eine regelrechte Schlacht zwischen ungefähr 500 meist schwarzen Jugendlichen und einer gleichen Anzahl Polizisten. Nach bisherigen Angaben der Behörden kamen mindestens zwei Personen ums Leben. Der Sachschaden geht in die „zig Millionen".

In den meisten großen Industriestädten Großbritanniens schwelt nach Ansicht von David Webb, Leiter der interethnischen Arbeitsgruppe in Birmingham, eine permanente Unruhe, die jederzeit Gewalttaten auslösen könne. Als Hauptgründe nennt er dafür die hohe Arbeitslosigkeit, besonders unter farbigen Jugendlichen (bis zu 49 % in manchen Vierteln). Auch mangelnde soziale Unterstützung sowie das Gefühl der ethnischen Minderheiten, isoliert und vergessen zu sein, werden als Gründe genannt. In Birmingham glaubte man nach heftigen Tumulten vor vier Jahren (im gleichen Jahr erlebte der Londoner Stadtteil Brixton die bisher schlimmsten Rassenunruhen des Landes) eine Formel des Zusammenlebens gefunden zu haben, weswegen die neuerliche Aufruhr für die Polizei überraschend kam. Alle verweisen auf den geglückten Karneval am Sonntag, zu dem 50 000 Besucher kamen.

Es bedurfte dann nur eines „Knöllchens" wegen Falschparkens, das ein junger schwarzer Autobesitzer kam, um die Lunte wieder zu entzünden. „Das war kein Aufruhr, das war eine Schlacht", beschrieb gegen Mitternacht Polizeichef Goeffrey Dear das Geschehen. Nach seiner Darstellung wurde es „hauptsächlich von westindischen Jugendlichen" inszeniert, Bewohner der Lozells Road, dem Zentrum der Verwüstung, sprechen dagegen von einem „Multirassen-Aufruhr". Die zahlreichen Feuer begannen in einer ehemaligen Bingo-Halle, bald standen etliche Häuser in Flammen. Als Feuerwehr und Polizei anrückten, wurde sie mit Steinen, Glasflaschen und Molotow-Cocktails beworfen, brennende Autos versperrten die Zufahrt.

Als nach Mitternacht erste Bilanz gezogen wurde, bot sich ein Bild wie nach einem Bombenangriff. 50 Gebäude, darunter eine Kirche, eine Gaststätte und die Postnebenstelle, in der auch die zwei Toten gefunden wurden, waren völlig zerstört, zahlreiche Geschäfte, darunter ein Warenhaus und eine Autowerkstatt, wurden ausgeplündert.

Die Polizei hatte an diesem Montagabend gegen 20.00 Uhr in dieser Gegend der zweitgrößten Stadt Großbritanniens lediglich 12 Beamte im Einsatz, was ihr Chef als Zeichen dafür sieht, daß es eigentlich ein verhältnismäßig problemfreier Stadtteil war. In kurzer Zeit war er jedoch in der Lage, gut 500 Polizisten zu mobilisieren, die mit Schilden, Helmen und durch Stahldrahtgitter geschützten Autos in die Lozells Road einrückten.

In Expertenkreisen sprach man schon seit langem von neuen Rassenunruhen, vor allem in solchen Wohngebieten, die die Weißen auf Grund des zunehmenden farbigen Bevölkerungsanteils, in etlichen Gegenden dominieren sie bereits, verlassen. Damit folgt, verursacht durch die schlechte Wirtschaftslage der Hinzuziehenden, der Verfall der Häuser und eine wachsende Gewalt.

Erst vor ein paar Wochen erlebte Liverpool in seinem Stadtteil Toxteth ähnliche, jedoch nicht so gewaltsame Unruhen. Die Polizei wollte sie totschweigen, „hängen wir sie an die große Glocke, lösen sie einen Dominoeffekt aus". Nach ein paar „heißen Nächten" kehrte wieder Ruhe ein.

Im Unterschied zu den Krawallen in den Fußballstadien, in denen weiße Randalierer häufig die dominierende Rolle spielen, werden die Straßenunruhen meistens von Asiaten und Schwarzen beherrscht, abgesehen von direkten Gang-Konfrontationen, an denen Weiße ebenso beteiligt sind. Seit einiger Zeit hat die Unruhe auch das Schulwesen erfaßt. Erst vor ein paar Tagen entschied ein Gericht über die Wiedereinstellung eines Lehrers, der vor einer Überfremdung seiner Schule und den daraus für die englischen Kinder erwachsenden Schwierigkeiten gewarnt hatte. Die Stadt entließ ihn wegen Rassendiskriminierung, das Gericht hob diesen Beschluß aus formalen Gründen wieder auf. Ministerpräsidentin Margaret Thatcher bezeichnete den Tumult in Birmingham als „äußerst erschreckend" und kündigte eine eingehende Untersuchung der Ursachen an.

USA bestätigen Asien-Gespräche mit Sowjetunion

dpa, Washington

Das Außenministerium in Washington hat bestätigt, daß die USA und die UdSSR erstmals seit vielen Jahren wieder über ihre strategischen Interessen in Asien reden wollen. Der Sprecher des State Department, Bernard Kalb, erklärte, bei dem Treffen werde es um ein breites Feld von Themen in Nordost- und Südostasien gehen. Wie es hieß, sollen die Gespräche am Donnerstag und Freitag in Moskau stattfinden. Kalb bestätigte Ort und Treffen des Termins aber noch nicht. Die dreiköpfige US-Delegation werde von Paul Wolfowitz geführt werden.

Washington und Moskau hatten in diesem Jahr bereits über regionale Probleme im Nahen Osten, im südlichen Afrika und in Afghanistan gesprochen. Präsident Reagan hatte solche Gespräche im vergangenen November vor der UNO angeregt, um Mißverständnisse und das Risiko militärischer Konfrontationen zu vermeiden.

Barbie-Prozeß erst 1986

dpa/AFP, Lyon

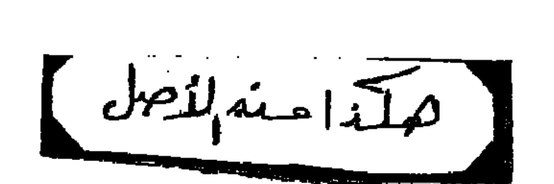
Der Prozeß gegen den ehemaligen Gestapo-Chef von Lyon, Klaus Barbie, wird in diesem Jahr nicht mehr stattfinden, sondern vermutlich erst 1986 in Lyon eröffnet werden. Dies gab die Justizverwaltung der Stadt bekannt, wo Barbie seit seiner Auslieferung aus Bolivien im Februar 1983 inhaftiert ist. Die Anklagekammer hat am Dienstag angeordnet, daß weitere Ermittlungen angestellt werden und Barbie erneut vernommen wird. Begründet wurde diese Entscheidung mit neuen, „besonders wichtigen Einzelheiten" aus staatlichen Archiven. Es handle sich vor allem um die Liste der 650 Franzosen des letzten Transports aus Lyon in die Konzentrationslager Auschwitz und Ravensbrück am 11. August 1944, für den Barbie verantwortlich gemacht wird. Die jetzt gefundene Liste unterscheide sich von der Aufstellung, die der als Zivilkläger auftretende Serge Klarsfeld vorgelegt hatte. Zunächst war damit gerechnet worden, daß die Anklagekammer bis zum Spätherbst dieses Jahres die Anklage abgeschlossen habe und der Prozeß noch 1985 beginnen werde.

IMMOBILIEN / KAPITALIEN

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

STELLENGESUCHE

STELLENANGEBOTE



Chirac greift Fabius' Fehdehandschuh auf

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die Franzosen machen sich auf ein außergewöhnliches Fernsehspektakel gefaßt. Ohne zu zögern hat der Chef der gaullistischen RPR-Partei, Jacques Chirac, den Fehdehandschuh des sozialistischen Rivalen und Premierministers Laurent Fabius aufgehoben und dessen Einladung zu einer abendfüllenden Debatte auf dem Bildschirm angenommen. Noch am 16. Dezember des Vorjahres hatte der Oppositionspolitiker eine gleiche Aufforderung des Regierungschefs mit dem Argument zurückgewiesen, Fabius wolle auf diese Weise seine Vorrangstellung im größten Mass-Media noch ausbauen, während die Opposition nach wie vor stiefmütterlich bei der Verteilung der Sendezeiten behandelt werde.

Chirac muß gefühlt haben, daß eine so fadenscheinige Ausflucht bei seiner Anhängerschaft sechs Monate vor den Wahlen nicht mehr sticht und er jetzt zupacken muß. Fabius hatte seine Einladung am letzten Mittwoch in einem Fernseh-Interview übrigens, wie schon am 16. Dezember, auch auf den zweiten ehemaligen Premierminister der Opposition, Raymond Barre, ausgedehnt. Damals hatten Chirac und Barre sich untereinander abgesprochen, ehe sie beide ablehnten. Diesmal reagierte Chirac allein. Barre antwortete nicht auf Fabius' Angebot und hält sich, entsprechend seiner bewährten Taktik des „Über-dem-Parteienzwist-Stehens" und „Für-alle-Franzosen-Daseins", bedeckt.

Geschickter Schachzug

Die Doppeleinladung von Fabius an die beiden profiliertesten Politiker des gegnerischen Lagers ist ein geschickter Schachzug. Er treibt den Keil zwischen Barre und den beiden Konkurrenten Giscard und Chirac noch ein wenig tiefer und macht der Öffentlichkeit bewußt, daß zwischen Barre und Chirac offensichtlich eine gemeinsame Analyse der politischen Zukunft Frankreichs nur schwierig zu erstellen ist. Denn was sonst hätte beide gehindert, gemeinsam gegenüber Fabius die Vorstellungen der Opposition von einer neuen Politik nach einer Niederlage des Sozialismus an den Urnen zu vertreten? Die Hauptdivergenz zwischen Barre und Chirac betrifft bekanntlich die Frage, ob ein „rechter" Premierminister unter dem linken Präsidenten Mitterrand regieren soll oder nicht. Barre lehnt dies strickt ab, Chirac pocht auf den „oft bewährten Pluralismus" in der französischen Innenpolitik, der es ermögliche, zu einer gemeinsamen Plattform beider Komponenten dieser Politik zu kommen.

Kein leichter Stand

Wie Chirac dann aber noch zu einer klar differenzierten Position seiner Partei in den entscheidenden Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik in diesem wichtigen Schlagabtausch mit dem Repräsentanten des Sozialismus kommen will, selbst wenn dieser Repräsentant (Fabius) dem aufgeklärten Lager angehört, ist für immer mehr Franzosen rätselhaft.

Chirac wird also keinen leichten Stand haben. Er muß den Franzosen eine attraktive Alternative zur bisherigen Politik anbieten und gleichzeitig deren Machbarkeit unter einem Staatsoberhaupt zusichern, das diese Alternative kaum mitvollziehen kann. Das Problem der Kohabitation zweier politischer Richtungen, die sich trotz der im großen und ganzen pragmatischen Politik Mitterrands in manchen Bereichen immer noch wie Feuer und Wasser voneinander scheiden, wird allmählich zur Quadratur des Zirkels für die Opposition. Jedenfalls wird Chiracs Auftritt im Fernsehen auch darüber entscheiden, ob er sich gegenüber dem konsequenten Neinsager Barre beim Publikum durchsetzen kann.

Dieses Schauspiel wird nicht der Faszination entbehren. Beide Männer sind hochintelligente Debatten-Redner mit langer politischer Erfahrung, beide sind ausgesprochene „Fernseh-Stars", wenngleich sie sich im Temperament unterscheiden: Fabius bleibt gelassen, kühl, intellektuell, ein Handikap, das er durch eine etwas gequält „volkstümliche" Ausdrucksweise zu überspielen sucht. Chirac dagegen ist eine Bulldogge, ein Fighter, dem zuweilen das „Pferd durchgeht". Er muß gegen den von den Medien freilich oft hochgespielten Eindruck ankämpfen, er sei zu unbeherrscht, um die Geschicke des Landes verantwortlich in die Hände nehmen zu können.

Für Willoch und seine Wähler bleibt Norwegen auf dem richtigen Weg

Knapper Sieg des Bürgerblocks / Weitreichende Steuerreform für den Herbst geplant

GOTTFRIED MEHNER, Oslo

Die bürgerliche Dreierkoalition unter der Führung von Ministerpräsident Kare Willoch ist aus den norwegischen Parlamentswahlen als knapper Sieger hervorgegangen: Konservative, christliche Volkspartei und Zentrum gewannen 78 der 157 Sitze im Storting. Die Sozialdemokraten, angeführt von Oppositionsführerin Gro Harlem Brundtland, und die sozialistische Linkspartei eroberten zusammen 77 Mandate. Die abgelaufene Legislaturperiode konnte Willoch noch mit einer bequemen Mehrheit von sieben Sitzen gestalten. Nachdem die Sozialdemokraten jetzt fünf Sitze dazugewannen, ist dieser Vorsprung auf nur ein Mandat reduziert.

Auf Grund dieser Konstellation ist die Fortschrittspartei, die rechts von Willochs Koalition steht, in eine „Zünglein-an-der-Waage"-Position gekommen. Zum Forderungskatalog dieser Partei gehört ein radikaler Steuerabbau, ein weitgehendes Privatisierungsprogramm sowie äußerste öffentliche Sparsamkeit. Trotz einiger Konfliktpunkte zur Koalition stehen die Fortschrittlichen in einer quasi bürgerlichen Zwangssolidarität. Insofern ist nur publizistisches, nicht aber ein parlamentarisches Sperrfeuer von ihnen zu erwarten.

In ersten Reaktionen zeigte sich Willoch befriedigt über den Wahlausgang. Er räumte ein, daß durch den geringeren Blockabstand die Regierungsarbeit schwieriger würde. Die jetzt entstandene Situation sei aber vorher schon durchgespielt worden. Seine Koalitionsregierung werde unbeeinflußt von dem theoretischen Störpotential der Fortschrittspartei ihre Vorlagen unverändert einbringen. Die Fortschrittspartei habe zudem selbst den Frontenverlauf mit ihren öffentlichen Erklärungen geklärt, daß sie keine sozialistische Politik mittragen werde. Eine bürgerliche Viererkoalition ist ausgeschlossen, da die christliche Volkspartei und das Zentrum – teilweise wegen eines Stadt/Land-Gefälles – miteinander verfeindet sind. Gro Harlem Brundtland erklärte, auf der Grundlage des Stimmenzuwachses werde sie die Oppositionsarbeit verstärken. Sie deutete zudem die Möglichkeit an, daß die bürgerliche Koalition im weiteren Verlauf auseinanderbrechen könnte: einige Kreise der christlichen Volkspartei symphatisierten in manchen Punkten stärker mit den Sozialdemokraten als mit Willochs Partei.



Strahlender Wahlsieger: Kaare Willoch (56) bleibt im Amt FOTO: AP

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis konnten Willochs beide kleinere Koalitionspartner ihren Mandatsbesitz um jeweils einen Platz arrondieren: die christliche Volkspartei verfügt jetzt über 16 (15), das Zentrum über 12 (11) Storting-Sitze. Willochs konservative Partei büßte mit jetzt 50 Mandaten 3 Plätze ein. Die Fortschrittspartei hat nur noch 2 (4) Vertreter im Storting.

Deutlich in der Wählergunst zulegen konnten die Sozialdemokraten, die in der Opposition künftig mit 71 (66) Vertretern aufwarten. Während die sozialistische Linkspartei ihre Mandate auf 6 (4) ausweitete, ist das Venstre (linksliberal) künftig im Storting nicht mehr vertreten. Insgesamt hat das linke Lager 49,5 Prozent der Stimmen erreicht, gegenüber 48,8 Prozent des bürgerlichen Lagers. Daß dies für Willochs Koalition nicht den Verlust der Mehrheit bedeutete, liegt allein an dem komplizierten norwegischen Verhältniswahlrecht.

Die norwegische Wahlnacht war mit einigen Thriller-Elementen gespickt: angekündigt worden war, daß ein neuartiges Prognosesystem schon frühere, raschere und genauere Hochrechnungen liefern würde. Eine erste Prognose um 21.00 Uhr avisierte, daß die bürgerliche Koalition ihre Mehrheit verlieren und von der Fortschrittspartei abbhänig werden würde. Das sah nach Minderheitskabinett aus. Im Folgenden bröckelten die bürgerlichen Mehrheiten immer stärker ab, bis um Mitternacht die Sozialdemokraten in Führung gingen. Wohlweislich lehnte Gro Harlem Brundtland erst zu diesem Zeitpunkt ab, ihren „Wahlsieg" zu kommentieren. Gegen zwei Uhr morgens dann der Pendelschlag zurück, es begann sich der Trend des vorläufigen amtlichen Endergebnisses abzuzeichnen.

Entsprechend ihres Wahlkampfslogans „Norwegen ist auf dem richtigen Weg" werden die Bürgerlichen ihren Kurs der vergangenen vier Jahre weiter fortsetzen. Im Oktober wird die Vorlage eines umfassenden Steuersenkungskonzepts erwartet. In der abgelaufenen Legislaturperiode hatte die Koalition den Steuerdruck um 5,5 Milliarden norwegische Kronen gesenkt. Ebenfalls im Oktober will Finanzminister Rolf Presthus den Staatshaushalt für 1986 präsentieren, der weitere Entlastungen vorsieht. 1984 schloß das Budget mit einem Plus von 9,6 Milliarden norwegischen Kronen ab. Wie im Wahlkampf angekündigt, wird das Pensionsalter auf 65 (67) Jahre gesenkt.

In der Wirtschaftspolitik wollen die Konservativen eine konsequente Angebotspolitik durchsetzen mit weniger staatlicher Gängelung und Bevormundung. Dieses Vorhaben stößt aber an die Vorbehalte der kleineren Regierungspartner, die auf Interessen ihrer Wählerschaft als Landwirtschaft und Fischrei Rücksicht zu nehmen haben. Im Verteidigungsministerium scheint sich eine personelle Veränderung anzubahnen: der jetzige Inhaber soll erst noch weitere parlamentarische Erfahrungen sammeln. Dem Vernehmen nach ist auch auf dem Posten des Außenministers eine Umbesetzung geplant.

Nicaragua: Die Contras eskalieren den Krieg

Massive Waffenlieferungen Moskaus für Managua

WERNER THOMAS, Miami

Widersprüchliche Kommentare ergeben ein verwirrendes Bild. Während Freiheitskämpfer Calero bereits einen genaueren Termin für den Sturz der sandinistischen Comandantes nennt, meldete Nicaraguas Verteidigungsminister Humberto Ortega letzte Woche einen „Zusammenbruch der Rebellenbewegung". Westliche Diplomaten in dem vom Krieg kaum betroffenen Managua geben den „Contras" nach wie vor keine Siegeschancen. Die Kollegen in der honduranischen Hauptstadt Tegucigalpa wollen dagegen solche Möglichkeiten nicht ausschließen. In einem vertraulichen State-Department-Bericht, den die „Washington Post" dieser Tage veröffentlichte, heißt es: „Der bewaffnete Widerstand in Nicaragua ist eine potente Kraft, jedoch noch weit vom Erfolg entfernt." Adolfo Calero und Enrique Bermudez, der militärische Befehlshaber der FDN, stützen ihren Optimismus auf die vorübergehende Lösung der finanziellen Probleme, das rasche Anwachsen und die bessere Ausbildung ihrer Truppen.

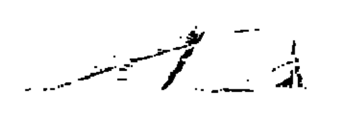
Seit März 1984 hat sich die Stärke der Rebellenarmee nach seinen Angaben von 7800 Kämpfern auf 17 000 verdoppelt, 3000 von ihnen sollen sich zur Zeit in Ausbildung befinden. Ausländische Beobachter in Tegucigalpa geben dagegen niedrigere Schätzungen: 13 000 bis 14 000 Männer und Frauen. Jedenfalls sind die meisten FDN-Soldaten auf nicaraguanischem Boden und nicht mehr in militärischen Lagern auf honduranischem Gebiet stationiert. Was Versorgungsschwierigkeiten schafft, „sind unsere größten Sorgen", laut Bermudez. Die Besetzung der Städte La Trinidad und Cuapa bewies, daß die „Contras" auch tief im Herzen des Landes koordinierte Aktionen mit größeren Truppenverbänden wagen können.

Die von diesen Entwicklungen wenig beeindruckten Diplomaten in Managua betonen dagegen immer wieder die Überlegenheit der Sandinisten an Soldaten und Waffen. Die Sandinistische Volksarmee (EPS) kann 60 000 Soldaten und weitere 60 000 Reservisten und Angehörige der Milizen in die Schlacht werfen. Amerikanische Geheimdienstbeamte gehen weiter davon aus, daß 3000 bis 3500 kubanische Militärberater unter dem Kommando von Castros früherem Angola-Strategen Arnaldo Ochoa in Nicaragua wirken.

Zum Arsenal der größten und bestgerüsteten Streitkräfte Mittelamerikas gehören schwere sowjetische Infanteriewaffen wie Panzer und Stalinorgeln. In den letzten Wochen kamen neben den sowjetischen Mi-8-Hubschraubern auch die Mi-24 „Hind" zum Einsatz, die schnellsten Kampfhubschrauber der Welt, ebenfalls eine sowjetische Produktion. Die Rebellen wollen gegen die gefürchteten Helikopter die sowjetische Boden-Luft-Rakete Sam-7 erproben, ihre letzte Errungenschaft. In dem Pazifikhafen Corinto werden ständig neue Ostblock-Frachter mit weiterem militärischen Gerät verladen. Viele Beobachter stimmen in einem Punkt überein: Dieser Konflikt wird, wie alle Bürgerkriege, nicht nur militärisch entschieden werden. Die Sympathien und Stimmungen der Bevölkerung spielen eine wichtige Rolle.

Die meisten Nicaraguaner reagieren revolutionsmüde und klagen über die katastrophale Wirtschaftslage, die Präsident Daniel Ortega selbst „höllisch" bezeichnete. Dennoch erwartet kaum jemand einen Volksaufstand wie zu Somozas Zeiten: Der marxistische Machterhaltungsapparat, besonders der Staatssicherheitsdienst, die Sondergerichte und die Blockwartorganisationen, funktioniert. „Die Contras müssen auch die politischen Strukturen zerstören", meint ein amerikanischer Militärexperte in Tegucigalpa, „sonst bleiben sie in den Bergen." Letzte Woche gründete die FDN eine Menschenrechtsorganisation, die dazu beitragen soll, den Konflikt zu humanisieren.

Die FDN, die weitaus größte, bestorganisierte und für die sandinistischen Comandantes gefährlichste Partisanenbewegung, steht unter Zeitdruck. Nicht nur, weil dieser Krieg, der bisher mehr als 10 000 Todesopfer forderte, schon dreieinhalb Jahre dauert. Die Reihen der Rebellen wachsen so schnell, daß die Kosten immer höher steigen. „Wir können nicht ewig eine solche Streitmacht unterhalten", sagt Adolfo Calero.



Für den US-Präsidenten sind die Sanktionen gegen Südafrika vor allem ein innenpolitischer Erfolg / Wirkung umstritt

Krügerrand wird in USA schon lange boykottiert

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Das von Präsident Reagan angekündigte Einfuhrverbot für Krügerrands tangiert die internationalen Goldmärkte, einschließlich des amerikanischen, überhaupt nicht. Ganz abgesehen davon, daß eine Genehmigung des Importstopps durch die GATT-Behörde als zweifelhaft bezeichnet wird, weisen Goldexperten daraufhin, daß die Einfuhr der einst beliebtesten Goldmünze aus Südafrika schon seit langem zum Stillstand gekommen ist. Denn in den USA, dem größten einzelnen Absatzmarkt, wird der Krügerrand, der auch künftig gehandelt werden darf, schon seit geraumer Zeit aus politischen Gründen boykottiert. Münzhändler, die nicht riskieren wollen, daß ihnen die Scheiben eingeschlagen werden, haben die Goldmünze des Apartheidstaates längst aus den Schaufenstern genommen.

Gleichzeitig haben Amerikaner seit der Eskalation der Rassenunruhen in Südafrika in großen Mengen Krügerrands auf den Markt geworfen, sei es aus politischen Motiven oder aus Furcht vor einem Einfuhrverbot, von dem man schon lange munkelte. Der Markt wurde in den letzten Monaten derart mit Krügerrands überschwemmt, daß dessen Kurs unter den offiziellen südafrikanischen Abgabepreis rutschte, der einschließlich Frachtkosten um 3,2 Prozent über dem reinen Goldwert von einer Feinunze (31,1 Gramm) liegt. Daher kam der Import aus Südafrika weltweit zum Erliegen.

Reagans Importverbot wird deshalb am Markt als eine politische Showveranstaltung abgetan. Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß die Südafrikaner von der amerikanischen Maßnahme auch deshalb nicht getroffen werden, weil sie zur Devisenbeschaffung nach wie vor Goldbarren in den USA verkaufen dürfen, deren Einfuhr nicht verboten werden soll.

*Auf den Goldpreis haben sich da*her die von den USA angekündigten Sanktionen nicht ausgewirkt. Die Feinunze Gold kostete gestern mittag in London 320 US-Dollar nach 319,35 Dollar am Montagnachmittag. Für *den Krügerrand waren gestern am* Bankschalter 972,25 Mark (ohne 14 Prozent Mehrwertsteuer) zu zahlen. Gegenüber dem reinen Goldwert bedeutete dies einen Aufschlag von 3,4 Prozent. Damit ist der Krügerrand nach wie vor die billigste Goldmünze. Der kanadische Maple Leaf, der ebenfalls eine Unze Gold enthält, kostete gestern 992,25 Mark und damit 5,4 Prozent mehr als der reine Goldwert. Der Krügerrand hat zwar schon seit Wochen seine frühere Beliebtheit eingebüßt, und die Absatzanteile der südafrikanischen und kanadischen Münze haben sich von früher etwa 8:1 auf jetzt 1:1 zugunsten des Maple Leafs verschoben. Die Banken raten aber davon ab, Krügerrands in Maple Leafs *zu tauschen,* weil *man* dabei einschließlich Mehrwertsteuer rund 17 Prozent draufzahlen muß und auch nicht mehr als eine Unze Feingold besitzt.

Unabhängig von den Ereignissen in Südafrika ist die private Nachfrage nach Gold schon seit langem flau, weil sich keine Preissteigerungen abzeichnen, die ein Äquivalent für die Zinslosigkeit des gelben Metalls bieten. Andererseits wird auch nicht mit einem nennenswerten Preisrückgang gerechnet. Jedenfalls fürchtet man nicht, daß Pretoria zur Devisenbeschaffung Gold verkaufen muß und damit auf den Preis drückt. Überdies kann Südafrika weiterhin auf internationale Bankkredite für die Wirtschaft hoffen. Diesen Eindruck gewann jedenfalls der südafrikanische Notenbankchef bei seinem Blitzbesuch wichtiger internationaler Finanzzentren, auch wenn sich die besuchten Bankiers mit Rücksicht auf die Öffentlichkeit zurückhalten. Schwierig wird es jedoch, einen geeigneten Koordinator für die Umschuldungsverhandlungen zu finden.



Die tägliche Gewalt: Brandbomben in den Schwarzen-Siedlungen FOTO: DPA

Reagans Mittelweg – ein Signal an Botha und Hilfe für die Schwarzen

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA ist der Streit zwischen dem Kongreß und dem Weißen Haus über Wirtschaftssanktionen gegenüber Südafrika vorerst beigelegt. Präsident Ronald Reagan griff unter anderem auf die Vollmachten des International Emergency Economic Powers Act zurück und verfügte von sich aus Maßnahmen, die im Vergleich zu den Gesetzentwürfen des Senats und dem bereits verabschie*deten Gesetz des Repräsentantenhau*ses stark abgeschwächt sind.

Der Senat, in dem die Republikaner über eine Mehrheit von drei Stimmen verfügen, hat daraufhin die endgültige *Abstimmung* über *die Vorla*gen auf das kommende Frühjahr verschoben. Dadurch ist die kritische Situation vermieden worden, daß der Präsident sein Veto gegen ein vom Vermittlungsausschuß gebilligtes Gesetz hätte einlegen müssen. Der Senat kann andererseits das Thema wiederaufnehmen, wenn er der Ansicht ist, die Administration verwirkliche ihre Anordnung nicht.

Für Kliniken und Schulen gibt es noch Kredite

Nach der „Executive Order" des Weißen Hauses ist die Lieferung amerikanischer Computer an südafrika*nische Behörden, die mit der Durch*setzung der Apartheid befaßt sind und ihre Sicherheitskräfte verboten. Betroffen sind das Militär, die Polizei, das Gefängnissystem, die nationalen Sicherheitsbehörden, der Waffenhersteller Armscor und seine Tochtergesellschaften, die Waffenforschung, die für die schwarze Bevölkerung zuständigen Paßbehörden sowie die Behörden *in* den *Homelands.*

Untersagt ist von November an die Gewährung von Krediten an die südafrikanische Regierung, es sei denn, die Mittel werden für die Verbesserung des Lebensstandards oder den Bau von Häusern, Schulen und Krankenstationen verwendet, zu denen alle Rassen Zugang haben.

Der Bann trifft auch den Export atomarer Technologien und Anlagen. Nicht mehr eingeführt werden dürfen in Südafrika hergestellte Waffen, Munition oder Militärfahrzeuge.

An US-Tochtergesellschaften in Südafrika mit mehr als 25 Beschäftigten ergeht die Aufforderung, den „Sullivan Code" anzuwenden, der unter anderem die Aufhebung der Rassentrennung in den Betrieben, gleiche Löhne und Einstellungsbedingungen für alle ethnischen Gruppen sowie die Beschäftigung von mehr Schwarzen im Management und administrativen Bereich vorsieht.

Zugleich beauftragte der US-Präsi*dent seinen Außenminister und den* Handelsbevollmächtigten, mit den Handelspartnern Verhandlungen über einen Importstopp für den südafrikanischen Krügerrand aufzunehmen. *Um eine Alternative* für *Gold*münzensammler zu schaffen, soll der US-Finanzminister innerhalb von 60 Tagen die Möglichkeit prüfen, eine amerikanische Goldmünze herauszubringen. Ein Einfuhrverbot bedarf der Zustimmung der Behörde für das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt), über das sich Reagan nicht hinwegsetzen wollte.

Verfügt hat der Präsident überdies eine Aufstockung der Mittel für Ausbildungsstipendien an schwarze Südafrikaner. Außenminister George Shultz soll einen Beraterausschuß aus namhaften US-Bürgern bilden, dessen Aufgabe es ist, in zwölf Monaten Empfehlungen für friedliche Veränderungen in der Republik am Kap der Guten Hoffnung vorzulegen.

Die wirtschaftliche Wirkung dieser Sanktionen ist zweifellos gering, zumal die amerikanischen Banken die Gewährung von Krediten an südafrikanische Behörden und viele andere Darlehensnehmer längst gestoppt haben und die meisten Computer-Lieferungen an die Polizei und das Militär bereits durch den Rückgriff auf das US-Ausfuhrkontrollgesetz verboten worden sind. Dennoch hat Reagan mit seinen Maßnahmen der südafrikanischen Regierung deutlich signalisiert, daß nun die Zeit gekommen sei, das Apartheid-System abzuschaffen.

Gewählt hat der Präsident einen Mittelweg, um die südafrikansiche Wirtschaft nicht zum Entgleisen zu bringen und den eigentlichen Opfern der Apartheid nicht zu schaden. Deswegen richten sich alle Schritte gegen die Regierung in Pretoria. Dazu Reagan: „Unser Ziel kann es nicht sein, gerade die Leute zu schwächen, denen wir helfen wollen."

Reagan akzeptierte aber auch, daß Südafrika ein souveräner Staat und seine Gesellschaft nicht totalitär ist. Amerika strecke die Hände aus, hel*fend und nach einem politischen Dia*log rufend, sagte der Präsident. An den Kongreß appellierte er, an das Wohlergehen der Menschen im Süden Afrikas zu denken: „Wichtig sind *Maßnahmen, die uns von der Apart*heid trennen, aber mit dem friedlichen Wechsel verbinden."

Überzeugung heißt das Stichwort

Den zu Konsultationen zurückgerufenen amerikanischen Botschafter Herman Nickel schickt Reagan auf seinen Posten in Pretoria zurück. An den südafrikanischen Präsidenten Botha nimmt Nickel die Mitteilung des Weißen Hauses mit, daß die Probleme zwar nicht über Nacht gelöst werden können, jedoch keine Zeit mehr verloren werden darf. Der US-Präsident: „Wir bleiben bei unserer Politik des konstruktiven Engagements, fügen aber das Wort aktiv hinzu." Das Stichwort laute: Überzeugung.

Außenminister Shultz erklärte vor Journalisten, das moralische und sonstige Interesse der USA an Südafrika sei groß; Washington bleibe deshalb in Südafrikas politischen Prozeß ein*gebunden. Je stärker die Vereinigten* Staaten diplomatisch und wirtschaftlich vertreten seien, um so mehr könnten sie ihren Einfluß geltend machen. Der Minister rechnet nicht damit, daß Pretoria Vergeltungsmaßnahmen ergreift und die Ausfuhr strategisch wichtiger Rohstoffe verbietet. Shultz: „Südafrika exportiert alles, was es kann."

Folgt man hohen Beamten der Administration, dann hat die präsidentielle Verfügung große Vorteile. Im Gegensatz zu rigiden Gesetzen könne dieses Instrument flexibler gehandhabt werden, wurde betont. Alle führenden republikanischen Senatoren haben sich auf die Seite des Präsidenten gestellt.

Auch Satelliten und Elektronik sind im Spiel

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Experten *unterscheiden* bei der Klassifizierung von Rohstoffen aus Südafrika zwischen strategischen und kritischen. Bei strategischen Materialien ist die Abhängigkeit Europas und der USA von Importen Pretorias nahezu total. Es handelt sich um Chrom, Kobalt, Mangan und Platin. Bei kritischen Mineralien ist die Abhängigkeit nur relativ. Hier sind Kupfer, Nickel und Vanadium zu nennen.

Der Anteil Südafrikas an den bekannten westlichen Rohstoff-Vorrä*ten belief sich* im Jahre 1982 auf 93 Prozent bei Mangan, 83 Prozent bei Platin, 61 Prozent bei Vanadium, 58 Prozent bei Chrom, 63 Prozent bei Gold.

Beide *Mineralienarten, kritische* und strategische, sind für die Produktion von Militärgütern unumgänglich. Sie sind notwendig für Industriegüter und das Gesundheitswesen in *hochentwickelten Ländern.* Sie werden gebraucht für die Erzeugung von Kunstdünger, mithin bei der Nahrungsmittelproduktion, weil dabei Platin als Katalysator gebraucht wird. *Platin-Katalysatoren braucht* man auch für die Herstellung von Benzin, und es gibt keinen Herd, keine Heizung, keinen Wasserhahn, keine Rasierklinge ohne südafrikanische Stahlveredler. Auch für saubere Luft und sauberes Wasser braucht man diese Mineralien. Und die meisten Autos in Europa und Amerika fahren mit südafrikanischem Mangan im Blech, mit südafrikanischem Chrom und Vanadium in Motor und Getriebe, mit südafrikanischem Asbest in Kupplung, Bremsen und Dichtungen.

Auch die Elektronik und die hochentwickelte Technologie kommen ohne diese Mineralien nicht aus. Gold und Platin besitzen hohe Leitfähigkeit und sind sehr korrosionsbeständig. Man braucht sie für Schalter und Kontakte auch bei Halbleitern. Für die sogenannten Chips sind freilich keine großen Mengen vonnöten. Immerhin gingen von den 700 Tonnen Gold, die Südafrika im vergangenen Jahr förderte, 122 Tonnen in die Elektronik. Bei Platin waren es sechs Tonnen. Die Weltproduktion belief sich 1984 auf 85 Tonnen, wobei auf Südafrika 84 Prozent entfallen.

Als einer der *wichtigsten Industrie*staaten muß die Bundesrepublik jährlich für rund zehn Milliarden Mark Metalle und Erze einführen. Zwanzig Prozent davon kommen aus Südafrika. Hier schlägt die Bedeutung der typischen südafrikanischen Rohstoffe Vanadium, Chrom, Mangan, Platin und Gold bei der deutschen Versorgung durch: 86 Prozent des Vanadiums, 68 Prozent der Chromerze und 80 Prozent des Platin-Imports kommen aus Südafrika. Über den Zusammenhang dieser Importe mit der Sicherheit von deutschen Arbeitsplätzen gibt es verschiedene Schätzungen. Selbst bei einem geringen Ausfall der Importe wären nach einer Studie des Bundesmini*steriums für Wirtschaft* Zehntausende von Arbeitsplätzen gefährdet.

In der Diskussion um die strategische Bedeutung Südafrikas wird außer den Mineralien und der Sicherung der *Erdöl-Route um das* Kap von manchen Fachleuten jetzt auch auf die geographische Position in Bezug auf die Satellitenbeobachtung und -überwachung hingewiesen. In diesen Breitengraden finden sich nur drei Länder – Südafrika, Australien, Argentinien –, um die gewaltigen Entfernungen über den Atlantischen und Indischen Ozean zu überbrücken. Bei Pretoria haben die Amerikaner Ende der fünfziger Jahre ein Radioteleskop zur Beobachtung von Satelliten gebaut. Südafrika hat die entsprechende Infrastruktur, um technisch hochkomplizierte Vorgänge wie die Beobachtung von Satelliten-Laufbahnen zu meistern. Das ist auch mit Blick auf Verwirklichung eines Programms wie SDI von nicht geringem Interesse. Das Observatorium von Hartebeeshoek bei Pretoria hat in den letzten Jahren bei vielen internationalen Forschungsprojekten mit Weltraum-Technologie teilgenommen.

Außenminister einigen sich auf den kleinsten Nenner

W. HADLER/DW. Luxemburg

Die Außenminister der Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben sich gestern auf begrenzte Sanktionen gegen Südafrika verständigt. Nach außerordentlich schwierigen Beratungen beschlossen sie nach amtlichen französischen Angaben ein Verbot jeglicher Rüstungs-Kooperation mit dem Apartheidsstaat. Auch die Lieferung kerntechnischer Ausrüstung soll gestoppt werden. Außerdem einigten sich die zehn Außenminister darauf, ihre Militärattachés aus Südafrika abzuberufen.

Die EG-Partner hatten Mühe, sich auf eine gemeinsame Politik gegenüber Südafrika zu verständigen. Eine bis zum Mittag angesetzte Beratungsrunde der Außenminister mußte um mehrere Stunden verlängert werden, da die Meinungen über angemessene Folgerungen aus den Gesprächen einer europäischen Ministerdelegation vor Ort weit auseinander gingen.

Ein von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vorgelegter Katalog „positiver Maßnahmen" zur Unterstützung der schwarzen Mehr*heit in Südafrika wurde jedoch von* mehreren Kollegen als nicht ausreichend empfunden.

Schon vor dem Besuch der drei Minister hatte es in der Gemeinschaft recht unterschiedliche Auffassungen über die Zweckmäßigkeit wirtschaftlicher Sanktionen gegeben. Während Frankreich seine Haltung abschwächte, machten sich Dänemark und Holland für weitergehende Sanktionen im Wirtschaftsbereich stark.

Dagegen blieben die Briten auch nach der jüngsten amerikanischen Entscheidung bei ihrer Ablehnung von Sanktionen. London ist, wie auch Bonn, der Ansicht, daß derartige Maßnahmen nur den schwächeren Teil der südafrikanischen Bevölkerung treffen würden. Auch andere Maßnahmen, wie die Verhängung eines Visum-Zwangs für Südafrikaner, würden nach britischer Auffassung eher zum Nachteil der schwarzen Bevölkerung ausschlagen, da viele Weiße einen britischen Paß besitzen.

Am Nachmittag berieten die Minister über eine gemeinsame Erklärung, in der die Apartheid-Politik als einzige Ursache für die Krise in Südafrika bezeichnet und eine uneingeschränkte Gleichberechtigung von schwarzen und weißen Bürgern gefordert wird. Ein von der luxemburgischen Präsidentschaft vorgelegter Maßnahmenkatalog ging den Briten noch zu weit.



Sanktionen gegen Pretoria bleiben für Paris ohne Folgen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

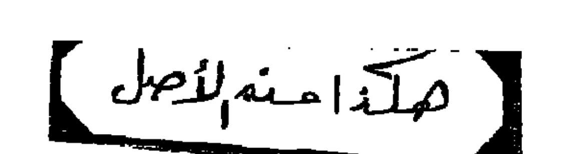
Die französische Regierung war die erste, die wirtschaftliche Sanktionen in Form einer Investitionssperre gegenüber Südafrika verhängte. Vor allem aus Gründen der „sozialistischen Moral", so erklärte später Premierminister Laurent Fabius, schien ihr der Zeitpunkt gekommen, Pretoria zur Aufgabe der Apartheid durch Taten zu bewegen. Sie brachte damit eine Entwicklung in Gang, die in dem amerikanischen Boykott ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hat.

Während sich die französische Regierung dazu bisher noch nicht öffentlich geäußert hat, ist man in französischen Wirtschaftskreisen über die Entwicklung zunehmend besorgt. Frankreich habe ohne Absicherung durch die EG seine Wirtschaftsinteressen in Südafrika besonders stark exponiert.

Die Ende *Juli von der französi*schen Regierung verordnete Sperre für Neuinvestitionen in Südafrika dürfte allerdings zunächst keine größere Bedeutung für den Export *von Investitionsgütern* und *Dienst*leistungen haben. Denn alle wesentlichen Investitionsvorhaben waren damals bereits abgeschlossen, und neue Projekte *lagen* nicht *vor.* Das lag auch an dem immer unsicherer gewordenen südafrikanischen Investitionsklima.

Als die Sperre verhängt wurde, waren die größten Finanzierungsgeschäfte mit den südafrikanischen Banken praktisch unter Dach und Fach. Ihre plangemäße Durchfüh*rung soll durch die Pariser Restrik*tionen nicht beeinträchtigt werden. Außerdem hat die französische Regierung ausdrücklich zugesichert, daß der laufende Handelsverkehr *mit Südafrika unberührt bleibt.*

Im vergangenen Jahr hatte Frankreich für 4,4 Milliarden Francs Waren nach Südafrika exportiert, hauptsächlich Informationstechnik und Elektronik – Warengruppen also, die jetzt vom US-Boykott speziell betroffen sind. Wenn Paris hier nicht nachziehen sollte und wenn Pretoria keine Gegenmaßnahmen ergreift, könnten Frankreich vielleicht zusätzliche Aufträge winken. Die französischen Importe aus Südafrika erreichten 5,9 Milliarden Francs und führten für Paris zu einem Defizit von 1,5 Milliarden Francs.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866,
5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Purzelbaum?

„Leserbrief: Qualifikation": WELT vom 5. September

Sehr geehrte Damen und Herren.

mit Kopfschütteln habe ich Frau Dr. Winklers Leserbrief zum Thema der sozialen Indikation zur Kenntnis genommen.

● Daß versucht wird, das Leben der Mutter mit allen Mitteln zu retten, auch unter Risiko für das ungeborene (!) Kind bleibt wohl unumstritten, aber bereits der direkte Angriff auf das ungeborene Leben („Aggressor Iniustus"?) ist beileibe kein „ungeschriebenes Gesetz".

● Die seltenen Fälle, bei denen das Leben der werdenden Mutter ausschließlich durch Schwangerschaftsabbruch zu retten ist, mit der „sozialen Indikation" in Verbindung zu bringen, ist ein logischer Purzelbaum!

● Ob die Kosten für einen Eingriff von der Allgemeinheit (hier: Krankenkasse) zu tragen sind – und darum dreht es sich hier –, ist wieder ein anderer Aspekt, der mit dem strafrechtlichen oder ethischen nicht zwingend verknüpft ist.

Wann endlich werden wir uns bei der Ehre gepackt fühlen, wenn in einem der reichsten Länder der Erde eine „soziale Indikation" geduldet wird? Wann endlich wird uns der Stolz die Schamröte ins Gesicht treiben, wenn uns den kompromißlosen Schutz der Nachkommen Tiere vormachen müssen?

Mit freundlichen Grüßen
Egbert W. Gerlich,
Neumünster

Grundgrundsatz

„Leserbrief: Das neue Kauderwelsch": WELT vom 4. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Klage über die zunehmende Verwendung von – meistens überflüssigen – Fremdwörtern ist berechtigt. Man sollte sich allerdings hüten, in den Purismus zu verfallen und „Position, defekt, Aktion" usw. zu verteufeln, obwohl sie durchaus entbehrlich sind und durch die verschiedensten aussagekräftigen deutschen Bezeichnungen ersetzt werden könnten.

Die Ablehnung sollte sich in erster Linie gegen falsch gebrauchte Fremdwörter richten:

● Die US-Regierung „Administration" zu nennen, wie es fast zur Regel geworden ist, ist nur drüben richtig. Wir haben dieses Wort gepachtet für die bloße „Verwaltung", die von den Amerikanern „government" genannt wird. (In England dagegen ist „Government" die gewählte Regierung, während die Verwaltung, der Fiskus „crown" genannt wird.)

● vorprogrammieren ist „doppelt gemoppelt", genauso wie aufoktroyieren. Die „optimale" Lösung ist die beste oder, je nach Sachlage, die bestmögliche. Diese Bedeutung wird derart verkannt, daß oft die – unmögliche – Steigerung „optimaler" oder „am optimalsten" zu vernehmen ist. Der „Besteste"?

● Wenn mit dem „Prinzip" auch bereits der „Grundsatz" gemeint ist, so versteigen sich doch manche Schreiber zum „Grundprinzip", also zum „Grundgrundsatz". Was ist das?

Also: Wenn Fremdwort, dann erstens richtig und zweitens, wenn wirklich unentbehrlich: aber hören sich „Open-air-Festivals" wirklich so viel besser an als „Freilichtfestspiele"? Oder „Freiluftfestspiele"?

Mit freundlichen Grüßen
Ehrfried Siewers,
Bendestorf

Negative Rolle

Überraschend kam die Würdigung Syriens durch den Außenminister Genscher für die angeblich positive Rolle dieses Landes um die Wiederherstellung des Friedens in Libanon.

In der Tat spricht vieles für eine zweifelhafte, wenn nicht eindeutig negative Rolle Syriens in Libanon. Man erinnere an die wilde Bombardierung der Zivilbevölkerung christlicher Gemeinden wie Ost-Beirut und Zahle durch syrische Artillerie (1978, 1980). Man erinnere weiter an Bombardierungen palästinensischer Lager direkt durch Syrien oder indirekt durch von Syrien bewaffnete Milizen (1976, 1985).

Viele Hinweise deuten darauf hin, daß hinter der Ermordung des Drusenführers Kamal Dschumblatt und des Staatspräsidenten Beshir Gemayel der syrische Geheimdienst steckt. Das gleiche wurde bei den Anschlägen gegen die in Beirut stationierten amerikanischen und französischen Streitmächte vermutet.

Man vergesse nicht, daß die syrische Diktatur eine der blutigsten Repressionen im eigenen Land ausübt, welche mehrmals von Amnesty International verurteilt wurde. Die Bombardierung der syrischen Stadt Hama durch Regierungstruppen hat laut übereinstimmenden seriösen Presseberichten zwischen 15 000 und 25 000 Opfer gefordert.

N. Baktan,
Paris

Zweierlei Maß

„Auf ein Wort": WELT vom 3. September

Sehr geehrte Redaktion,

auch Herr Blüm reiht sich jetzt in die Schar der Kritiker unserer Ärzte ein.

Es ist einfach unerträglich, daß sich scheinbar alle zur Pflicht gemacht haben, den Stand mit den hohen Einkünften zu bekämpfen, der immerhin für die Volksgesundheit ein hohes Maß an Verantwortung trägt.

Es ist nicht zu verstehen, Ärzten mit Ihren enormen hohen Investitionskosten, die zum Teil tausendprozentig über den *Investitionskosten* von Rechtsanwälten liegen, vorzuschreiben den wieviel höheren Satz sie nehmen dürfen oder nicht.

Mit welchem Recht läßt sich ein Advokat nach Streitwerthöhe bezahlen, denn für 500 Mark soll er bekanntlich genauso gut streiten, wie bei einem Betrag von 500 000 Mark, wenn auf der anderen Seite ein Arzt nicht das Recht hat, hier aber mit echtem fachlich menschlichen Aufwand nach Leistung seine Forderungen zu erheben. Wenn die Vertragsrechtsschutzversicherungen bereit sind, nach Leistung abrechnen zu müssen (Streitwert), muß doch andererseits die Versicherungsgesellschaft auch die Leistung (höherer Aufwand) bezahlen.

Hier wird doch in unserer Republik deshalb mit zweierlei Maß gemessen, weil eben die Lobby der Rechtsanwälte im Deutschen Bundestag höher ist, als die der Ärzte.

Mit freundlichen Grüßen
Christoph A. Weidlich,
Berlin 36

Wort des Tages

» Wer Menschen gewinnen will, muß sein Herz zum Pfand einsetzen. «

Adolf Kolping, deutscher Theologe und Sozialreformer (1813–1865)

Personalien

EHRUNGEN

Mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ist **Ernst-Gerhard Erdmann**, Hauptgeschäftsführer und Präsidialmitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, geehrt worden. Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** (CDU) überreichte Erdmann die Auszeichnung in Köln bei einem Empfang anläßlich seines 60. Geburtstages. Der Minister hob Erdmanns große Verdienste um die Entwicklung der Partnerschaft zwischen Tarifvertragsparteien hervor. Die Verleihung unterstreiche Erdmanns Eintreten für einen Interessensausgleich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie sein Wirken für eine dem Gemeinwohl verpflichtete Tarifautonomie.

*

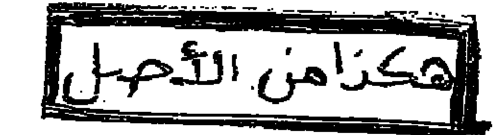
Christa Meves, in Uelzen lebende Psychagogin und Erfolgsautorin, ist von der Aktion Sonnenschein mit der „Sonnenschein-Medaille – miteinander wachsen" ausgezeichnet worden. Diese Ehrung verleiht die von dem Münchner Kinderpsychologen **Theodor Hellbrügge** ins Leben gerufene Aktion „in Anerkennung besonderer Verdienste um Hilfe für mehrfach und verschiedenartig behinderte Kinder". In der Verleihungsurkunde heißt es, daß Christa Meves durch ihr Werk zahllosen Kindern, nicht nur in der Bundesrepublik sondern international, geholfen hat.

GEBURTSTAGE

Karl Fuchs, Gymnasialprofessor a. D. und ehemaliges CSU-MdB, wird am 11. September 65 Jahre alt. Von 1966–1969 saß er in der CSU-Fraktion des bayerischen Landtages. 1969 kam er über die CSU-Landesliste in den Bundestag. 1972 und 1976 wurde Fuchs in seiner Heimatstadt Passau direkt in den Bundestag gewählt.

*

Rudolf Opitz, Fotografenmeister und langjähriges FDP-MdB, vollendet am 11. September in seiner Heimatstadt Münster sein 65. Lebensjahr. Dem Bundestag gehörte Opitz die ganze 4. und 5. Wahlperiode, die 6. Wahlperiode seit dem 2. Mai 1972 als „Nachrücker" und dann wieder die volle 7. Periode an. Für seine Fraktion saß er nacheinander in den Ausschüssen für Finanzen, Wirtschaft, Entwicklungshilfe sowie im Auswärtigen Ausschuß. Zudem war er stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises II (Wirtschaftspolitik) seiner Fraktion und des Bundesmittelstandsausschusses der Gesamtpartei.



NACHRICHTEN

Kohl soll eingreifen

Frankfurt (sid) – Bundeskanzler Helmut Kohl soll sich dafür einsetzen, die Sportvereine steuerlich zu entlasten. Das fordert der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), Willi Weyer. Der DSB habe bereits 1979 die Anträge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur steuerlichen Erleichterung der gemeinnützigen Sportvereine begrüßt. Man warte nun auf die Realisierung.

Comeback gescheitert

Dortmund (sid) – Das geplante Comeback des 34jährigen Rolf Rüßmann beim Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund ist nach vier Verhandlungsrunden an Rüßmanns Forderungen gescheitert. Rüßmann hatte seine Laufbahn bereits beendet.

Kohde auf Rang vier

Düsseldorf (sid) – Die Saarbrückerin Claudia Kohde schob sich in der Weltrangliste der Tennis-Damen auf den vierten Platz vor. Steffi Graf ist Elfte.

Klarer Sieg für Becker

Seattle (UPI) – Wimbledon-Sieger Boris Becker schlug in Seattle in einem Schaukampf den Amerikaner Luke Jensen 6:1, 6:3. Ursprünglich sollte Becker gegen den Franzosen Noah antreten.

Golf: Platz sieben

London (GAB) – Die Golflehrerin Barbara Helbig (Buchholz-Nordheide) erspielte sich als einzige deutsche Teilnehmerin bei der European Ladies Open in Kingswood bei London den siebenten Platz. Es siegte Lieselotte Neumann (Schweden).

ZAHLEN

BASKETBALL

Europameisterschaft der Damen in Italien, 2. Spieltag: Gruppe A: Rumänien – CSSR 79:52, Gruppe B: Ungarn – Polen 76:54.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 434 324,50 Mark, 2: 93 908,00, 3: 3978,50, 4: 89,40, 5: 7,80. – **Toto:** Klasse 1: 463,50 Mark, 2: 24,40, 3: 4,30. – **6 aus 45:** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot 1 014 534,85 Mark, 2: 24 826,10, 3: 5984,80, 4: 103,20, 5: 7,80. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 34,50 Mark, 2: 12,70, Rennen B: Klasse 1: 953,10 Mark, 2: 157,20, Kombinationsgewinn: 29 837,60 Mark. (Ohne Gewähr)

Peter Hussing oder Alter schützt vor Hieben nicht

Er liebe seinen Sport, sagt er. Und er mag nicht, daß ihm andere Leute vorschreiben, welchen Sport er in welchem Alter betreiben dürfe und welchen nicht. „Fußball darf man doch auch noch mit 45 Jahren spielen, oder nicht?" In der Tat, im Fußball-Sport ist dies kein Problem. Doch Peter Hussing aus Brachbach an der Sieg ist Boxer.

In 20 Wettkampfjahren errang er als Amateur sechs internationale Medaillen, wurde 15 Mal in Reihenfolge deutscher Meister und einmal gar Europameister – ein deutsches Box-Denkmal.

Doch weil Peter Hussing in diesem Frühling 37 Jahre alt geworden ist, darf er diese Sportart vom 1. Januar des nächsten Jahres an nicht mehr ausüben. So will es die Altersregel des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV), die seit fünf Jahren in Kraft ist. Aber so will es Peter Hussing nicht akzeptieren.

Im März hatte der DABV-Kongreß einen Antrag des Landesverbandes Niederrhein abgelehnt, die Altersgrenze generell aufzuheben. Auch Hussings Vorschlag, ältere Boxer nach zusätzlichen intensiven Untersuchungen einen Start zu erlauben, wurde verworfen.

Nun hat Hussing angekündigt, im nächsten Jahr vielleicht zwei oder drei Kämpfe als Berufsboxer zu bestreiten. Nichts Größeres – nur als Demonstration. „Ich will dem DABV zeigen", sagt er, „daß es auch noch andere Möglichkeiten gibt, in diesem Sport zu starten." Die Altersregelung sei widersprüchlich, engstirnig und ein Eigentor des Verbandes. Denn mit dieser Entscheidung werde festgelegt, daß Boxen gefährlich sein könne. Hussing: „Boxen ist für mich ein Leistungssport wie jeder andere."

Ein Sport wie jeder andere?

Auch unter dem Eindruck des Unfalles des Mülheimer Boxers Jürgen Krause, der 1978 nach einem Kampf bewußtlos zusammengebrochen war, 30 Tage im Koma lag und bis heute nicht völlig wiederhergestellt ist, sah sich die Ärztekommission des DABV zu Schutzmaßnahmen für die Sportler gezwungen. 1980 schrieb sie daher unter anderem die Altersgrenze fest. Mit einer medizinischen Begründung, die in der Tat für andere Sportarten auch gelten kann.

„Ab dem 25. Lebensjahr können in seltenen Fällen vorzeitige Verkalkungen im Hirn, im Herz-Kreislauf und im Nierenbereich auftreten", erklärt Dr. Wilhelm Funke (70), Vorsitzender der Ärztekommission und langjähriger Ringarzt. Man habe also eher Angst vor dem Herztod im Ring und nicht vor eventuellen Schäden durch schwere Boxhiebe. Anzeichen für Spätschäden bei Boxern, so Funke, ließen sich auch nicht bei einer Langzeitstudie mit 241 Sportlern feststellen, deren Ergebnisse nach acht Untersuchungsjahren vorgestellt werden sollen.

„Im Grunde ist die Altersbegrenzung rein fiktiv", ergänzt Funke, „aber wenn wir jetzt eine Ausnahme machen, würde eine Menge hinterherkommen." Peter Hussing sei durchaus in der Lage, weiterzuboxen. Aber mit dem Schicksal anderer Boxer vor Augen habe man irgendwo eine Grenze ziehen müssen.

Also doch kein Sport wie jeder andere.

Der Landesverband Niederrhein will angeblich vor den deutschen Meisterschaften Mitte November in Mainz beantragen, daß ein Deutscher Meister die Möglichkeit erhalten solle, seinen Titel im darauffolgenden Jahr zu verteidigen. Diese leicht als „Lex Hussing" zu durchschauende Sonderregel wird kaum eine Chance auf Zustimmung haben.

Doch Peter Hussing sollte sich auch überlegen, lediglich aus einer Trotzraktion heraus für kurze Zeit zum Profi-Boxer zu werden. Als erfolgreichster deutscher Amateur-Boxer sollte er sich auch bewußt sein, daß er in seinem Sport ein Vorbild darstellt. Hussing könnte durch einsichtiges Verhalten seinem Sport helfen, nicht wieder in negative Schlagzeilen zu geraten.

JÖRG STRATMANN

STAND ● PUNKT

MOTORSPORT / WELT-Interview mit dem Rennfahrer Christian Danner

„Ich fühle mich nicht unter Druck gesetzt"



Christian Danner (Foto: AP) im *Formel-1-Rennwagen von Erich* Zakowski: Wahrscheinlich wird der 26jährige Münchner nächstes Jahr der einzige deutsche Grand-Prix-Rennfahrer sein. Am Wochenende fährt er beim *Großen Preis von Belgien in* diesem Fahrzeug, vertretungsweise. – Der Sohn des international anerkannten Unfall-Forschers Max Danner paßt so gar nicht in die Schablone des *Draufgängers*, des spektakulären, begnadet talentierten Rennfahrers. Sein neunjähriger Aufstieg vom unbekümmerten Renault-5-Pokal-Aspiranten – erstes Rennen, erster Überschlag – in die geschlossene Gesellschaft des Grand-Prix-Zirkus wurde von Intelligenz und Unauffälligkeit geprägt, von außerordentlicher Lernfähigkeit, schneller Auffassungsgabe und Anpassungsvermögen.

KLAUS BLUME, **Bonn**

An diesem Wochenende startet der Münchner Autorennfahrer Christian Danner (26) in einem deutschen Zakspeed-Fahrzeug beim Grand Prix von Belgien in Spa seine Formel-1-Karriere. Vorerst als Ersatzmann für den verunglückten Engländer Dr. Jonathan Palmer. *Doch Danner, der auch noch die* Europameisterschaft in der Formel 3000 gewinnen kann, möchte in der höchsten internationalen Motorsportklasse Fuß fassen. Die WELT sprach mit Christian Danner.

WELT: Manfred Winkelhock und Stefan Bellof sind tödlich verunglückt. Eine Boulevardzeitung schrieb danach, nun seien Sie die Nummer eins im deutschen Motorsport. Nun müßten Sie ran. Fühlen Sie sich unter Druck gesetzt?

Danner: Nein, denn ich habe meine Karriere stets unabhängig aufgebaut und nicht etwa als der dritte Mann hinter Winkelhock oder Bellof. Ich habe in vielen Jahren zäh an meinem *Job gearbeitet, ob in Europa* oder zum Beispiel in Australien. Dies alles mit dem Ziel, Formel-1-Rennfahrer zu werden.

WELT: Aber Winkelhock und Bellof sind tot . . .

Danner: *Das hat mich* äußerst schmerzlich berührt, aber ich kann damit leben.

WELT: Sie steigen zu einem Zeitpunkt in die Formel 1 ein, an dem der Motorsport nicht gut angesehen ist. *In Berlin und im* Saarland stehen die Veranstalter unter Beschuß.

Danner: Aber warum ist das so? Weil nicht nach den eigentlichen Gründen gesucht wird, sondern weil zum Rundumschlag gegenüber einer ganzen Sportart ausgeholt wird. Vor Jahren, als es gefährliche Unfälle unter den Military-Reitern gab, wurde die Diskussion darüber versachlicht. Warum nicht auch im Motorsport?

WELT: Machen Sie doch einen Vorschlag.

Danner: Erstens ist Motorsport gefährlich. Das war immer so, das bleibt so. Zweitens, so heißt es, vergiften Autos die Umwelt. Rennautos gegenüber dem ganz normalen Straßenverkehr aber nur in Maßen. Dafür gibt es vergleichende Zahlen. Wenn ich das also weiß, brauche ich gegenüber Motorsportlern nur noch tolerant zu sein.

WELT: Ihr österreichischer Kollege Gerhard Berger macht sich Sorgen über nächstes Jahr, über das Jahr nach Laudas Rücktritt . . .

Danner: Sicher verliert der Motorsport mit dem Rücktritt Niki Laudas die Persönlichkeit schlechthin. Aber es war wohl auch immer recht praktisch, jemandem einfach nur hinterherlaufen zu können. Doch wir sind ja auch wer. Warum sollten wir uns denn gegen die Herren Ecclestone und Oliver nicht wehren können? Manfred Winkelhock konnte so etwas auch sehr gut.

WELT: Von der Formel 3000 in die Formel 1, vom Saugmotor zum Turbo-Aggregat. Ist das nicht eine ganz andere Welt?

Danner: Ich habe am Montag auf dem Nürburgring den Formel-1-Wagen von Zakspeed gefahren. Natürlich brauchte ich einige Runden, um mich an die Geschwindigkeit zu gewöhnen – ob ich nun mit 460 PS oder mit über 700 PS fahre, ist schon ein Unterschied. Aber dann hatte ich das Auto völlig unter Kontrolle und bin gefahren wie eh und je. Könnte ich das nicht, hätte ich meinen Beruf verfehlt. Wir nennen uns die besten Piloten der Welt und dementsprechend müssen wir auch Auto fahren können. Was die Formel 1 von der Formel 3000 hauptsächlich unterscheidet, ist jene elitäre Clique, die sich im Grand-Prix-Sport festgesetzt hat.

WELT: Die beiden letzten tödlichen Unfälle ereigneten sich in der Langstrecken-Weltmeisterschaft. Ist diese Klasse gefährlicher als andere?

Danner: Die beiden Unfälle – Winkelhock und Bellof – haben damit nichts zu tun. Dies vorweg. Aber es gibt in dieser Klasse eben nur 10 oder 12 Spitzenfahrer. Ansonsten betreiben diesen Sport reine Amateure, also langsame Fahrer, die noch nicht einmal ihre langsameren Autos richtig beherrschen. Und das ist gefährlich.

WELT: Aber man hat ein Dach über dem Kopf.

Danner: Was bei 240 Stundenkilometern eh Wurscht ist – wenn es passiert.

RADSPORT

Oersted auf den Spuren von Moser

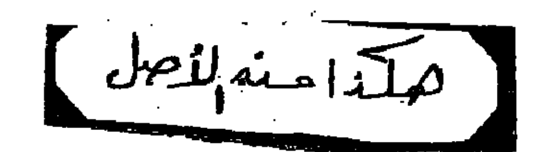
sid, **Bassano del Grappa**

Vor zweieinhalb Wochen wurde er in Bassano del Grappe zum zweiten Mal Weltmeister in der 5000-m-Einzelverfolgung der Profis. 17 Tage später verschaffte sich der Däne Hans-Henrik Oersted an gleicher Stätte auch Eingang in die Rekordbücher. Mit 48,144 Kilometer in einer Stunde verbesserte der 30jährige auf dem 400 Meter langen Zementoval die Bestmarke für Bahnen auf Meereshöhe des Belgiers Ferdinand Bracke (48,093) vom 30. Oktober 1967 in Rom.

Mit dem neuesten, futuristisch anmutenden Material lag der 1,88 Meter große und 76 Kilogramm schwere Rennfahrer aus Jütland 51 Meter über dem alten Stunden-Weltrekord. Nun lockt Oersted die Super-Bestleistung des italienischen Radsport-Stars Francesco Moser. Der 34jährige Trentiner erreichte am 23. Januar 1984 im 2200 Meter hoch gelegenen Mexico City 51,151 Kilometer innerhalb von 60 Minuten. Seit November vergangenen Jahres wird Mosers Leistung jedoch nicht mehr als alleiniger Stunden-Weltrekord anerkannt, seitdem wird zwischen Bahnen bis 600 Meter Höhenlage und über 600 Meter Höhenlage differenziert.

„Ende September will ich auch Mosers Bestmarke brechen", sagte Oersted nach seinem erfolgreichen ersten Anlauf. Bereits in dieser Woche wird er in Richtung Kolumbien aufbrechen und sich auf der 3200 Meter hoch gelegenen Bahn in Bogotá vorbereiten. Den Angriff auf Mosers Traummarke wird Oersted jedoch, wie der Italiener, in Mexico City unternehmen, wo er am 22. oder 23. September eintrifft.

Das Unternehmen Stunden-Weltrekord kostet Oersted, dem sechsmaligen Sechstage-Sieger, rund 700 000 Mark, die von Sponsoren aufgebracht werden. Mit 9,2 Kilogramm ist Oersteds Velo zwar 3,7 Kilo schwerer als Brackes Rad vor 18 Jahren, allerdings machen die mit Karbonfiberscheiben verkleideten Vorder- und Hinterräder unterschiedlicher Größe, der stromlinienförmige Helm und der Hornlenker durch bessere Aerodynamik diesen Nachteil mehr als wett.



هكذا في الأصل

Ein offener Brief des ADAC an alle Autofahrer.

Autofahren wird auch in Zukunft Freude machen!

ADAC

Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e.V.

Liebe Autofahrer, liebe ADAC-Mitglieder!

Die 51. Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) öffnet morgen in Frankfurt ihre Pforten. Auch diese IAA wird wieder zeigen, daß Autofahren nach wie vor Freude machen kann. Daran ändern auch einige Versuche nichts, uns diese Freude mit der Behauptung, das Auto sei Umweltfeind Nr. 1, auszureden.

Es ist natürlich vernünftig, wenn heute Umweltprobleme kritischer gesehen werden. Obwohl das Auto nicht der Umweltfeind Nr. 1 ist, kann jeder Autofahrer dazu beitragen, Mensch und Natur vor Schäden zu bewahren.

Der ADAC appelliert deshalb an alle Autofahrer und besonders an die 7,8 Millionen ADAC-Mitglieder:

+ Wenn Sie demnächst einen neuen Wagen kaufen, wählen Sie ein schadstoffarmes Auto!

+ Wenn Ihr Auto bleifreien Kraftstoff verträgt, tanken Sie bleifrei!

+ Fahren Sie immer eine den jeweiligen Verhältnissen angepaßte Geschwindigkeit!

Wenn es uns gelingt, diese Punkte künftig zu beachten, dann können wir sicher sein:

Autofahren wird auch in Zukunft Freude machen.

Franz Stadler
ADAC-Präsident

Freie Hand für den „Vorwärts"-Sanierer

SPD-Präsidium unbeeindruckt von Warnungen Wischnewskis

PETER PHILIPPS, Bonn

Das SPD-Präsidium hat sich vom spektakulären Rücktritt des bisherigen Schatzmeisters Wischnewski nicht sonderlich beeindruckt gezeigt, sondern ein „Jetzt erst recht" zu der von Wischnewski bekämpften Lösung für das Parteiblatt „Vorwärts" beschlossen: Bis zu den Sitzungen von Parteivorstand und Parteirat am kommenden Montag wird der mit allen Sanierungs-Vollmachten ausgestattete ehemalige Berliner Innensenator Frank Dahrendorf ein tragfähiges Konzept für den eigenständigen Fortbestand der Traditions-Zeitung vorlegen.

Dafür sind ihm nur zwei Eckwerte mitgegeben worden: Der jährliche Zuschuß darf eine Million Mark nicht überschreiten, und Dahrendorf soll gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Hauchler prüfen, ob eine tragfähige Konzeption „mit einer Betriebs-GmbH und einer Stiftung daneben" als „Genossenschaft" gefunden werden kann.

Ausdrücklich hat das Präsidium den Hamburger Wirtschaftsanwalt ermächtigt, „daß im Bereich der Dienstleistungen" – also im Anzeigen-, Druck- und Vertriebssektor – „auch eine Kooperation mit einem anderen Verlag möglich" sei. Dabei könne zur Verbesserung des wirtschaftlichen Anreizes auch das Mitgliedermagazin „sm" eingebracht werden. Weil inzwischen die Sanierung des „Vorwärts schnell und praktisch gehen" muß, sehen die unbeschränkten Vollmachten für Dahrendorf – die auch „Personal-Veränderungen" im Blatt einschließen – vor, daß er sich nicht mit Parteigremien, sondern allein mit den „Beauftragten" Glotz, Bahr und Dreßler abstimmen muß.

Entgegen dem in der mittelfristigen Finanzplanung des Parteivorstandes jährlich berücksichtigten Verlust von einer Million Mark hat sich das Defizit des „Vorwärts" in diesem Jahr auf 1,8 Millionen Mark hochgeschaukelt – mit steigender Tendenz. Parteivorstand und Parteirat sollen deshalb am kommenden Montag auch die erst einmal notwendige „totale Umstrukturierung" des Verlages absegnen, „die von kaufmännischer Seite dafür sorgen wird, daß er weiter bestehen kann", wie es im Bonner Ollenhauer-Haus heißt.

Es habe „keinen Sinn, das Genossenschafts-Modell an einem Unternehmen auszuprobieren, das in wirtschaftlich größten Schwierigkeiten ist". Die Ernsthaftigkeit des „harten, aber normalen ökonomischen Einsparungsprozesses" unterstreicht auch der Satz eines Präsiden mit Blick auf Wischnewski: „Sonst setzt sich der nächste, der das Blatt einstellen will, durch."

„Ben Wischs" Warnung zu sparsamer Haushaltsführung der SPD ist hingegen erhört worden. „Verständnis für seine Besorgnisse über den Haushalt des Parteivorstandes" wurde vom Präsidium geäußert, verbunden mit der Verabschiedung eines „kleinen Nachtragshaushalts". Auf dieser Basis fiel es Parteichef Brandt auch leichter, dem niedersächsischen Spitzenkandidaten Gerhard Schröder allzu große Zuschuß-Wünsche für seinen Wahlkampf auszureden.

Die Mitgliederkampagne ist ebensowenig wie die Aufrufe zu den durch die neuen Steuergesetze praktisch kostenneutralen Beitragserhöhungen auf fruchtbaren Boden gefallen: Statt der angepeilten 50 000 hat es seit Jahresbeginn nur 10 000 Neu-Genossen gegeben.

Trotz allem wird der am Montag zu wählende, (bis zum Parteitag im August 1986) nur „provisorische" Schatzmeister schwarze Zahlen sowie einen konsolidierten Unternehmensbereich übernehmen, der dann „in absehbarer Zeit" Gewinn abwerfe.

SPD-Spitze rückt von Bülows Miliz-Idee ab

Dregger: Die Wirklicheit in Europa wird verkannt

DW. Berlin

Die Unionsparteien haben dem SPD-Politiker Andreas von Bülow vorgehalten, in seinem – umstrittenen – Strategiepapier ausschließlich militärisch, nicht aber politisch ideologisch zu denken. Zudem sei der militärische Ansatz falsch, begründete der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger vor Journalisten in Berlin seine Ablehnung. Dregger: In dem Papier würden die „fehlende Raumtiefe" in West-Europa und die Gefährdung der Seewege über den Atlantik verkannt. Ignoriert und verkannt würden auch die „offensive sowjetische Militärdoktrin und die ungeheure sowjetische Machtposition", die ideologische Zielsetzung des sowjetischen Systems und dessen totalitärer Charakter. Resümee des CDU/CSU-Fraktionschefs: Die Wirklichkeit in Europa werde verkannt. Dregger gab zu erkennen, daß das Bülow-Papier – er sprach von einem „Sicherheitspapier der SPD" – über die geplante Aktuelle Stunde im Bundestag hinaus von der Union zu einem zentralen Thema der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten gemacht werden wird. „Es gibt Sozialdemokraten, die entsetzt sind", fügte der Fraktionschef hinzu.

PETER PHILIPPS, Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihre Argumentationslinie in der Auseinandersetzung um das Bülow-Papier markiert. Das Parteipräsidium selbst warf dem Gegner „politisches Falschspiel" vor. Es ließ zwar an neuralgischen Punkten Distanz zu seinem sicherheitspolitischen „Vordenker" erkennen, betonte aber zugleich: „Wer die Spaltung Europas und Deutschlands überwinden will, muß auch über die Sicherung Europas ohne die Armeen der Supermächte nachdenken." Fraktionschef Hans-Jochen Vogel verwies gestern in diesem Zusammenhang auf vergleichbare Überlegungen Adenauers und Strauß' und ließ mit einer Attakke gegen CDU-Generalsekretär Geißler etwas von der anstehenden Bundestagsdebatte erahnen: „Ich werfe ihm vor, daß er fälscht", denn entgegen Geißlers Worten habe von Bülow nirgends den einseitigen Abzug der Amerikaner aus Europa gefordert. „Ein einseitiger Abzug der USA trüge zur Destabilisierung in Europa bei." Vogel rückte zwar ebenso wie das Präsidium in seinem offiziellen Beschluß von Bülows „Miliz"-Gedanken ab, unterstrich aber zugleich – wie das Parteigremium –, daß die SPD grundsätzlich eine Erhöhung der Wehrdienstzeit nach wie vor ablehne. An die Adresse der eignen Kommission aber krtisierte er, daß die vorzeitige Veröffentlichung des Bülow-Papiers sowie die öffentliche Kritik etwa des von ihm namentlich nicht genannten Abgeordneten Horn zeigten, daß in dem Parteigremium vieles „verbesserungsbedürftig" sei.

Im Fall Tiedge setzt die SPD weiterhin darauf, Bundesinnenminister Zimmermann doch noch auf seine Verantwortung festnageln zu können. Ende September, so Vogel, falle die Entscheidung über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, nachdem der geheimen Parlamentarischen Kontroll-Kommission die Antworten des Ministers auf 21 Fragen vorlägen und dazu auch der frühere BND-Chef Hellenbroich gehört worden sei. Vogel zeigte sich erstaunt, daß Zimmermann drei Wochen Zeit zur Beantwortung erbeten habe, „nachdem er am Vortag im Plenum gesagt hat, es ist alles klar". Insbesondere solle auch in der Kommission der „abnorme Vorgang" aufgeklärt werden, „daß zwei Dutzend Beamte im Ministerium vom Zustand ihres obersten Agentenjägers nichts gewußt" haben sollten, obwohl die dienstliche Aufsicht zu ihren Obliegenheiten gehöre.

Stand der Neutralist Oberst von Bonin Pate?

Eine Denkschrift aus den 50er Jahren und die Ideen der SPD

WERNER KAHL, Bonn

In der Auseinandersetzung um das Bülow-Papier der SPD zur Sicherheitspolitik ist der Name von Bonin aufgetaucht. Posthum wird der ehemalige Generalstäbler und Oberst a. D. aus dem früheren Bonner „Amt Blank", dem Vorläufer des Bundesverteidigungsministeriums, von Verteidigern des Vorsitzenden der sicherheitspolitischen Kommission der SPD, Andreas von Bülow, aber auch von diesem selbst im Fernsehen als Vordenker zitiert.

Von Bonin hatte Anfang der fünfziger Jahre in einer Denkschrift vorgeschlagen, statt des Aufbaues einer 500 000 Mann starken Bundeswehr nur eine kleine Streitmacht von etwa 150 000 Mann, die mehr Polizei- als militärische Funktionen hat, zu bilden. Ferner sprach von Bonin die Erwartung aus, daß sich die USA aus Europa zurückziehen, sodaß auch die Sowjets ihre Besatzungszone in Deutschland räumen würden. Die NATO-Konzeption für die Einbeziehung der Bundeswehr in die westliche Verteidigung lehnte er ab. Bonin wurde daraufhin als Abteilungsleiter für die militärische Planung der Bundeswehr entlassen. „Wir müssen raus aus der NATO", forderte der Oberst a. D. danach im September 1955 in Frankfurt vor 200 ehemaligen deutschen Offizieren.

Das nutzte die östliche Seite aus. „Die ostzonalen Drahtzieher der vielgestaltigen Infiltration der Bundesrepublik erkannten die Situation sofort", schrieb am 8. Dezember 1955 die „Zeit". „Sie boten ihm durch das Sprachrohr der ‚Rheinisch-Westfälischen Nachrichten' ... Gelegenheit zu ‚freier Meinungsäußerung'." Bonin wurde Mitherausgeber des Blattes und habe sich „täuschen" lassen, resümierte die „Zeit": „Er griff zu und verstrickte sich mehr und mehr in das Netz der östlichen Agitation." Entgegen Warnungen von Freunden habe er nicht glauben wollen, daß er „eine Schachfigur im Spiel der Sowjets" geworden war. Später überzeugte sich von Bonin nach eigenen Angaben, daß die „Rheinisch-Westfälischen Nachrichten" damals „beträchtliche Subventionen von der Regierung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands erhalten" hatten. Aus „strikter Ablehnung des Kommunismus" stellte er die Mitarbeit ein.

Der sowjetische Geheimdienst, der nach Aussagen eines Flüchtlings jahrelang die Erwartung hegte und pflegte, von Bonin als zweiten Fall John (Auftritt des Verfassungsschutzchefs 1954 in Ost-Berlin – die Red.) gegen die Bundesrepublik Deutschland einsetzen zu können, rächte sich später. Sowjetoberst Karpow gab im „Spiegel" 1966 Kontakte Bonins in den fünziger Jahren mit dem sowjetischen militärischen Nachrichtendienst im Ostberliner Sperrbezirk Karlshorst preis. Nach der Rückkehr hatte von Bonin jedoch General Gehlen, Chef des Bundesnachrichtendienstes, informiert. Moskau sei es bei der Bekanntgabe der zehn Jahre zurückliegenden Kontakte darum gegangen, Mißtrauen zwischen Bonn und den Verbündeten zu säen, sagte damals Regierungssprecher von Hase.

Die linke alternative „Taz" hob gestern die Vorreiterrolle Bonins im Zusammenhang mit dem Bülow-Papier hervor. Der SPD-Pressedienst hatte dagegen 1955 das „Bonin-Papier" abgelehnt: „Bonin hüllte das verbleibende militärische Skelett in die anziehende Idee der Wiedervereinigung und glaubte dieses militärische Gebilde an die SPD verkaufen zu können." Der sozialdemokratische Pressedienst prognostizierte: „Herrn von Bonin ist die Sache nicht geglückt. Der erste Versuch ist gescheitert. Weitere werden folgen."

Union fordert mehr Einfluß für Stavenhagen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

In den Reihen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wo der Argwohn über die Außenpolitik von Hans-Dietrich Genscher (FDP) in jüngster Zeit gewachsen ist, wird mit starkem Interesse beobachtet, welche Arbeitsbereiche der Außenminister dem Nachfolger des verstorbenen Staatsministers Alois Mertes, Lutz Stavenhagen (CDU), überlassen wird. Unter Kennern war bekannt, daß Genscher die Betätigungsfelder für Mertes relativ eng abgesteckt hatte und diesem deshalb kaum mehr blieb, als sich in Reden und Interviews zu seinen Arbeitsbereichen West-Ost-Politik und Fragen der äußeren Sicherheit öffentlich zu äußern.

Was Stavenhagen an der Stelle von Mertes im Amt tun kann, ist bereits Mitte letzter Woche zwischen ihm und Genscher, wie es hieß, „kurz" erörtert worden. Das Thema war auch gestern abend in der Runde der Unionspolitiker mit Bundeskanzler Helmut Kohl und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß Gesprächsgegenstand. Die CDU/CSU-Fraktion erwartet dem Vernehmen nach, daß sich die Einflußmöglichkeiten des neuen Staatsministers im Auswärtigen Amt nicht auf die Abgabe öffentlicher Erklärungen beschränken, sondern daß er vielmehr im Sinne der Fraktion Einfluß nehmen soll auf die Gestaltung der deutschen Außenpolitik.

In dem kurzen Gespräch zwischen Genscher und Stavenhagen ist offenbar schon Einvernehmen darüber erzielt worden, daß sich der Mertes-Nachfolger vor allem um die Europapolitik und dabei besonders um eine bessere Koordinierung der grenzübergreifenden Technologie- und Forschungspolitik in Europa kümmern soll. Stavenhagen glaubt nicht, daß es hilfreich wäre, wenn er mit dem „Organisations-Handbuch unter dem Arm" auf die ihm zugeteilten Arbeitsbereiche pochen würde.

Zuversicht über Reform bei EG-Beschlüssen

Ha. Luxemburg

Die EG-Staaten sind über die Notwendigkeit einig, die Zuständigkeitsbereiche der Gemeinschaft zu erweitern und das gegenwärtige Brüsseler Beschlußverfahren zu verbessern. Vorschläge für eine entsprechende Änderung der Römischen Verträge sollen nach einem Beschluß der Außenminister bis zum 15. Oktober vorgelegt und anschließend nach Möglichkeit zu einem gemeinsamen Text für die Staats- und Regierungschefs verarbeitet werden, die Anfang Dezember wieder zusammentreffen.

Auf ihrer ersten Regierungskonferenz zur Revision der Europaverträge einigten sich die Außenminister in Luxemburg ferner auf eine Beteiligung des Europaparlaments an den weiteren Beratungen über die EG-Reform. Nach jeder Ministertagung soll jeweils eine Delegation aus Straßburg ausführlich gehört werden. Bis Anfang Dezember sind noch fünf weitere Regierungskonferenzen geplant.

Die Regierungskonferenz war Ende Juni von den EG-Staats- und Regierungschefs gegen den Willen einiger Mitglieder beschlossen worden. Die Reform wird von der Mehrheit der Mitglieder für nötig gehalten, um auch nach dem Beitritt Spaniens und Portugals 1986 vor allem die Entscheidungsfähigkeit des Ministerrates zu sichern.

Vogt: Kein Streit über Beitragssenkung

rtr. Bonn

Die in der Bonner Regierungskoalition diskutierte Beitragssenkung in der Arbeitslosenversicherung wird nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt (CDU), nicht zu einem Koalitionsstreit führen. Im Saarländischen Rundfunk erklärte Vogt, wenn es sich neben den geplanten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ermöglichen lassen sollte, auch eine Beitragssenkung um 0,1 Prozentpunkt vorzunehmen, dann „wird es darüber keinen Streit geben".

Damit hat erstmals ein Vertreter des Arbeitsministeriums Zustimmung zu der vor allem von der FDP geforderten Beitragssenkung signalisiert.

Vogt fügte hinzu, eine geringfügige Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werde jedoch zunächst nur für das Jahr 1986 diskutiert. Nach geltendem Gesetz würden ohnehin die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung ab 1. Januar 1987 wieder um 0,3 Prozentpunkte auf 4,4 (derzeit 4,1) Prozent erhöht und die Beiträge zur Rentenversicherung um 0,5 Prozentpunkte auf 18,7 (19,2) Prozent gesenkt.

Die FDP will mit der Beitragssenkung ein Signal für die Eindämmung der Lohnnebenkosten geben.

Lummer warnt SPD vor Profilierung auf Kosten Berlins

DW. Berlin

Der Berliner Innensenator Heinrich Lummer hat im Zusammenhang mit den sicherheitspolitischen Vorschlägen einer SPD-Kommission unter Leitung Andreas von Bülows vor „politischen Profilierungsversuchen" der SPD auf Kosten Berlins gewarnt. Lummer: „Ich spreche Herrn von Bülow das Recht ab, die Sicherheitsbelange unserer Stadt zur Diskussion zu stellen." Die Existenz Berlins beruhe auf der Anwesenheit der Alliierten in der geteilten Stadt und auf dem Gleichgewicht aller Kräfte in Europa. Dies sei auf absehbare Zeit ohne amerikanische Truppenpräsenz nicht gewährleistet, stellte Lummer grundsätzlich klar. Von Bülow hatte den Teilabzug der US-Streitkräfte aus der Bundesrepublik vorgeschlagen.

Lummer befürchtet, daß eine Verwirklichung der Vorschläge aus der SPD einer Aufgabe des militärischen Gleichgewichts gleichkäme. „Die Bereitschaft der Sowjetunion, die Berlin-Vereinbarungen einzuhalten, würde in demselben Maße schwinden, wie das Gleichgewicht aufgegeben wird", folgerte der CDU-Politiker.

Der Innensenator interpretiert die Truppenentflechtungsvorschläge von Bülows als Versuch, „beim linken deutschen Spektrum Sympathien und Stimmen für die SPD abzuschöpfen".

SDP will Zünglein an der Waage sein

REINER GATERMANN, Torquai

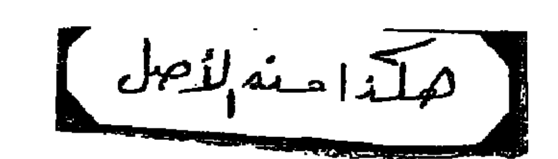
Die britische Sozialdemokratische Partei (SDP) plaziert sich selbst „links der Mitte", möchte jedoch auf keinen Fall mit der Labour Party, von der sie sich 1981 abgespalten hat, ideologisch identifiziert werden. Überhaupt halten die drei Schlüsselpersonen der Partei – ihr politischer Führer David Owen, die Präsidentin Shirley Williams und der große alte Mann der Partei, Roy Jenkins – nicht viel von enggeschnittenen ideologischen Festlegungen. Sie stellen Realismus und Pragmatismus in den Vordergrund. Die Sozialdemokraten wollen sich gemeinsam mit ihren Allianzpartnern, den Liberalen, endgültig als dritte, den beiden anderen Parteien mindestens ebenbürtige politische Kraft etablieren und in Großbritannien das Verhältniswahlrecht einführen.

Mit den Erfolgen jüngster Ergänzungswahlen und dem positiven Bild der Meinungsumfragen im Rücken, die der Allianz knapp ein Drittel der Stimmen geben, halten die Sozialdemokraten derzeit ihren Parteikongreß ab. Für sie gibt es keinen Zweifel, daß die Allianz bei den nächsten Unterhauswahlen – wahrscheinlich nicht vor dem Herbst 1987 – zumindest zum Zünglein an der Waage wird. Falls nämlich weder Tories noch Labour mehr als die Hälfte der Mandate bekommen sollten, müßten diese die Partnerschaft der Allianz suchen, denn – so Owen und Steel, der Chef der Liberalen – „wir werden unter keinen Umständen eine Minderheitsregierung akzeptieren". Und vor eine Kabinettsbeteiligung haben sie die Forderung gestellt, das Wahlgesetz in ihrem Sinn zu ändern.

In dem südenglischen Seebad Torquai und dem vor Polizisten strotzenden Kongreßhotel gehen die selbstbewußten Sozialdemokraten mit den beiden großen Kontrahenten gleichermaßen hart ins Gericht. In der Wirtschaftspolitik werfen sie einerseits der konservativen Regierung „blinden Monetarismus" vor und bezeichnen andererseits die Labour Party als „Gefangene wirtschaftlicher Dogmen mit dem Mühlstein gewerkschaftlicher Eigeninteressen um den Hals". Den Abbau der Arbeitslosigkeit wollen sie durch öffentliche Mehrausgaben von knapp 20 Milliarden Mark erreichen, die aber nur teilweise durch eine höhere Kreditaufnahme gedeckt werden sollen. Die durch einen Beitritt zum Europäischen Währungssystem (EWS) erhoffte größere Stabilität der Währungs-Paritäten und eine strikt antiinflationistische Einkommenspolitik sollen zusätzlich dafür sorgen, daß der Staatshaushalt nicht überstrapaziert wird.

Staatsunternehmen sollen dem politischen Einfluß entzogen und auf ihre Effektivität hin überprüft werden. In der Industriepolitik fordern die Sozialdemokraten eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am unternehmerischen Entscheidungsprozeß sowie kollektive Anteile am Aktienkapital oder am Gewinn. Die Partei tritt für eine starke Gewerkschaftsbewegung ein, fordert von den Gewerkschaften jedoch mehr Demokratie nach innen sowie ein größeres Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gesellschaft. Dem gesteigerten Umweltbewußtsein auch auf der Insel soll durch die Einrichtung eines Umweltministeriums Rechnung getragen werden. Von der Industrie erwarten sie die Behebung der von ihr angerichteten Umweltschäden. Die Kernenergie soll bis zur Klärung der Entsorgungsfrage nicht weiter ausgebaut werden.

Zu den Hauptpunkten des Torquai-Kongresses gehörte die Nordirland-Frage, zu der ein Sonderausschuß einen umfassenden Bericht vorgelegt hatte. Ein Zusatzantrag, die Möglichkeit eines geeinten Irlands nicht auszuschließen, wurde fast einstimmig abgelehnt. Parteipräsidentin Shirley Williams begründete dies mit der großen Wahrscheinlichkeit, daß mit einem solchen Schritt nur eine Gewalt von einer anderen, die sich dann über die ganze Insel erstrecke, abgelöst würde. Andererseits, so erklärte sie, könne der Status quo, dem seit 1969 rund 2500 Menschenleben und 24 000 Verletzte zum Opfer fielen, nicht länger akzeptiert werden. Die Regierung Thatcher behand[illegible] Nordirland bei der Kabinett[illegible]zung als Nebensache. Die Sozialdemokraten wollen für Ulster eine [illegible]sung, die zum einen den Glau[illegible] protestantischen Mehrheit [illegible]tiert. Andererseits müßten die [illegible]stanten jedoch zu Veränd[illegible] beispielsweise in der Verwa[illegible] reit sein. Die katholische M[illegible] müsse einen angemess[illegible] auf das öffentliche Leben[illegible]



Preiskrieg und Folgen

JB. – Anonym, weil er sonst finanziell bitter bluten müsse, hat ein selbständiger Mineralölhändler Herrn Klaue vom Bundeskartellamt um Hilfe gebeten. Er möge doch schleunigst ein Verfahren gegen die Ölmultis wegen Verkaufs unter Einstandspreisen einleiten. Nur so könne *dem Verdrängungswettbewerb* gegen den Mittelstand Einhalt geboten werden.

Das war gestern. Wenn Herr Klaue den Brief heute auf seinem Schreibtisch findet, ist der Inhalt weitgehend überholt. So schnell kann es am Benzinmarkt zugehen. Da sind nämlich die Multis offenbar gewillt, den Preiskrieg, in dessen Folge der Preis für einen Liter Normalbenzin örtlich auf unter eine D-Mark gefallen ist, einzudämmen. Nachdem die Firmen Agip, Fina und Elf ihre Preise auf mindestens 131,9 Pf bei Normalbenzin in Selbstbedienung, auf 138,9 Pf bei Super festgelegt haben, ziehen die großen Ölkonzerne schrittweise und regional abtastend nach. Ob dies das Ende des Preiskriegs bedeutet, ist abschließend noch nicht zu sagen. Der geschlossene Versuch der Markenanbieter, das Erlösniveau wieder anzuheben, weist jedoch die Richtung.

Im Prinzip wiederholt sich am Benzinmarkt die Situation vom vergangenen Jahr. Auch 1984 waren die Preise nach den Ferien kräftig ins Rutschen geraten, um sich im September wieder zu normalisieren. Je größere finanzielle Löcher der Kampf um Marktanteile im Rechenwerk hinterläßt, desto schneller wächst die Einsicht, daß mit Marktanteilen allein keine Rechnung bezahlt werden kann. Jetzt sind die Benzinanbieter wieder an diesem Punkt angelangt.

Superphénix

J. Sch. (Paris) – Der „Superphénix", der auf eine Leistung von 1200 Megawatt angelegte mit Abstand größte Schnelle Brüter der Welt, wurde am Wochenende in Creys-Malville an der Rhône versuchsweise in Betrieb genommen. Wenn alles klappt, soll er im Januar an das französische Stromnetz angeschlossen werden. Rentabel wird er aber wahrscheinlich niemals. Denn er hat umgerechnet rund sieben Milliarden Mark (mit schwacher deutscher Beteiligung) gekostet, womit sein Einstandspreis je installiertes Kilowatt mehr als das Zweifache der traditionellen Atomkraftwerke erreicht. So drängt sich ein Vergleich mit der ebenfalls unrentablen Concorde auf. Im Unterschied zu dem französisch-britischen Überschallflugzeug handelt es sich bei „Superphénix" aber erst um einen Prototyp, dessen Kosten durch Serienfertigung erheblich gesenkt werden könnten. Sie lohnte sich allerdings erst dann, wenn Kernbrennstoff, von dem in einem Schnellen Brüter mehr anfällt, als er verbraucht, sehr knapp würde.

Pariser Neuheiten

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreichs Premierminister Laurent Fabius glaubt die Formel zur Lösung des Arbeitslosenproblems gefunden zu haben. Sie heißt: maximales, auf verstärkte Exporte gestütztes Wirtschaftswachstum plus bessere Ausnutzung der Produktionskapazitäten dank flexiblerer Arbeitszeitgestaltung. Die sozialistische Regierung rückt damit deutlich von ihrer früheren Vorstellung ab, daß durch die Ankurbelung der Binnennachfrage, vor allem des Massenkonsums, und durch die Verkürzung der normalen Arbeitszeit die Zahl der Arbeitslosen reduziert werden könnte.

Beides *hat sich als Irrtum* erwiesen. Der Konsumboom der Jahre 1981/82 kam vor allem der ausländischen Konkurrenz zugute, weil die französischen Unternehmen zur Befriedigung der zusätzlichen Nachfrage kein Personal einstellen wollten, von dem sie sich wegen des starren Entlassungsschutzsystems nicht mehr trennen konnten. Aus diesem Grunde war auch der Übergang von der 40- zur 39-Stunden-Woche beschäftigungspolitisch ein Fehlschlag.

Das um so mehr, als die Regierung diese Arbeitszeitverkürzung gesetzlich für alle Unternehmen mit der Verpflichtung zum vollen Lohnausgleich angeordnet hatte. Die meisten von ihnen haben die daraus entstandenen Mehrkosten bis heute noch nicht verkraftet. Deshalb will es Fabius nunmehr den Verhandlungen der Sozialpartner überlassen, wie sie die Arbeitszeit von Fall zu Fall neu gestalten wollen – einschließlich der Frage eines Lohnausgleichs.

Konkret angestrebt wird von der Regierung, die Arbeitszeit besser den betriebswirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen. Dabei soll weitgehend auf Überstundenzuschläge verzichtet und entsprechend mehr Freizeit gewährt werden. In verschiedenen kleineren Betrieben wird dieses Verfahren bereits erfolgreich praktiziert. Bei den Großunternehmen verhinderten es bisher die Gewerkschaften.

Allgemein plädiert die Regierung *dafür durch eine flexiblere* Arbeitszeitgestaltung den Maschinenpark besser zu nutzen und so schneller zu amortisieren, wobei sie für entsprechende Investitionen zinsvergünstigte Staatskredite vorzugsweise bereitstellen will. Das liefe auf den einprägsamen Slogan hinaus, die Menschen kürzer und die Maschinen länger arbeiten zu lassen.

Ob dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden ist allerdings eine andere Frage. Zwar glaubt der mit einer entsprechenden Studie von der Regierung beauftragte sozialistische *Abgeordnete, Dominique Taddéi,* feststellen zu können, daß bei einer um durchschnittlich zwei Stunden pro Woche verlängerten Betriebszeit des gesamten französischen Maschinenparks 400 000 Arbeitsplätze innerhalb von fünf Jahren geschaffen werden. Sie würden sich wegen der Produktivitätsfortschritte der Maschinen lohnen und so die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern. Ob diese Rechnung aufgeht, hängt allerdings auch noch von anderen Faktoren, insbesondere der Weltkonjunktur ab.

Z*unächst einmal* muß Frankreich seine verspätet eingeleitete industrielle Restrukturierung hinter sich bringen, die noch zahlreiche Arbeitskräfte freisetzt – allein 21 000 beim Automobilkonzern Renault. Andererseits drängen in Frankreich noch für längere Zeit besonders geburtenstarke *Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt.*

So hat Premierminister Fabius selbst eingeräumt, daß bis zum Ende dieses Jahrhunderts zwischen 200 000 und 400 000 neue Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen werden müßten, um die Zahl der Arbeitslosen von derzeit 2,4 Millionen auf den Vorkrisenstand von etwa einer halben Million zu reduzieren. Aber selbst in den expansionsstärksten Jahren (fünf bis sieben Prozent Sozialproduktzuwachs) entstanden hier jährlich nicht mehr als 100 000 bis 150 000 Arbeitsplätze, während Frankreich vorerst kaum mit einer Expansion von mehr als zwei Prozent rechnen kann.

Unter diesen Umständen kann Fabius' Formel wohl kaum als Wahlschlager angesehen werden, zumal man sich fragen muß, ob die Franzosen nicht lieber mehr arbeiten und mehr verdienen wollen. Auf diese Tugend setzt Raymond Barre als zur Zeit aussichtsreichster Nachfolger von Präsident Mitterrand. Unter Hinweis auf das japanische und schweizerische Beispiel heißt seine Formel: Weniger Arbeitslose durch mehr Arbeit.

MIKROELEKTRONIK / Eine Dokumentation des Bundesforschungsministeriums

Verbesserte Wettbewerbsfähigkeit führt zu höherer Beschäftigung

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Die rasche Umsetzung der Mikroelektronik in neue Fertigungsverfahren und Produkte verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Es dient der Sicherung von Arbeitsplätzen und der Ausweitung der Beschäftigung. Darauf hat Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber bei der Vorlage der Dokumentation „Mikroelektronik und Arbeitsplätze" seines Hauses hingewiesen. Die innovativen und produktivitätsstarken Branchen könnten mit besseren Beschäftigungsverhältnissen aufwarten als andere.

Die Behauptung, durch den Einsatz der Mikroelektronik in der Bundesrepublik würde die Arbeitslosigkeit verstärkt, ist nach Ansicht des Forschungsministeriums unzutreffend. Im Gegenteil, der Einsatz der Mikroelektronik sei ein wichtiger Baustein für die Erhöhung der Produktivität. Dadurch würden Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen. Dies zeige sich in den Branchen, die in den vergangenen Jahren Vorreiter bei der Einführung neuer Technologien waren:

- In der Automobilindustrie, in der rund 60 Prozent aller in der Bundesrepublik eingesetzten Roboter stehen, hat die Zahl der Beschäftigten seit 1975 stetig um 123 000 zugenommen. Im Mai lag das Beschäftigungsniveau um 23 000 oder zwei Prozent über dem Stand des Vorjahres. Diese Entwicklung ist nach Ansicht des Forschungsministeriums darauf zurückzuführen, daß die Automobilindustrie technologische Neuerungen konsequent aufgegriffen hat und über die Stärkung ihrer Wettbewerbsposition auch das Arbeitsplatzangebot ausweiten konnte.
- Bei Banken und Versicherungen hat – entgegen allen anderslautenden Prognosen – der massive Einsatz moderner Bürotechnologien nicht zu einem Abbau von Arbeitsplätzen geführt; vielmehr wurde der Service verbessert. Zwischen 1980 und 1984 stieg die Zahl der in diesen Bereichen bestehenden Arbeitsplätze um 23 000 oder 3,1 Prozent.
- Im Handel gingen zwischen 1980 und 1984 rund 200 000 oder 5,8 Prozent der Arbeitsplätze verloren. Dafür dürfte nach Meinung des Forschungsministeriums die Einführung neuer Technologien nicht ausschlaggebend gewesen sein.

Während im Durchschnitt der Industrie die Beschäftigung zwischen 1980 und 1984 um zehn Prozent sank, lag der Rückgang in produktivitätsschwachen Branchen bei 13,2 Prozent, in Bereichen mit durchschnittlicher Produktivität bei 8,2 Prozent und in produktivitätsstarken Zweigen bei 7,2 Prozent. „Das bedeutet", so das Ministerium, „die kreativen und dynamischen Unternehmen, die innovativ auch Mikroelektronik anwenden, haben die relativ geringste Beschäftigungseinbuße zu verzeichnen."

Die konkreten Impulse für den Aufschwung und für die zunehmende Beschäftigung kämen aus technologisch *fortgeschrittenen Branchen. In* der elektronischen Industrie habe die Beschäftigung im Investitionsgüterbereich 1984 um 15 000 oder 2,5 Prozent zugenommen. Die Büromaschinenbranche habe die Zahl der Arbeitsplätze 1984 um 6000 oder 8,5 Prozent gesteigert. Die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich habe im ersten Quartal 1985 um 71 000 höher gelegen als ein Jahr zuvor.

Die Mikroelektronik trage aber auch dazu bei, umweltfreundliche Produkte oder Verfahren in den Markt einzuführen. Es sei deshalb *sinnvoll, daß der Staat den Einsatz* der Elektronik durch zeitlich begrenzte Zuschüsse im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft und des Umweltschutzes unterstützt hat.

Die Hälfte der Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik setze bereits Mikroelektronik ein. Damit nehme die Bundesrepublik in Europa den ersten Platz ein. In Großbritannien sind es 47 Prozent, in Frankreich lediglich 38 Prozent. An der Spitze stehen die Hersteller von Investitionsgütern mit 58 Prozent. Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe folge mit 46 Prozent.

NUTZFAHRZEUGE

Branche sieht Silberstreif besonders am Inlandsmarkt

WERNER NEITZEL, **Frankfurt**

Die in den letzten Jahren schwer geprüfte Nutzfahrzeug-Branche sieht einen Silberstreif. Jedenfalls sind die deutschen Lastwagenbauer zur bevorstehenden Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt insbesondere deshalb mit einer gewissen Portion Hoffnung vorgefahren, weil der Inlandsmarkt Belebungstendenzen zeigt. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres lagen die Lkw-Neuzulassungen hierzulande um 1,2 Prozent über den vergleichbaren Vorjahreszahlen. Vor allem in der Klasse zwischen acht und unter 16 Tonnen zog die Nachfrage mit einem Plus von über sechs Prozent merklich an.

Flau sieht es hingegen noch immer bei den schweren Nutzfahrzeugen über 16 Tonnen aus (minus 3,2 Prozent), wobei hier sicherlich die schwierige Situation in der Baubranche, die zu den wichtigen Kunden zählt, ausschlaggebend ist. Auch für den Export zeichne sich, wie der Verband der Automobilindustrie konstatiert, für 1985 „allenfalls eine leichte Belebung" ab.

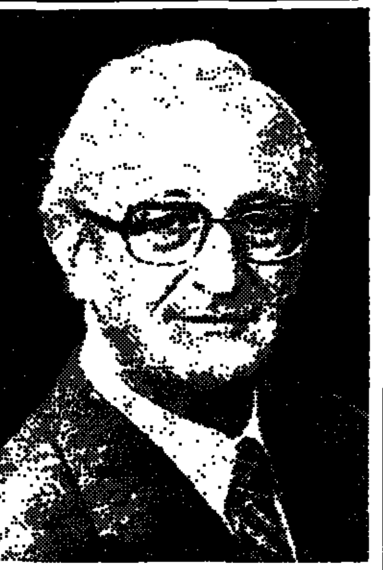
Positive Impulse kämen vor allem von den westeuropäischen Märkten. Eine negative Ausnahme scheint freilich Frankreich zu sein, wo die Marktverfassung im ersten Halbjahr 1985 ausgesprochen schlecht war. Nicht zuletzt hofft die Branche, daß die Talfahrt der Nutzfahrzeug-Exporte in die Ölförderländer zum Stillstand kommt. Anlaß zur Freude gibt der Auftrieb des amerikanischen Marktes. Hier hat sich insbesondere Daimler-Benz als der Welt größter Lkw-Produzent mit eigenen Fertigungsstätten etabliert und kann nach schwierigen Zeiten wieder über kräftige Zuwachsraten frohlocken.

Auch von der Ergebnisseite her stehen die Zeichen für die in der Bundesrepublik ansässigen drei Nutzfahrzeug-Produzenten Daimler-Benz, MAN und Iveco-Magirus günstiger. Die Zeiten zumindest teilweise geschriebener dunkelroter Zahlen scheinen vorbei zu sein. Drastische Kostensenkungsprogramme, die da und dort einen beträchtlichen Beschäftigtenabbau im Zuge der Reduzierung der Kapazitäten miteinschlossen, zeitigten ihre Wirkung. Gleichwohl ist der Kampf um Marktanteile und Beschäftigung auf den *geschrumpften Märkten* unvermindert hart, was sich in Rabattofferten und im Konditionenwettlauf niederschlägt. Letztlich kommt aber von den neuen Fahrzeug-Programmen, ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Kosten-Nutzen-Verhältnis die entscheidende Schubkraft.

Die Produktion, die sich im deutschen Nutzkraftwagenbau seit 1981 auf Schrumpfkurs befindet, sank 1984 erneut, nämlich um 7,8 Prozent auf 255 000 Einheiten. Damit wurde die Produktion in den letzten vier Jahren um mehr als 100 000 Einhei*ten, das sind fast 30 Prozent,* zurückgefahren.

Seite 17: Berichte von der IAA'85

AUF EIN WORT



„Solange die Gesamtkosten der Arbeit viermal so hoch sind wie das, was der Arbeitnehmer auf die Hand bekommt, ist die Schattenwirtschaft die marktwirtschaftliche Antwort des mündigen Bürgers."

Franz Link, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland, München FOTO: DIE WELT

Börsenumsatzsteuer wird gestrichen

dpa/VWD, **Bonn**

Die Bundesregierung will noch in diesem Jahr über die Abschaffung der Börsenumsatz- und der Gesellschaftsteuer entscheiden. Das teilte das Bundesfinanzministerium dem Bundesverband der Deutschen Industrie mit. Der im Jahreswirtschaftsbericht angekündigte Wegfall dieser Kapitalverkehrssteuern ist an Fortschritte bei der Haushaltssanierung gekoppelt worden.

Wie *gestern zu erfahren* war, geht das Finanzministerium davon aus, daß diese Erleichterung des Börsenhandels und der Vermögensbildung nicht mehr in der bis Anfang 1987 dauernden Wahlperiode wirksam werden soll.

SOZIALPRODUKT

Im zweiten Quartal einen kräftigen Anstieg erzielt

dpa/VWD, **Bonn**

Das Bruttosozialprodukt ist im zweiten Quartal 1985 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes kräftig um 5,1 Prozent gewachsen. Nach Abzug der Inflationsrate lag der Wert noch um 3,2 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresniveau, teilte das Bundeswirtschaftsministerium am Dienstag in *Bonn mit. Im gesamten ersten Halb*jahr lag die Steigerungsrate bei real 1,7 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten stieg im zweiten Quartal saisonbereinigt um weitere 40 000 und übertraf damit den Vorjahresstand um 155 000. Die Verbraucherpreise stiegen nur um 0,5 Prozent.

Gegenüber dem ersten Quartal errechnet das Statistische Bundesamt für das Sozialprodukt saisonbereinigt einen Zuwachs von 1,5 Prozent. Nach einer Revision der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Jahre 1960 bis 1984 weist das erste Quartal nur noch eine reale Zunahme von 0,1 Prozent statt 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal aus.

Den deutlichen Anstieg im zweiten Quartal führt das Wirtschaftsministerium hauptsächlich auf eine kräftige Expansion der Bauinvestitionen zurück. Nach dem zum Teil witterungsbedingten Einbruch zu Jahresbeginn stiegen die Bauinvestitionen saisonbereinigt im zweiten Quartal um 10,5 Prozent. Privater und öffentlicher Verbrauch, die zu Jahresbeginn ebenfalls rückläufig waren, wuchsen leicht um 1,5 Prozent. Ausrüstungsinvestitionen und die gesamte Inlandsnachfrage verzeichneten dagegen nur ein Plus von jeweils 0,5 Prozent, während die Exporte von Waren und Dienstleistungen real um 2,5 Prozent höher lagen.

ARBEITSMARKT

3,7 Millionen Arbeitslose fanden einen neuen Job

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Aus der unverändert hohen Arbeitslosenzahl darf nicht auf einen festen Block von kaum wieder in das Berufsleben eingliederbaren Personen geschlossen werden, betont die Deutsche Bank unter Hinweis auf die umfangreichen Bewegungen am Arbeitsmarkt. So habe 1984 den 3,7 Millionen arbeitslos gewordenen Arbeitnehmern eine gleich hohe Zahl von Erwerbslosen gegenübergestanden, die eine neue Stelle gefunden hätten.

Eine Untersuchung der Arbeitslosenstruktur, die von der Bank in ihren „Bulletin" veröffentlicht wird, läßt erhebliche Unterschiede nach Berufen, Branchen, Regionen und personellen Merkmalen der Arbeitssuchenden erkennen. Am höchsten ist die Arbeitslosenquote mit rund 23 Prozent bei Hilfsarbeitern. Hoch ist die Arbeitslosigkeit ferner in Metallberufen (17 Prozent), in Bauberufen (13 Prozent) sowie in der Landwirtschaft und in der Textil- und Bekleidungsbranche (über 12 Prozent). Dagegen liegt die Arbeitslosenquote bei Technikern (4 Prozent) und bei Bank- und Versicherungskaufleuten (3,5 Prozent) weit unter dem Durchschnitt.

Als erfreulich bezeichnet die Deutsche Bank den Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in letzter Zeit; hier schneide die Bundesrepublik im Vergleich mit anderen großen Industrieländern nach Japan am günstigsten ab, was hauptsächlich mit der Ausbildung zusammenhänge.

Das Hauptproblem der Arbeitslosigkeit liege bei der unzureichenden beruflichen Qualifizierung. Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen seien keine Facharbeiter oder als Angestellte nur für einfache Arbeiten einsetzbar.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bundesbank begibt 6,6 Milliarden

Frankfurt (cd.) – Die Bundesbank hat dem Kreditgewerbe über Wertpapierpensionsgeschäfte 6,6 Mrd. DM zum Zins von 4,6 Prozent für 28 Tage zukommen lassen. Gebote waren für 11,9 Mrd. DM eingegangen. Das Geld, das 4,3 Mrd. DM fällige Pensionsgeschäfte zum Zins von 4,8 Prozent ablöst, wird heute gutgeschrieben.

Gebremstes Wachstum

Bonn (dpa/VWD) – Die Geschäfte der bundesdeutschen Genossenschaftsbanken werden in der Zukunft nur noch geringfügig wachsen. Wie der Präsident des Bundesverbandes der Volks- und Raiffeisenbanken (BRV), Bernhard Schramm, gestern auf dem „BVR-Nachwuchstag '85" sagte, müsse die Geschäftspolitik jetzt darauf ausgerichtet werden, die Qualität der Bankdienstleistungen zu verbessern. In den vergangenen zehn Jahren haben die knapp 3700 Genossenschaftsbanken mit einer addierten Bilanzsumme von mehr als 560 Mrd. DM mehr als das Doppelte der Bilanzsummen aller Großbanken erreicht.

200-Millionen-Anleihe

Bonn (DW.) – Die asiatische Entwicklungsbank begibt über ein internationales Bankenkonsortium unter Federführung der Deutschen Bank *und Mitführung der Dresdner Bank,* Commerzbank und Westdeutschen Landesbank Girozentrale eine Anleihe über 200 Mill. DM. Die Anleihe – zehn Jahre Laufzeit – wird zu einem Zinssatz von 6,5 Prozent und einem Kurs von 99,50 Prozent zum öffentlichen Verkauf angeboten. Die Anleihe wird an den Börsen zu Frankfurt und Düsseldorf notiert.

Werft wieder eröffnet

Athen (dpa/VWD) – Die griechische Schiffswerft in Skaramanga bei Piräus hat gestern den Betrieb wieder aufgenommen. Sie war vor fünf Monaten von ihrem früheren Eigentümer, dem Großreeder Stavros Niarchos, geschlossen worden. Die Werft, mit 4800 Arbeitnehmern einer der größten Industriebetriebe Griechenlands, war vor zwei Wochen nach langwierigen Verhandlungen von der staatlichen Bank für industrielle Entwicklung zum Preis von 13 Mill. Dollar aufgekauft worden.

Finanzierung geklärt

Hannover (dos) – Die Länder Niedersachsen und Bremen haben sich *jetzt über das Finanzierungskonzept* geeinigt, das von der Bundesregierung im Rahmen der Neukonstruktion der deutschen Hochseefischerei verlangt wurde. Nach Angaben der Staatskanzlei in Hannover fordern die beiden Länder vom Bund eine Starthilfe von 40 Mill. DM. Der Standort Cuxhaven *soll* davon 75 Prozent und Bremerhaven 25 Prozent erhalten. Bremerhaven soll zusätzlich mit 1,5 Mill. DM bedacht werden.

Butter ist gefragt

Berlin (dpa/VWD) – Die Bundesbürger essen wieder mehr Butter. 1984 verbrauchten die Haushalte in der Bundesrepublik mit 315 000 Tonnen neun Prozent mehr Butter als 1983. Ihr Marktanteil im Vergleich zur Margarine liegt nun bei 45 Prozent, gab die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft, Bonn, an. Jeder Bundesbürger verzehrte durchschnittlich 6,5 Kilogramm Butter.

Liberalisierung zugesagt

Seoul (dpa/VWD) – Südkorea will ausländischen Versicherungen vom Frühjahr 1986 an vollen Marktzugang bei Sachversicherungen gewähren, berichtete die Zeitung „Korea Herald". Noch 1985 soll auch ein Zeitplan für die Liberalisierung des Marktes bei Lebensversicherungen ausgearbeitet werden. Seoul reagierte damit auf die Kritik von US-Präsident Reagan vom Wochenende.

LANDWIRTSCHAFT

Kiechle sieht die Grenzen der Preispolitik erreicht

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Der Landwirtschaft müßten in zunehmendem Maße die immateriellen Leistungen für die Allgemeinheit entgolten werden. Dafür hat sich jetzt Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle in einem Zeitschriften-Beitrag ausgesprochen.

Die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft sei weiterhin unbefriedigend. Das durchschnittliche Einkommen je Familienarbeitskraft liege in den Vollerwerbsbetrieben etwa auf dem Niveau von Mitte der siebziger Jahre. Es sei jedoch festzustellen, „daß die wesentlichen traditionellen Wege zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Einkommen, nämlich sektorales Wachstum, preispolitische Maßnahmen und einzelbetriebliches Wachstum zu engen Pfaden geworden sind".

Die Landwirtschaft erfülle mehr als nur eine Funktion für die Gesellschaft. Mit der zunehmenden Sättigung der Nahrungsmittelmärkte sei die Bedeutung der Funktion „Ernährungssicherung" gesunken. Dafür gewinnen Erhaltung der Naturgüter und der Produktionsgrundlagen Boden, Wasser und Luft, die Pflege einer intakten und vielfältigen Landschaft an Gewicht.

Die Markt- und Preispolitik soll auch künftig die Basis der Einkommenspolitik bilden. Wesentliche Voraussetzung dafür sei die Begrenzung der Überschüsse.

In diesem Zusammenhang wies Kiechle auf die Stillegung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen hin. Wegen des begrenzten Spielraums der Preispolitik käme gezielten Einkommenshilfen eine besondere Bedeutung zu.

HANDELSPOLITIK / Sorge wegen wachsendem Protektionismus in Amerika

Bonn will sich nicht irre machen lassen

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die Rundfunkrede von US-Präsident Ronald Reagan, in der er auch die Europäische Gemeinschaft mit dem Vorwurf unfairer Handelspraktiken überzogen hat, wird im Bundeswirtschaftsministerium „sehr ernst" genommen. Eine Einschätzung, die auch vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) und vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) geteilt wird.

Denn es handele sich hier nicht um eine „plötzliche Aktion", sondern sie spiegele nur den wachsenden protektionistischen Druck im Inneren wider. Immerhin seien auch die USA keine „reinen" Freihändler. Beispielsweise würden sie den Export von Weizen subventionieren und den Import von Stahl behindern.

Durch die Ankündigung, daß die USA Gegenmaßnahmen ergreifen würden, falls es bis zum 1. Dezember mit Japan, der EG, Brasilien und Südkorea nicht zu einer Einigung kommen sollte, versuche Reagan, die protektionistischen Kräfte im Kongreß zu kanalisieren, so die optimistische Interpretation von Handelspolitikern. Sie stützen sich dabei auch auf den Umstand, daß der US-Präsident im Sommer die Kontingen*tierung der Schuhimporte abgelehnt* hatte.

Die Administration wird in Bonn bei weitem nicht so protektionistisch eingeschätzt wie der Kongreß. Würden die USA gegen den Export von Obstkonserven der EG vorgehen, so würde das das Klima im Vorfeld einer neuen Handelsrunde erheblich beeinträchtigen. Im Bonner Wirtschaftsministerium wird nach der Devise „nicht irre machen lassen" verfahren. Es wird weiter auf die von den USA geforderten multilateralen Verhandlungen im Rahmen des Gatt gesetzt. Um diese zu erreichen, seien Bonn und Brüssel in den vergangenen Monaten als Vermittler aufgetreten. Und zwar auch zu Indien und Brasilien, die sich am stärksten einer neuen Liberalisierungsrunde widersetzen.

Es wird auch darauf hingewiesen, daß die EG beispielsweise bei Stahl und Zitrusfrüchten zu Konzessionen bereit gewesen sei. Bei einer neuen Runde ließe sich das Agrarproblem sicherlich nicht ausklammern. Kurzfristige Good-will-Aktionen gegenüber den USA würden den Druck der Protektionisten kaum abschwächen.

Beim DIHT wird generell Verständnis über die Verärgerung in den USA geäußert, daß die EG wegen ihrer hohen Überschüsse mit subventionierten Exporten den USA traditionelle Absatzmärkte streitig machten. Daher sei eine Selbstbeschränkung bei der Produktion von Agrarerzeugnissen sinnvoller als eine Selbst*beschränkung im Handel. Solche* Absprachen seien ein Übel für den Welthandel, heißt es beim BDI.

EG-Getreideernte schlechter als 1984

AFP, Brüssel

Die Getreideernte in der Europäischen Gemeinschaft lag 1985 mit rund 140 Mill. Tonnen (MT) erheblich unter dem Rekordertrag des Vorjahres (150 MT), verlautete aus dem Getreidebüro der EG in Brüssel. Auch dieses geringere Volumen, wurde aus gleicher Quelle betont, liege über dem Verbrauchs- und Exportpotential der Zehn, zumal mit geringeren Lieferaufträgen aus dem Ausland gerechnet werden müsse.

Nach Berechnungen des Brüsseler Gremiums wird der EG-Getreideberg weiter anwachsen, da lediglich 56 MT der Ernte abgesetzt werden dürften, davon *14 bis 15 MT im Export* gegenüber 17 MT im vergangenen Erntejahr. Die subventionierten Ausfuhren hätten seit Beginn des Erntejahres *1985 am 1. Juli nur 1,8 MT* erreicht, gegenüber 5 MT im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Insbesondere verhalte sich die Sowjetunion zurückhaltend, anscheinend in Erwartung günstigerer Preise.

SCHWEISSTECHNIK-MESSE / Der „Roboter" bleibt kräftig auf dem Vormarsch – Inlandskonjunktur holt auf

Deutsche Produzenten stehen vor einem Rekordjahr

JOACHIM GEHLHOFF, Essen

Superlative meldet zur Essener Messe „Schweißen und Schneiden", weltgrößte Fachmesse ihrer Art, die deutsche Schweißtechnik-Industrie mit Blick auf die Konjunkturlage. Die deutschen Produzenten dieser etwa 25 000 Beschäftigte zählenden Branche erwarten, daß ihr 1984 mit vier Prozent Plus auf 1,6 Mrd. DM aus mehrjähriger Talfahrt herausgekommenes Produktionsvolumen, das aber noch um zwei Prozent unter dem Stand von 1980 blieb, in diesem Jahr um etwa 15 Prozent weiter steigt. Damit verspreche 1985 „das beste Jahr von allen" zu werden.

Wachstum auch bei der im Vier-Jahres-Rhythmus stattfindenden *Messe, die nun „größer als je zuvor"* sei. Die Zahl der rund 600 Aussteller liegt um ein Fünftel höher als 1981. Ausländer sind daran mit 40 Prozent beteiligt. Mit der gleichen „Ausländerquote" rechnet die Messeleitung *auch bei den voraussichtlich mehr als* 100 000 Fachbesuchern dieser Leistungsschau (11.–18. September).

Früher und kräftiger als auf dem Heimatmarkt hat die Branche, die sich im technischen Standard zur Weltspitze zählt, den Konjunkturauf*schwung 1984 auf dem Weltmarkt* gespürt. Ihr Export stieg nach beträchtlichem vorjährigem Rückschlag um 21,5 Prozent auf den bisherigen *Höchststand von 796 Mill. DM* und damit erstmals über die Hälfte des Gesamtgeschäfts.

Das meiste davon wurde in Europa verkauft, immerhin aber auch für 50 Mill. DM in den USA, deren Markt für schweißtechnische Produkte mit 1,6 Mrd. Dollar reichlich dreimal so groß wie der deutsche Markt (derzeit 1,2–1,3 Mrd. DM) ist. Der Schweißtechnik-Weltmarkt wird auf ein Jahresvolumen von 20 Mrd. DM geschätzt, mit Ostblock eher 25 Mrd. DM.

Anders als 1984 wird der Aufschwung bei den deutschen Produzenten in diesem Jahr mehr von der Inlandskonjunktur als vom (immer noch wachsenden) Exportgeschäft getragen, dies zumal dank der Blüte in Maschinenbau-, Elektro- und Chemieindustrie. In der breiten Produktpalette der Branche verschiebt sich der Wachstumstrend bei Geräten wie Schweißzusatzwerkstoffen immer mehr vom Handbetrieb (Autogengeräte) zur Automatisierung.

Vollautomatische Schweiß- und Schneidsysteme („Roboter") sind nach Schätzung von Hans H. Grube, Verbandsvorsitzender für Elektroschweißgeräte und Schweißelektroden, derzeit bereits mit einer Stückzahl von 4500 bei deutschen Anwendern (bis hinab zum großen Handwerksbetrieb) im Einsatz. Dieser Markt wachse mit einer Jahresrate zwischen 20 und 40 Prozent.

Ein Wachstum, so räumt Josef Mennen (Vorstand Klöckner-Werke AG) als Präsident des Deutschen Verbandes für Schweißtechnik ein, dessen Tempo zu Lasten des einst für unverwüstlich gehaltenen Handbetriebs man in der Branche selbst noch vor acht Jahren erheblich unterschätzt habe. Heute seien beispielsweise in der Autoproduktion nur noch zehn Prozent aller Schweißvorgänge Handarbeit, 30 Prozent werde an Punktschweißmaschinen-Straßen und 60 Prozent mit „Robotern" erledigt.

Der Fortschritt geht nach Mennens Urteil bereits so weit, daß auch das Schweißen kunststoffbeschichteter Dünnstbleche im Autobau kein Problem mehr darstellt. Der Trend zum korrosionsgeschützten Autoblech aus Verzinkungsanlagen, auf die weltweit die Stahlindustrie noch mit Großinvestitionen setze, könne sich deshalb schon bald als Irrweg erweisen.

FRANKREICH / Exportförderung in der EG verstärkt

Mehr Kredite abgesichert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die mit Hermes vergleichbare französische Exportkreditversicherung „Coface", die etwa 30 Prozent der Ausfuhr gegen kommerzielle wie politische Risiken absichert, kam 1984 erstmals aus den roten Zahlen. Der Überschuß von 1,1 Mrd. Franc war *hauptsächlich der Umschuldung mit* Entwicklungsländern im Rahmen des Pariser Clubs zu verdanken, die teilweise (Schuldenerlaß) zu Lasten *der Banque de France gegangen ist.*

Bei den dazugehörenden mittel- und langfristigen Exportkrediten hat die „Coface" von den an die Unternehmen gezahlten Entschädigungen 5,6 Mrd. Franc zurückgewonnen. Dazu kam ein Überschuß von 1,9 Mrd. Franc für die Abdeckung von Währungsrisiken. Dem standen 5,1 Mrd. Franc an Passivsalden bei den laufenden Entschädigungen gegenüber.

An Krediten bis zu drei Jahren wurden 120 Mrd. Franc und an langfristigen Krediten 121 Mrd. Franc abgesichert. Das waren zusammen fünf Mrd. Franc mehr als 1983. Entsprechend nahmen die Prämieneinnahmen zu, während sich die Entschädigungen bei neun Mrd. Franc stabilisierten, bei den langfristigen Engagements sind sie sogar zurückgegangen. Das lag vor allem daran, daß Großaufträge aus Entwicklungsländern weiter nachließen.

Von den Entschädigungen für kurzfristige Exportverträge entfielen 30 Prozent auf Italien, acht Prozent auf die Bundesrepublik und 7,5 Prozent auf Großbritannien. Hier waren vor allem Währungsrisiken abzudekken. Aber „Coface"-Präsident Henri Baquiast hält eine verstärkte Unterstützung der Exporte in diese Länder für notwendig. Es liege im nationalen Interesse, das französische Handelsbilanzdefizit vor allem mit der Bundesrepublik Deutschland zu reduzieren.



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. *Die Tauschbörse organisiert der Ring* Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an *zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.*

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

Rechtswissenschaften

Erstsemester

von	nach
1 Bielefeld	Bonn
2 Bielefeld	Hannover
3 Bielefeld	Köln
4 FU Berlin	Hannover
5 FU Berlin	Hamburg
6 FU Berlin	Uni Kiel
7 Gießen	Bonn
8 Gießen	Köln
9 Marburg	Bonn
10 Marburg	Köln
11 Mainz	Bonn
12 Mainz	Köln
13 Mainz	Münster
14 Osnabrück	Bremen
15 Trier	Hamburg
16 Trier	Uni Kiel
17 Würzburg	Bonn
18 Würzburg	Bremen
19 Würzburg	Hamburg
20 Würzburg	Uni Kiel

Betriebswirtschaft

Erstsemester

von	nach
1 Bamberg	Mannheim
2 Bamberg	Tübingen
3 Bamberg	Würzburg
4 Gießen	Frankfurt
5 Regensburg	Würzburg
6 Siegen	Köln

Humanmedizin

4. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Aachen	Düsseldorf
3 Aachen	Essen
4 Aachen	Freiburg
5 Aachen	Tübingen
6 Bonn	Freiburg
7 Bonn	Hamburg
8 Bonn	Lübeck
9 Bonn	Uni Kiel
10 Düsseldorf	Hannover
11 Essen	Würzburg
12 Frankfurt	Freiburg
13 Frankfurt	Heidelberg
14 Freiburg	Münster
15 Freiburg	Uni München
16 Hamburg	Hannover
17 Hamburg	Lübeck
18 Hamburg	Münster
19 Marburg	Bonn
20 Marburg	FU Berlin
21 Marburg	Freiburg
22 Marburg	Uni München
23 Uni München	Hamburg
24 Uni München	Uni Kiel
25 Saarbrücken	Bonn
26 Saarbrücken	Göttingen
27 Saarbrück.	Uni München
28 Saarbrücken	Tübingen
29 Tübingen	Erlangen
30 Tübingen	Freiburg
31 Tübingen	Hannover
32 Tübingen	Uni München
33 Ulm	Aachen
34 Ulm	Düsseldorf
35 Ulm	Köln
36 Würzburg	Hannover
37 Würzburg	Uni München

Die Semesterangaben „Humanmedizin" beziehen sich auf das Sommersemester 1985

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn, Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: *Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs*, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; *London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler*; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; *Paris:* Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99. Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

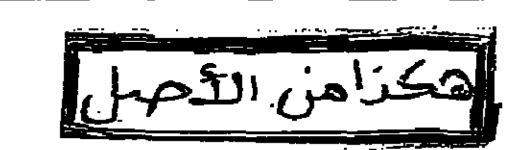
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



DEUTSCHE BANK

Schlüsselstellung für Bauwirtschaft

PETER ZERBE, **Hamburg**

Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Herausforderung ist eine „geistige Mobilmachung" das Gebot der Stunde. Voraussetzung hierfür ist, wie das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, Eckart van Hooven, in Hamburg erklärte, eine engere Verzahnung von Wirtschaft und Politik. Mehr denn je gelte es, Optimismus und guten Willen der vielerorts aufkommenden Antriebslosigkeit und Leistungsverweigerung entgegenzusetzen.

Niemand verkenne, so sagte van Hooven, daß es auch „ernste Sorgen und Fragen" gebe. Im Inland zeige das an sich gute Konjunkturbild insbesondere im Konsumbereich noch immer deutliche Schwächen. Dabei bestehe ein enger Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise im Wohnungsbau, denn der Absatz vieler hochwertiger Konsumgüter werde wesentlich davon bestimmt, wieviel Wohnungen neu entstehen, renoviert und eingerichtet werden. So führten beispielsweise Investitionen von einer Milliarde Mark im Wohnungsbau über direkte und indirekte Anschlußleistungen zu einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion um gut zwei Milliarden Mark.

Die Schlüsselstellung der Bauwirtschaft komme nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß jeder achte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik direkt oder indirekt vom Bausektor abhinge. Von steuerlichen Erleichterungen für den Wohnungsbau seien auch rasche Impulse auf die Gesamtbeschäftigung zu erwarten. Auch der Finanzminister komme bei einer Bewegung des Wohnungsbaues zu höheren Einnahmen.

Japan verdreifacht Handelsüberschuß

dpa/VWD, **Tokio**

Japans Außenhandelsüberschuß war im August dieses Jahres mit 3,52 Mrd. Dollar (rund 9,9 Mrd. DM) mehr als dreimal so hoch wie im August 1984. Nach den vorläufigen Zahlen des Finanzministeriums in Tokio betrug der Handelsüberschuß für die ersten acht Monate dieses Jahres 25,8 Mrd. Dollar nach 17,8 Mrd. Dollar im gleichen Vorjahreszeitraum. Die japanischen Autoexporte erreichten im August einen Wert von 2,48 Mrd. Dollar (plus 16,2 Prozent).

Die Importe dagegen gingen um 15,3 Prozent auf 10,33 Mrd. Dollar zurück. Dabei fielen vor allem die um 32,5 Prozent gesunkenen Öleinfuhren ins Gewicht. Importierte Fertigprodukte sanken um 7,7 Prozent.

Die Exporte in die USA stiegen um sechs Prozent auf 5,14 Mrd. Dollar, die Einfuhren von dort gingen dagegen um 13,4 Prozent auf 2,09 Mrd. Dollar zurück. Für die EG sieht das Bild nur wenig erfreulicher aus: Exporte plus 5,3 Prozent auf 1,58 Mill. Dollar, Importe minus 0,8 Prozent auf 812 Mill. Dollar.

NAMEN

Horst Sartorius, Aufsichtsratsvorsitzender der Sartorius GmbH, Göttingen, vollendet heute das 75. Lebensjahr.

Josef Ritter von Kempski, Repräsentant des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie, Köln/Frankfurt, feiert am 12. September 1985 den 60. Geburtstag.

Robert P. Jensen (59) wurde zum President and Chief Executive Officer von Tiger International, Frankfurt, ernannt.

Horst Keil wurde zum Sprecher der agla a+b (Arbeitsgemeinschaft Leseranalyse Architekten und planende Bauingenieure), Darmstadt, bestellt.

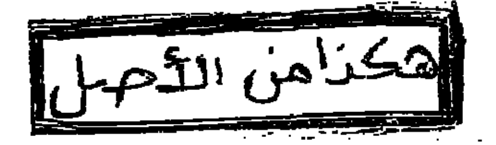
Michael Juhel (45), Direktor der Air France für Süddeutschland, München, wurde zum Verkaufsdirektor für Deutschland ernannt. Er ist Nachfolger von **Eric Boisson de Chazournes**, der in die Hauptverwaltung nach Paris gerufen wurde.

Jean-Pierre Amory ist vom bisher stellvertretenden Vorsitzenden zum Vorstandsvorsitzenden der belgischen Mineralölgesellschaft Petrofina S. A., Brüssel, gewählt worden. Er ist Nachfolger des im August verstorbenen **Adolphe Demeure de Lespaul**.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: WCS Congress & Seminar-Service GmbH; **Duisburg:** Verein Guttempler-Sozialwerk Nordrhein-Westfalen e. V., Mülheim a. d. Ruhr; **Essen:** BeSt Betonstahl-Armierungen R. H. Kuhlmann GmbH; **Geilenkirchen:** Anton Küppers, Inh. d. Bürobedarfshaus Küppers, Heinsberg; **Gütersloh:** Alfons Walgern GmbH & Co. keramik Studio; **Hamm 1:** Druck-Team GmbH, Kamen; **Hofgeismar:** Karl-Heinz Bertelmann, Reinhardshagen; **Koblenz:** BHG Computersysteme GmbH & Co. KG; Reisebüro dhk Touristik GmbH; Bink-Bau GmbH, Tief- u. Kabelbau, St. Goar-Werlau; **Mannheim:** Strauß und Cramer, Graphischer Betrieb GmbH, Hirschberg; **Siegburg:** Willy Feld Büroorganisation GmbH; TCS Computer GmbH, Sankt Augustin; **Überlingen/Bodensee:** Marca Textil GmbH, Stockach; **Waldshut-Tiengen:** Alukant Aluminium-Bearbeitung GmbH, Wutöschingen-Horheim; **Worms:** Nachl. d. Anna Maria Pross geb. Heppner, Niederflörsheim.

Vergleich beantragt: Düren: Hans Ross, Schreinermeister, Aldenhoven-Freialdenhoven.



Bundesanleihen

Renten nur knapp behauptet

Der anziehende Dollar und die Zinsungewißheit in den USA, wo angeblich die sich überraschend bessernde Konjunktur Zinserhöhungen befürchten läßt, bestimmten die Tendenz am Rentenmarkt. Kaufaufträge aus dem Ausland lagen kaum noch vor. Gleichwohl hat sich die Abwärtsbewegung der Notierungen deutlich verlangsamt. Abschläge bei den öffentlichen Anleihen, die am Wochenbeginn noch mehr als einen halben Punkt betragen hatten, lagen nur noch bei 0,10 Prozentpunkten. Ähnlich lustlos bewegten sich die DM-Auslandsanleihen.

M	6½ dgl. Pf 3	96,5G	96,5G
M	6½ dgl. Pf 12	96G	96G
M	7 dgl. Pf 20	102,75G	102,75G
B	5 Berl.Pfandb. Pf 7	103,5G	103,5G
B	7 dgl. Pf 31	101,5	101,5G
B	6 dgl. Pf 34	100G	100G
B	6½ dgl. Pf 37	100,6G	100,6G
Hn	5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	118G
Hn	7 dgl. Pf 80	100,75G	100,75G
Hn	7½ dgl. Pf 87	106G	106G
Hn	6 dgl. KS 29	90,75G	90,75G
Hn	7 dgl. KS 30	102,2G	102,2G
D	5 Dt.Cenbod. Pf 44	122G	122G
D	5 dgl. Pf 54	117,5G	117,5G

D	4 dgl. Pf 18	107G	107G
D	6 dgl. Pf 28	100,75G	100,75bG
D	6½ dgl. Pf 67	95TG	95TG
D	5½ dgl. KO 3-E	128G	128G
D	7½ dgl. KO 77	100G	100G
S	5 RhHyp.Mannh.Pf59	110G	110G
S	5½ dgl. Pf 109	80,5G	80,5G
S	7 dgl. Pf 125	105G	105G
S	7 dgl. Pf 128	99G	99G
S	8 dgl. Pf 177	100G	100G
S	6 dgl. KS 77	89G	89G
Br	5 St.Kr.Ot-Br Pf17	124,25G	124,25G
Br	5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
Br	5 dgl. Pf 36	94G	94,4G
Br	5½ dgl. Pf 43	95,45G	94,2G

F	7¾ dgl. 71/86	100,6G	100,6G
F	7½ dgl. 76/87	101,75G	101,75G
F	7½ Klöckner W. 71/86	100,5G	100,5G
F	8 dgl. 72/87	101,6T	101,6bG
F	6 NWK 61/86	100,1G	100,1G
F	6 dgl. 62/87	100,7G	100,7G
F	6 Ob.Don.Krwk. 64/89	99T	99T
F	6 Rh.Brkw. 63/89	99,1G	99,1G
F	6 dgl. 65/90	98,9T	98,9T
F	6 RWE 63/88	99,5G	99,5G
F	6 dgl. 65/90	99,25T	99,25
F	7¾ dgl. 71/96	100,75G	100,75
F	7 dgl. 72/87	101G	101G
F	6 Rh.-M.-Don. 62/87	100,25G	100,25G
F	6½ dgl. 68/88	102,65G	102,65G

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

F	7¼ dgl. 84 S.48	9/89	105,5	105,55
F	7¼ dgl. 84 S.49	10/89	104,8	104,9
F	7¼ dgl. 84 S.50	11/89	103,9	104
F	7 dgl. 84 S.51	12/89	103,05	103,05bG
F	6¾ dgl. 84 S.52	2/89	102,2	102,25
F	7¼ dgl. 85 S.53	3/90	103,65	103,65
F	7 dgl. 85 S.54	4/90	102,75bG	102,75

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	102,45	102,45G

M	5 Bayer.Hypo Pf 33	132,25G	132,25G
M	5½ dgl. Pf 11	136,5G	136,5G
M	6 dgl. Pf 34	86,25bG	86,25G
M	6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
M	6½ dgl. Pf 10	93,5bG	93,5G
M	6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M	6 Ldk. Aufb. IS 15	100,75G	100,75G
M	6 dgl. IS 16	100,95G	100,95G
M	6 dgl. IS 17	100,9G	100,9bG
M	8½ dgl. KO 49	100G	100G
M	8½ dgl. KO 48	100,1G	100,1G
M	7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	102,5G	102,5G
M	5 Bayer.Verbk. Pf 11	125G	125G
M	6 dgl. Pf 4	99,5G	99,5G

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Mit Verlusten gingen auch Kaffee und Kakao aus dem Mark.

Getreide und Getreideprodukte

	9.9.	6.9.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	275,50	282,75
Dez.	282,00	293,00
März	292,25	295,00
Weizen Winnipeg (can.$/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	246,75	248,95
Amber Durum	248,75	245,19

	9.9.	6.9.
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. Sept.	2067	2115
Dez.	2123	2181
März	2172	2230
Umsatz	3451	3489
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	5,33	5,16
Jan.	5,47	5,25

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Messingnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Erläuterungen – Rohstoffpreise

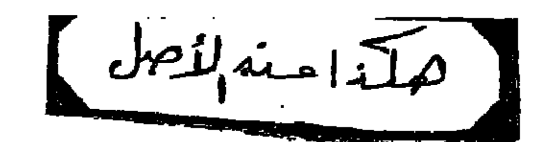
Westdeutsche Metallnotierungen

Edelmetalle

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Internationale Edelmetalle



HEINRICH BAUER VERLAG / Auflagen stabil

Ertragsschäden im Blätterwald

JAN BRECH, **Hamburg**

Der harte Wettbewerb am Vertriebs- und Anzeigenmarkt, die hohen Schäden durch den Arbeitskampf sowie der Einstieg ins private Fernsehen durch die Beteiligung am SAT 1-Konsortium haben das Ergebnis des Heinrich Bauer Verlags, Hamburg, schwer belastet. In dem jetzt für 1984 vorgelegten Geschäftsbericht werden zwar konkrete Zahlen nicht angegeben, doch eingeräumt, daß die Ertragskraft merklich gelitten habe.

Den Einbußen im Ergebnis steht dabei ein um zwölf Prozent gestiegener Konzernumsatz von 2,27 Mrd. DM gegenüber. In ihm sind das nach wie vor dominierende Pressegeschäft mit einem Plus von 8,7 Prozent (1,74 Mrd. DM Umsatz) enthalten, das neu begonnene TV-Geschäft sowie als Beteiligungsgesellschaften die US-Handelskette Winn's Stores Inc. und die Optyl Brillenmode International GmbH, Berlin, die als Zulieferer für die nicht konsolidierte Firma Optyl Brillenmode, Haar, fungiert.

Zum Wachstum im Zeitschriftengeschäft haben die Auslandsmärkte überproportional beigetragen. Wichtigstes Objekt war die US-Frauenzeitschrift „Woman's World", die eine Wochenauflage von 1,3 Mill. Exemplaren erreichte, deren „erwartete" Verluste aber höher als 1983 ausfielen. Im Inland wuchsen die Umsätze lediglich um fünf Prozent, wobei die Vertriebserlöse stagnierten.

Keine wesentlichen Veränderungen hat es im Berichtsjahr in der Bilanz gegeben. Das Eigenkapital von 166 Mill. DM macht unverändert 21 Prozent der Bilanzsumme aus. Die Rückstellungen stehen mit 156 Mill. DM zu Buch, an langfristigen Verbindlichkeiten werden 55, an kurzfristigen 332 Mill. DM ausgewiesen. Vom Gesamtkapital sind 406 Mill. DM im Anlagevermögen gebunden.

Das Geschäftsjahr 1985 wird nach Angaben des Verlags nur bescheidene Zuwachsraten bringen. Das Anzeigengeschäft verlaufe nach gutem Start schleppend, am Vertriebsmarkt stabilisierten sich die Auflagen. Stärkste Säulen sind die Wochenzeitschriften mit insgesamt 17,2 Mill. Exemplaren im 2. Quartal. Dabei dominieren die Programmzeitschriften, wobei die Auflagen von „TV Hören und Sehen" 2,36 Millionen, von „Fernsehwoche" 2,29 Mill. und von „Auf einen Blick" 2,11 Mill. Exemplare erreichen.

Sehr kritisch äußert sich die Verlagsgruppe zum neuen TV-Bereich. Uneinheitliche Medien- und Rundfunkgesetze der Bundesländer erschwerten die Verbreitung privater Programme über Landesgrenzen hinaus, die Verkabelung komme nur schlecht voran und die Zukunft direkt strahlender TV-Satelliten sei ungewiß. Anlaß zur Sorge seien ferner Hinweise auf eine bundesweite Ausstrahlung der öffentlich-rechtlichen 3. Programme. Vor diesem Hintergrund müßten die privaten Programmveranstalter auf mehr Sicherheit bei den rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen bestehen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Sporthandel optimistisch

München (dpa/VWD) – Auf der 23. Internationalen Sportartikelmesse Ispo, die heute in München beginnt, zeigen 1542 Aussteller aus 35 Staaten für vier Tage Sportartikel, Sportkleidung und Sportschuhe für Frühjahr und Sommer 1986. Für das laufende Jahr erwartet der Bundesverband der Deutschen Sportartikel-Industrie (BSI) eine durchschnittliche Umsatzsteigerung von real drei Prozent. Damit würde ein Produktionswert von 5,2 Mrd. DM erreicht. Die Geschäftserwartungen der Aussteller insgesamt sind unterschiedlich. Optimismus zeigt vor allem der Sportfachhandel. Die Tahlsohle sei durchschritten, jetzt gehe es aufwärts, meinte ein Sprecher des Verbands Deutscher Sportfachhandel (VDS). Für 1985 erhofft der VDS ein nominelles Plus von vier Prozent, nachdem im Juli eine Steigerung von elf Prozent gegenüber dem Vorjahr und im August von sechs bis acht Prozent erzielt wurde.

Beschäftigung gesichert

Kornwestheim (VWD) – Bei der A. Stotz AG Maschinenbau, Kornwestheim, ist die volle Beschäftigung in allen Bereichen gesichert. Nach einem „ordentlichen" Auftragseingang im bisherigen Jahresverlauf hat das Unternehmen, das sich auf Förderanlagen und Automation spezialisiert hat, gegenwärtig einen Auftragsbestand von etwa 70 Mill. DM. Für das Geschäftsjahr 1985 wurde ein Umsatz von 60 Mill. DM und ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet. Zu den Verlusten 1984, die das Unternehmen erst anlässlich der HV am 11. Oktober beziffern will, kam es, obwohl Stotz 1984 gut, in einzelnen Monaten jedoch über seine Möglichkeiten hinaus, ausgelastet und der Umsatz auf gut 70 (1983: 46,3) Mill. DM gestiegen war.

Produktion im Ausland

Bielefeld (hdt.) – Die Deutsche Granini, Bielefeld, läßt ihre Markenprodukte jetzt auch auf Gran Canaria produzieren. Die Kapazitätsgrenze in dem dort errichteten neuen Werk liegt bei 200 000 Flaschen Fruchtsaft täglich. Das zur Melitta-Gruppe gehörende Unternehmen betrachtet diese Lizensvergabe, der erst vor kurzem eine ähnliche an Saudi-Arabien voranging, als weiteren Schritt auf dem Wege zur Internationalisierung.

Fusionsvorschlag abgelehnt

Wilton/USA (AFP) – Das amerikanische Unternehmen Richardson-Vicks (Chemie-Pharmazeutik) hat den Fusionsvorschlag zurückgewiesen, der ihm von der britisch-niederländischen Chemie- und Nahrungsmittelgruppe Unilever unterbreitet worden war. Die Unilever-Offerte läuft über insgesamt 1,3 Mrd. Dollar. Richardson-Vicks erklärte, das Angebot entspreche nicht den Interessen der Aktionäre. Die Unternehmensleitung habe bereits einen ersten Bankkredit von 300 Mill. Dollar erhalten, um bis zu fünf Millionen ihrer eigenen Aktien an der Börse zu erwerben. Im Umlauf sind gegenwärtig etwa 23 Millionen Stück.

IAA' 85 Die WELT berichtet von der Automobilausstellung

Die Ablehnung von Tempo 100 wird neben dem „umweltfreundlichen, sauberen Auto" eines der Hauptthemen der Internationalen Automobil-Ausstellung IAA'85 in Frankfurt sein, die morgen unter dem Motto „Das Automobil ist 99 Jahre jung" eröfffnet wird. Mehr als 1700 Aussteller, vor zwei Jahren waren es 1564, präsentieren ihr Angebot auf 240 000 Quadratmetern. Zur 51. IAA werden wieder über eine Million Besucher erwartet, nachdem 1983 über 1,2 Millionen gezählt worden waren.

VW/Audi: Spitzenreiter in Europa

VW und Audi werden trotz der zurückliegenden Belastungen durch den Abgasstreit in diesem Jahr mehr Fahrzeuge absetzen als im Jahr 1984. Anläßlich der 51. Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt, bezifferte VW-Vorstandsvorsitzender Carl H. Hahn, die Verkaufssteigerung weltweit (ohne die bestreikten VW do Brasil) mit 13 Prozent auf mehr als 2,4 Mill. Stück. Von den in den ersten acht Monaten dieses Jahres ausgelieferten Modellen entfielen auf die Bundesrepublik 493 000 (plus drei Prozent), auf die EG-Volumenmärkte 530 000 (plus 28 Prozent) sowie auf die USA 198 000 (plus zehn Prozent).

Der Konzern, der erstmals mit einem Anteil von 13 Prozent die Spitzenposition auf dem europäischen Pkw-Markt errungen hat, steigerte seinen Export weitaus stärker als die deutschen Mitbewerber. Während VW/Audi im Export 43 Prozent zulegte, schaffte die Branche (ohne VW/Audi) „nur" 26 Prozent.

Der VW/Audi-Anteil an der Gesamtproduktion liegt bei 42,4 (Vorjahr: 39,9) Prozent. Bis zum Jahresende wird der Konzern 6200 (4550) Mitarbeiter neu eingestellt haben. Sicherlich übertroffen wird 1985 der Rekordabsatz 1984 mit 70 000 VW/Audi-Modellen in den USA. Dies sei vor allem auf den ungewöhnlich guten – verdoppelten – Verkaufserfolg des Jetta zurückzuführen.

Nachdem VW für drei bis fünf Mill. Fahrzeuge ab Modelljahr 1980 die Nachrüstung mit ungeregelten Drei-Wege-Katalysatoren, die 50 bis 60 Prozent der Schadstoffe aus dem Verbrennungsvorgang herausfiltern, anbietet und für kleinere Motoren nachrüstbare Mikrokatalysatoren entwikkelt hat, sind für sämtliche Modelle vom VW-Polo bis zum Audi 200 Avant Quattro Katalysator-Lösungen nach EG- oder USA-Regeln vorhanden. Die Aufpreise für die neue Technik stehen nach den Worten Hahns „in einem besonders günstigen Verhältnis zur Steuerbefreiung, oft machen sie deutlich weniger als die Hälfte aus".

Den Autofahrer rief Hahn auf, so technisch möglich, jetzt auch mehr bleifreies Benzin zu tanken, um möglichst schnell zu einem flächendekkenden Bleifrei-Tankstellennetz zu kommen. Hahn erinnerte daran, daß VW der Hersteller in der Welt ist, der mit Abstand die meisten Diesel-Pkw baut. Bei VW erreicht der Anteil knapp 30 Prozent. Bei den VW-Neuzulassungen liegt der Anteil bei 25 (Branche 20,5) Prozent. Derzeit verlassen arbeitstäglich 2100 Diesel-Versionen die Werke.

HARALD POSNY

Gütesiegel für Busbetriebe

Auf rund 2,9 Mrd. DM veranschlagt die Gütegemeinschaft Buskomfort das Einnahmevolumen der rund 5000 privaten deutschen Omnibusbetriebe mit rund 43 000 Mitarbeitern. Ziel der Gütegemeinschaft sind freilich nur jene etwa 1500 Betriebe, die regelmäßig als Busreiseveranstalter mit einem eigenen Programm an den Markt gehen. Mit ihrem Gütesiegel, dessen Grundlagen von TÜV und Dekra überprüft werden, will die 1975 gegründete Gütegemeinschaft die Qualität der eingesetzten Reisebusse vereinheitlichen helfen und das Angebot überschaubarer machen. Insgesamt 700 Betriebe haben sich dem Klassifizierungssystem in vier Stufen inzwischen angeschlossen. Die Busse hielten im vergangenen Jahr mit 3 (3,2) Mill. Reisen über fünf Tagen Dauer einen Anteil von 9,1 (10) Prozent unter allen Fortbewegungsmitteln. (adh.)

Das Erfolgsgeheimnis heißt Wettbewerb

Die Bundesrepublik ist das einzige außerjapanische Land, dessen Automobilindustrie in den letzten zehn Jahren mehrere Zehntausende zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hat; trotz Automatisierung und trotz Robotereinsatz. Dies unterstrich Eberhard von Kuenheim, Vorsitzender des Vorstands der Bayerischen Motoren-Werke, in Frankfurt. Als Ursachen für den weltweiten Erfolg der deutschen Autobauer nennt von Kuenheim den scharfen Wettbewerb am deutschen Markt – der einzige der nie den japanischen Wettbewerbern den Marktzugang verschlossen habe – der mit zu den Innovationsbemühungen der deutschen Automobilunternehmen beigetragen habe.

Für die Sonderstellung der Deutschen habe aber auch gesorgt, daß auf deutschen Autobahnen die technisch mögliche Höchstgeschwindigkeit gefahren werden kann. Bei den „Schnellen" kommt BMW auf der IAA mit einem neuen M3 der im Motorsport eingesetzt wird, aber auch in einer Straßenversion zu haben ist. Als „Renner" erweist sich das neue Cabriolet mit einem Anteil von zehn Prozent an den Inlandsbestellungen.

In den ersten acht Monaten dieses Jahrs wuchs die BMW-Produktion um 4 Prozent auf 285 000 Fahrzeuge, von denen gut 64 Prozent exportiert werden. Eine größere Steigerung haben die voll ausgelasteten Kapazitäten verhindert, neue stehen BMW erst mit der Eröffnung des Werkes in Regensburg im Herbst 1986 zur Verfügung. Der Umsatz der AG stieg in den ersten acht Monaten um zwölf Prozent auf 9,1 Mrd. DM. Bis zum Jahresende sollen 2300 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Zu Gerüchten, die über eine 23prozentige direkte (bisher indirekt 8 Prozent) Beteiligung von BMW am Fernsehhersteller Loewe Opta GmbH, Kronach, wissen wollen, mochte sich von Kuenheim nicht verbindlich äußern. Man arbeite mit Loewe in einigen Bereichen zusammen. Auch in diesem Zusammenhang würden zahlreiche Gespräche geführt.

INGE ADHAM

Tecalemit liegt im Plan

Die Deutsche Tecalemit GmbH, Bielefeld, Zulieferer für Kfz-Industrie und -Handwerk, konnte ihren Umsatz 1984 um 2,5 Prozent auf 74,4 (71,6) Mill. DM erhöhen. Gleichzeitig stieg der konsolidierte Gruppenumsatz, der neben den drei deutschen auch noch die österreichische, die schwedische und die spanische Tochtergesellschaft umfaßt, um 6,4 Prozent auf 112,4 (105,6) Mill. DM. Die geringere Zuwachsrate der Muttergesellschaft erklärt sich aus den stagnierenden Umsätzen im Bereich Werkstatt- und Garagengeräte.

Positive Entwicklungen wies der Bereich Rohre und Schläuche auf. Hier ist man als Zulieferer bei den Neumodellen der führenden Kfz-Hersteller gut im Geschäft. Der Exportanteil liegt bei der Muttergesellschaft bei 17 Prozent. Investiert wurde in den letzten fünf Jahren 12 Mill. DM bei 10,3 Mill. DM Abschreibungen. Für 1985 wird ein Gruppenumsatz von 125,7 Mill. DM angepeilt, die bisherigen Ergebnisse liegen im Plan. Der Auftragseingang lag im 1. Halbjahr 1985 um 15 Prozent über dem Vorjahresergebnis. (hdt.)

Iveco: Schwarze Zahlen in Sichtweite

Für den Iveco-Nutzfahrzeugverbund, der ein Teil der Fiat-Gruppe ist, brechen bessere Zeiten an. Nach den erheblichen Verlusten der vergangenen Jahre sind schwarze Zahlen in Sicht. Giorgio Garuzzo, Generaldirektor der Iveco (Industrial Vehicles Corporation) B. V., Amsterdam, teilte in Frankfurt mit, daß der Verbund im Verlaufe dieses Jahres den break-even-point durchschritten habe und er für das Geschäftsjahr 1985 einen Gewinn erwarte. Wie hoch dieser ausfallen werde, lasse sich derzeit noch nicht sagen.

Zu den Verhaltensweisen und Maßnahmen, die zu dieser Ergebnisverbesserung geführt hätten, zählt Garuzzo, daß man sich aus Preiskämpfen herausgehalten habe. Ferner seien Produkt- und Gemeinkosten abgesenkt worden. Erwähnt wird auch die Schließung des Werks Trappes/Frankreich, die Reduzierung von Beständen und Finanzierungskosten sowie eine Steigerung der Effizienz. Viel beigetragen habe – so Garuzzo – natürlich auch das neue Produktprogram. Für das Jahr 1985 rechnet Garuzzo mit einer Steigerung des Umsatzes von 8,3 Milliarden auf gut 9 Milliarden Gulden. Die Planung sehe eine Produktion von 96 000 bis 97 000 (1984: 91 000) Fahrzeugen vor. Investiert werden in diesem Jahr rund 200 (192) Mill. Gulden.

Iveco-Chef Garuzzo bekräftigte in diesem Zusammenhang, daß der Ulmer Iveco Magirus AG, die nach Jahren hoher Verluste den Durchbruch geschafft habe und in 1985 mit Sicherheit ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen werde, eine zentrale Funktion im Firmenverbund zukomme. Die Ulmer seien Hauptproduzent schwerer Iveco-Fahrzeuge, überdies für Vertrieb und Kundendienst des gesamten Iveco-Nutzfahrzeugprogramms in der Bundesrepublik zuständig und außerdem zentral verantwortlich für Entwicklung, Fertigung und Vertrieb des Brandschutz-Programms. Die Bundesrepublik betrachte man weltweit als den „Schlüsselmarkt für Nutzfahrzeuge", was das hohe finanzielle Engagement von Iveco (und Fiat) bei Magirus von bisher über 1 Milliarde DM unterstreiche.

Der Iveco-Verbund konstituierte sich vor ziemlich genau zehn Jahren. Fünf Marken, nämlich Fiat, OM und Lancia aus Italien, Magirus-Deutz aus der Bundesrepublik und Unic aus Frankreich schlüpften seinerzeit unter ein gemeinsames Nutzfahrzeug-„Dach". Nach fünf Jahren der Integration seien zwar die wichtigsten Etappen erreicht worden, doch habe dann erschwerend gewirkt die gewaltige Schrumpfung des europäischen Nutzfahrzeug-Marktes von seinerzeit (1980) 500 000 Nutzfahrzeugen (über 3 Tonnen) auf schätzungsweise 370 000 bis 380 000 Fahrzeuge in 1985, das ist ein Minus von etwa 25 Prozent.

Hier habe sich Iveco als der zweitgrößte europäische Nutzfahrzeugbauer (15,7 Prozent Marktanteil) letztlich doch gut behauptet. Die Zahl der Beschäftigten wurde von rund 52 000 (1975) auf nunmehr 36 000 Mitarbeiter reduziert, Werke bestehen in Turin, Brescia, Bourbon-Lancy und Ulm. Iveco Magirus in Ulm peilt für das laufende Jahr 1985 eine Umsatzsteigerung von 15 Prozent auf über 1,7 Milliarden DM an. Die Produktion soll in diesem Jahr auf 10 500 (9100) Einheiten gesteigert werden.

WERNER NEITZEL

NEUMANN-BERATUNG

Krisenmanager ist kaum noch gefragt

S. SCHUCHART, **Düsseldorf**

Mit der konjunkturellen Belebung hat sich auch der Markt der Führungskräfte wieder auf Wachstumskurs begeben. Seit dem vergangenen Jahr verzeichnet die Neumann-Management-Beratungsgruppe, Mülheim, eine stark anziehende Nachfrage nach Führungskräften vor allem auf der obersten Ebene. Neben positiveren Zukunftserwartungen ist dafür nach den Worten des Geschäftsführenden Gesellschafters Dieter Frisee auch ein Umdenken in den Unternehmen verantwortlich: Ganz bewußt werde in verbessertes Management investiert, um die Chancen des Aufschwungs optimal zu nutzen.

Führungspositionen würden dagegen nur noch vereinzelt aus einer Notlage heraus besetzt. Demnach sei nicht mehr wie noch vor Jahren der Typ des „Krisenmanagers" oder „Sparkommissars" gesucht, sondern der kreative, risikobereite Manager.

Die Neumann-International-Gruppe erwartet 1985 eine Steigerung des Honorarumsatzes um mindestens 10 Prozent auf 25 Mill. DM. Gut ein Drittel des Umsatzes entfällt auf die deutsche Gruppe mit 35 Mitarbeitern.

Altana: 20 Prozent Plus im Ausland

VWD, **Frankfurt**

Die mehrheitlich zum Quandtbereich gehörende Altana AG, Bad Homburg, stellt für 1985 ein Ergebnis in Aussicht, das neben einer angemessenen Rücklagendotierung wieder eine zufriedenstellende Dividende zulassen wird. Im vergangenen Geschäftsjahr 1984 wurden unverändert 10 DM pro 50 DM-Aktie gezahlt.

Nach einem Zwischenbericht stieg im ersten Halbjahr 1985 der Weltumsatz, von dem 55 Prozent auf das Auslandsgeschäft entfielen, um 12 Prozent auf 851 Mill. DM. Dabei wuchs das internationale Geschäft um 20 Prozent auf 468 Mill. DM. Während im Inland mit 383 Mill. DM ein plus von drei Prozent erzielt wurde. Im Zuge der Geschäftsausweitung hat sich die Belegschaft in der Berichtzeit weiter um 326 auf 7507 Mitarbeiter erhöht, davon waren Ende Juni 4367 im Inland und 3140 im Ausland tätig. Die Investitionen werden mit weltweit 19 Mill. DM angegeben.

Aktien auf Rekordstand

Ausländer sorgten für einen kräftigen Kursschub

DW. – Inspiriert durch den wieder gestiegenen Dollar, verstärkten Ausländer ihre Käufe. Ausgehend von den Aktien der Deutschen Bank, von Siemens und Schering, erlebte die Mehrzahl der Papiere einen deutlichen Sprung nach oben, ein Zeichen dafür, daß der Markt in den letzten Tagen von Handelsbeständen bereinigt worden war. Unter Hinweis auf die günstigen Konjunkturaussichten in der Bundesrepublik traten auch inländische Institutionen als Käufer auf. Dadurch erhielt die auflebende Hausse ein breites Fundament.

Etwas schwer auf dem Weg nach oben taten sich noch die Papiere der Großchemie, die nur um 1–2 DM über Vortagsnotierungen schlossen. Von der bevorstehenden BASF-Kapitalerhöhung scheint indessen keine Belastung mehr auszugehen. Der Kurs der Deutschen Bank wurde mehr als 10 DM heraufgesetzt, das war möglich, obwohl auch hier immer noch von bevorstehenden Kapitalbeschaffungsmaßnahmen die Rede ist. Sehr fest tendierten die beiden bayerischen Großinstitute. Angeregt durch die Frankfurter Automobilausstellung blieb der Handel in Autoaktien lebhaft. Auf der erhöhten Basis wächst aber die Neigung, Gewinne zu realisieren. Das trifft insbesondere für Daimler zu, sobald sich der Kurs von der 1000-Marke nach oben entfernt. Kali und Salz setzten den Anstieg mit einem Tagesgewinn um rund 10 DM fort. Eine Abfindung der freien Aktionäre durch BASF wird für möglich gehalten.

Frankfurt: Linde erhöhten um 21,50 DM und Esslinger Maschinen um 18 DM. Degussa konnten sich um 7 DM erholen. Leifheit zogen um 9 DM und Metallgesellschaft um 8,80 DM an. Braun gaben um 18 DM nach.

Düsseldorf: Alexander stockten um 2,50 DM, Gildemeister um 1 DM und Heinrich um 10 DM auf. Hindrichs Auff. verbesserten sich um 4,50 DM und Hoffmanns Stärke um 8,50 DM. Aach. Rück erhöhten um 100 DM, Allianz Leben um 270 DM und Victoria um 30 DM.

Hamburg: HEW verbesserten sich um 0,50 DM, und NWK Vz. verminderten um 2 DM. Beiersdorf blieben unverändert. Hapag Lloyd und Bremer Vulkan erhöhten um 0,50 DM. Holsten Brauerei erholten sich um 4 DM.

Berlin: Schering gewannen 17 DM. Tempelhofer Feld wurden um 10 DM und Rheinmetall um 7 DM höher taxiert. Dt. Hypobank Berlin und Engelhardt gewannen je 5 DM und Berliner Elektro 4 DM. Herlitz Vz. legten 2,80 DM zu.

München: Aigner erhöhten um 7 DM, Audi um 10 DM und Binding um 9,60 DM. Um je 2 DM gaben Dywidag und Energie Ostbayern nach. Flachglas erhöhten um 9,50 DM und Paulaner um 20 DM.

Stuttgart: Porsche zogen zur Kasse um 45 DM auf 1400 DM an und wurden zum Schluß gar mit 1425 DM bezahlt. Kolbenschmidt verbesserten sich um 4 DM und Hohner um 8 DM.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 214,11 (211,79)
WELT-Umsatzindex: 7187 (4344)

Optionshandel

Frankfurt: 10. 9. 85
3204 Optionen = 184 100 (105 550) Aktien
davon 1106 Verkaufsoptionen = 55 350 Aktien

Kaufoptionen: AEG: 10-140/4, 10-150/1,4, 1-110/34,25, 1-150/5,2, BASF 10-181/44, 10-191/35, 10-201/25, 10-211/15,5, 10-211/6,5, 10-230/3,5, 10-231/2,3, 1-220/19,5, 1-230/14, Bayer 10-211/13,8, 1-230/11, 1-240/8, Bay. Hypo 10-360/27,5, 1-350/40, 1-390/12, Belula 1-100/15, 1-120/3,5, BMW 10-407,50/104, 10-467,50/50,2, 10-490/27, 10-550/4, 1-480/60, 1-500/45, Bay. Vereinsbk. 1-420/11, Commerzbk. 10-177,75/30, 10-187,75/19,25, Conti 10-127/27, 10-137/27, 10-140/24, 10-147/17, 10-150/14, 10-157,7,7, 10-180/4,8, Daimler 4-1050/60, 4-1100/35, 4-1150/20,2, Dt. Babcock St. 10-170/9,5, 1-170/19, Dt. Babcock Vz. 1-170/12,5, Deutsche Bk. 10-468/121,5, 10-488/101,5, 10-570/29,5, 10-600/8,1, 1-570/50, 1-580/40, Degussa 4-400/10, Dresdner Bk. 10-212,50/53,5, 10-250/17, 1-240/40, 1-270/20, GHH St. 4-190/20, GHH Vz. 1-170/16, Hoechst 10-220/5,5, 10-221/3,9, 10-230/3, 1-230/9, 1-250/3,45, Hoesch 10-110/15,5, 10-120/6, KHD 10-300/10,6, Klöckner 10-60/13,5, 10-65/9, 10-70/4,1, 10-75/1,5, Lufthansa St. 1-205,50/30, 1-225,50/18,4, Lufthansa Vz. 10-225,50/9, MAN 4-170/20, Mercedes 4-1000/30, Metallges. 10-250/44,6, 10-280/19, 1-300/14, Mannesmann 10-168/56, 10-170/52, 10-178/46, 10-180/42, 10-136/38,5, 10-190/32,5, 10-196/26,5, Preussag 1-300/6,6, RWE St. 10-170/28,9, 10-190/9,9, 1-170/29, 1-200/11,8, RWE Vz. 1-190/11, Schering 10-444,70/58, 10-464,70/38, 10-474,70/28,3, Kali + Salz 10-272/87, 10-280/79, 10-282/77, 10-290/69, 10-300/5, 1-300/63, 1-320/44, Siemens 10-530/40, 10-540/30, 10-560/15, 10-570/8, 10-580/4, 1-560/36, 1-570/34, Thyssen 10-98,2/33, 10-100/31, 10-108,25/23, 10-118,25/13, 10-120/11,5, 10-130/3,4, 10-210/21, 1-110/22, 1-130/15, Veba 10-171/65, 10-191/95, 10-211/25, 10-230/10, 10-240/8,3, 10-241/2,5, 1-191/49, 1-230/22, VEW 1-140/16, VW 10-285/62, 10-290/57, 10-295/52, 10-300/47, 10-305/42, 10-310/27, 10-315/32, 10-320/27, 10-325/22, 10-330/17, 10-350/8, 1-225/55, 1-285/65, Alcan 1-90/2, Elf 1-65/7,4, General Motors 1-210/11, IBM 1-400/14,5, 1-420/10, Norsk Hydro 10-35/3,15, 10-40/14, 1-40/2,85, Philips 4-45/5,6, 4-50/3, Sony 1-45/3,6, Sperry 4-150/14. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-140/4, 1-130/2, 1-140/8, BASF 10-220/1,5, 1-220/2, 1-230/8, Bayer 1-210/1,5, 1-220/3,4, 1-230/8,7, BHF 10-310/5, Bayer. Hypo 1-380/8, BMW 1-450/10, 1-470/14,4, Contin 1-150/3, Daimler 10-940/8, 10-950/10, Deutsche Bk. 10-570/3, 1-570/14, Dresdner Bk. 10-270/17, 1-250/2, 1-280/9, Hoechst 1-210/1,7, Hoesch 1-120/2, Klöckner 10-70/1,5, Mannesmann 1-210/5, Schering 1-460/10, Siemens 10-540/3, 10-550/4, 1-530/3, 1-540/6,4, Thyssen 10-130/2,2, 1-130/3,9, Veba 4-220/3,2, 4-230/8, VW 10-320/1,1, 10-330/5,5, 1-290/1, 1-300/2.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 10.9.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	8–8⅛	4⅝–4¾	4⅜–4⅝
3 Monate	8¼–8½	4⅝–4¾	4½–4¾
6 Monate	8⅜–8⅝	4¾–4⅞	4⅝–4⅞
12 Monate	8⅞–9⅛	4¾–5	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financiere Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 10.9. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1330,00	1710,00
10 US-Dollar (Indian)**	1335,00	1605,00
5 US-Dollar (Liberty)	500,00	694,00
1 £ Sovereign alt	222,00	275,88
1 £ Sovereign Elizabeth II.	214,50	267,33
20 belgische Franken	168,00	221,16
10 Rubel Tscherwonez	225,50	284,43
2 südafrikanische Rand	211,00	262,20
Krüger Rand, neu	942,00	1113,78
Maple Leaf	957,25	1131,17
Platin Noble Man	952,00	1125,18
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	219,50	278,73
20 schweiz. Franken „Vreneli"	182,50	236,55
20 franz. Franken „Napoléon"	169,50	221,73
100 österr. Kronen (Neuprägung)	888,00	1073,88
20 österr. Kronen (Neuprägung)	175,00	222,30
10 österr. Kronen (Neuprägung)	91,00	120,84
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	410,00	501,60
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	96,00	132,24

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

10.9.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs¹)	Frankf. Sorten*) Ankauf	Frankf. Sorten*) Verkauf
New York³)	2,944	2,952	2,9122	2,88	2,98
London¹)	3,848	3,862	3,762	3,78	3,93
Dublin¹)	3,104	3,118	3,070	3,021	3,160
Montreal³)	2,1455	2,1535	2,1172	2,08	2,19
Amsterd.	88,895	89,115	88,75	86,78	90,77
Zürich	121,24	121,44	121,20	119,75	122,50
Brüssel	4,943	4,963	4,890	4,77	4,97
Paris	32,72	32,88	32,325	31,75	33,50
Kopenh.	27,53	27,65	27,320	26,75	28,50
Oslo	34,29	34,41	33,820	33,25	35,00
Stockh.**)	34,08	34,24	33,185	33,25	35,00
Mailand²)**)	1,499	1,509	1,4705	1,44	1,54
Wien	14,213	14,253	14,199	14,13	14,35
Madrid**)	1,696	1,706	1,664	1,66	1,78
Lissabon**)	1,67	1,69	1,587	1,25	2,05
Tokio	1,212	1,215	–	1,17	1,23
Helsinki	47,37	47,57	46,390	46,25	48,25
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*)**)	2,075	2,129	–	1,65	2,45
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	1,9715	1,9505	–	1,92	2,02
Johannbg.*)	1,153	1,197	–	0,80	1,40

Alles in Hundert: ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar
⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die gestrigen Spitzenkurse konnte der US-Dollar nicht mehr erreichen, die Aufwärtsbewegung verlor am 10. 9. an Kraft. Das Geschäft entwickelte sich sehr lebhaft zwischen 2,9320 und 2,9520. Für die weitere Kursbildung wurde immer wieder auf die nächsten Konjunkturdaten am Freitag verwiesen. Die amtliche Notiz lautete 2,9480, später wurde um 2,9425 gehandelt. Das Englische Pfund konnte sich um 0,4 Prozent auf 3,855 erholen. Im Freiverkehr lag der Südafrikanische Rand gegen DM um 3,4 Prozent höher. US-Dollar in: Amsterdam 3,3065; Brüssel 59,4000; Paris 8,9750; Mailand 1958,00; Wien 20,7180; Zürich 2,4295; Ir. Pfund/DM 3,111; Pfund/Dollar 1,3077; Pfund/DM 3,855.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 9.9.: In D-Mark 2,22507 (Parität 2,24184); in Dollar 0,75380 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 10.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Im Tagesverlauf leicht nachgebende DM-Depots führten am 10. September zu einer Erweiterung der Abschläge für Dollar gegen D-Mark per Termin.

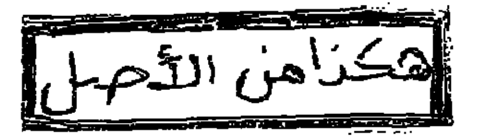
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,02–0,92	2,79–2,69	5,60–5,40
Pfund/Dollar	0,42–0,40	1,06–1,03	1,85–1,80
Pfund/DM	3,10–1,70	7,40–6,00	13,2–11,8
FF/DM	23–7	53–37	106–90

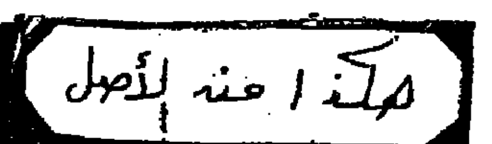
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 10.9.: Tagesgeld 4,55–4,60 Prozent; Monatsgeld 4,60–4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,80–4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon. 4,80 Prozent.

Privatdiskontsätze am 10.9.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–[illegible] Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 10.9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 8,00 ([illegible]) – 6,25 (5,26) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 ([illegible]5) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,24). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,70. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,80, Rendite 6,06.







Nichts hat den Menschen so mobil gemacht wie das Automobil.

Die Motorisierung hat unsere Welt verändert.

Das Automobil wurde nicht nur ein entscheidender Träger des technischen Fortschritts. Es hat auch den wirtschaftlichen und sozialen Strukturen ein neues Gepräge gegeben.

Wir verdanken dem Auto eine Mobilität, die uns heute als selbstverständlich erscheint, die wir für Arbeit und Beruf ebenso beanspruchen wie für Freizeit und Reisen. Rund 93% der im individuellen und öffentlichen Personenverkehr beförderten Personen fahren mit dem Auto.

Die unbestrittenen Vorteile des Automobils gegenüber anderen Verkehrsträgern sind: Flexibilität in der Routenwahl, Komfort, Unabhängigkeit von Fahrplänen und Witterung, die jederzeitige Verfügbarkeit, die Schnelligkeit und das Fahren von Haus zu Haus.

Das Automobil ist zu einem unverzichtbaren Bestandteil unseres Lebens geworden. Nicht zu Unrecht bedeutet es Lebensqualität.

Aber das Auto hat uns neben all seinen Vorteilen auch Nachteile gebracht.

Die starke Zunahme der Motorisierung und die dichte Besiedelung weiter Regionen machen die Suche nach Lösungen für mehr Verkehrssicherheit, weniger Energieverbrauch, geringere Schadstoff- und Geräuschemissionen immer dringlicher.

Von der Lösung dieser Probleme hängt die Zukunft des Autos und damit die Mobilität des Menschen ganz wesentlich ab.

Kreativität und Fortschrittlichkeit sind daher mehr denn je gefordert.

So sind wir ständig auf der Suche nach dem Besseren. Unsere Autos sollen immer noch sicherer, energiesparsamer und umweltfreundlicher werden, als sie es heute ohnehin schon sind.

Um damit die Mobilität des Menschen zu sichern und ihr eine neue Qualität zu geben.



DAIMLER-BENZ AG

Wo Ideologie die Fakten ersetzen soll

Weiterbildung, auch politische, scheint manchen Akteuren im Rampenlicht schwerzufallen. Ilse Brusis, DGB-Vorstandsmitglied und ehemalige hohe Funktionärin der GEW, hat dies kürzlich wieder bewiesen: In einer Zeit, in der die gemeinsamen Anstrengungen darauf gerichtet sind, möglichst allen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz zu verschaffen, stellt sie dieses Bemühen grundsätzlich in Frage und holt den ideologischen Ladenhüter der Ausbildungsplatz-Abgabe aus dem hintersten Regal hervor. Viel Staat soll wieder zum Rezept werden.

Öffentliche Finanzen zur Sicherung und Schaffung „zukunftsweisender" Ausbildungsplätze, Hilfen für kleinere Betriebe, um ihren Ausgebildeten auch über Bedarf hinaus einen Arbeitsplatz anzubieten, sowie als Schlagsahne obendrauf noch eine unbefristete Vollbeschäftigung im erlernten Beruf für alle Jugendlichen – so sieht die Traumwelt der Gewerkschafterin für ihr Ausbildungsparadies aus.

Spätestens im dritten Semester Volkswirtschaft würde sie lernen können, daß das Ergebnis allerdings nicht das Paradies, sondern die Hölle wäre. Denn eine auf diese Weise nicht mehr konkurrenzfähige Wirtschaft in einem sich wieder in die Verschuldung stürzenden Gemeinwesen würde bald überhaupt keine Ausbildungsplätze mehr anbieten können.

Frau Brusis beklagt, daß viele junge Menschen sich in Berufen ausbilden ließen, die keine Zukunftsaussichten mehr hätten. Doch was soll staatliche Lenkung daran ändern? Beratung, Aufklärung über Berufschancen müßten verbessert werden, um vor allem Mädchen aus ihrem Hang zu „typischen" Berufen wie Friseurin oder Sekretärin herauszubringen und in die zukunftsträchtigen gewerblich-technischen Bereiche zu locken.

Und im übrigen: Nicht die Betriebe sind zu kritisieren, die über Bedarf ausbilden. Auch nicht die Jugendlichen, die erst einmal eine Lehrstelle um jeden Preis suchen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Handfeste, nachprüfbare Zahlen beweisen, daß eine qualifizierte Ausbildung imnmer noch die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit geblieben ist. Die ausbildungsspezifische Arbeitslosenquote lag 1984 für Ungelernte bei 18,7 Prozent, für Fachkräfte hingegen nur bei 5,6 Prozent. Um es auf einen kurzen Nenner zu bringen: Das Risiko, arbeitslos zu werden, liegt bei Ungelernten dreimal höher als bei denen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Und angesichts der technologischen wie der demographischen Entwicklung muß man kein Prophet sein, um voraussagen zu können, daß sich diese Schere noch weiter öffnen wird. p. p.



Cable-car in San Francisco: Nachdenken vor Ort ist auch Programmziel FOTO: RUDOLF DIETRICH

Das Wissen um die gemeinsamen Werte soll nicht verlorengehen

Deutsch-amerikanischer Jugendaustausch / Auslandsmüdigkeit auch bei Erwachsenen

Zwei fröhliche junge Menschen lachen über den Spitzen der Golden Gate Bridge – mit diesem Plakat wirbt das „Parlamentarische Patenschafts-Programm" in diesem Jahr erneut für den deutsch-amerikanischen Jugendaustausch. Aus Anlaß des 300. Jahrestages der deutschen Einwanderung nach Nordamerika haben der US-Kongreß und der Bundestag 1983 diese Unternehmung gemeinsam ins Leben gerufen. Denn nicht im historischen Rückblick sollte sich die Freundschaft erschöpfen, sondern gestärkt werden durch das direkte Erlebnis der gemeinsamen Grundlagen politischer und kultureller Wertvorstellungen der jungen Generation beider Länder.

Bis zum 13. Oktober müssen die „Anforderungskarten", die es in Schulen, Kammern, Kultusministerien und Bundestag gibt, eingesandt sein, um ins Auswahlverfahren zu kommen. Interessierte Schüler müssen die 10. Klasse oder die Hauptschule abgeschlossen, das 16. Lebensjahr vollendet haben und dürfen am 1. August 1986 nicht älter als 18 Jahre sein. Junge Berufstätige müssen ihre Ausbildung spätestens am Tag der Abreise Ende Juli 1986 abgeschlossen haben, älter als 16, aber höchstens 21 Jahre alt sein.

Abgeordnete als Paten

Wer von den auswählenden Organisationen und dem jeweiligen „Paten"-Bundestagsabgeordneten ausgewählt wird, lebt durch ein Stipendium ein Jahr kostenlos bei einer Gastfamilie in den USA. Schüler besuchen dort eine High School, für junge Berufstätige sind Unterricht an einem Community College sowie ein Praktikum in einem amerikanischen Unternehmen vorgesehen.

334 deutsche Stipendiaten haben sich in der „Saison" 1984/85 in den USA aufgehalten, davon 48 junge Berufstätige. Im Gegenzug sind 247 amerikanische Jugendliche unter den gleichen Bedingungen in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Für das jetzt laufende Austausch-Jahr wurde von Bundestag und Kongreß eine Erhöhung auf 520 deutsche und 535 amerikanische Stipendien beschlossen. Dennoch ist diese Parlaments-Initiative auf beiden Seiten des Atlantiks nur eine von mehreren Aktionen zur Förderung des Jugendaustauschs zwischen beiden Ländern.

Wer das in beiden Gesellschaften in den vergangenen Jahren zunehmende Unverständnis für Geschichte und aktuelle Ereignisse beim Partner beobachtet hat, erkennt die Notwendigkeit gerade der Begegnung von Jugendlichen für eine auch in die Zukunft reichende Freundschaft. Während in Deutschland eine Generation heranwächst, die keine Erinnerung mehr an die Nachkriegszeit und die Befreiung Deutschlands durch die Amerikaner, an Care-Pakete und ersten Geh-Hilfen für die neue Demokratie hat, ziehen sich gleichzeitig in den USA die Emigranten und die Amerikaner, die in ihrer Jugend noch in Deutschland studiert haben und von Europa stark geprägt wurden, ins Privatleben zurück beziehungsweise sterben aus.

Um den lebensnotwendigen Austausch zu fördern, hat beispielsweise auch das Bundesjugendministerium ein Sonderprogramm aufgelegt. Für das Jahr 1983 gingen in kurzer Zeit 120 Anträge von Verbänden und Organisationen für Zuschüsse zum deutsch-amerikanischen Jugendaustausch ein. Obwohl schließlich 75 Programme für eine Förderung aus Sondermitteln des Bundesjugendplans ausgewählt wurden und eine Million Mark Haushaltsmittel zur Verfügung standen, konnten nur 45 Programme durchgeführt werden mit einem tatsächlichen Zuschuß von 569 000 Mark. Zu kurze Vorbereitungszeiten und organisatorische Schwierigkeiten waren die Gründe für die Reduzierung.

Wenn man jedoch die Bundesjugendplan-Globalmittel, die den deutschen Programmträgern im Rahmen von Richtlinien zur eigenen Entscheidung übergeben werden, in die Rechnung einbezieht, sah das Bild 1983 erheblich positiver aus: Insgesamt konnten mehr als 200 Programme mit mehr als 3500 deutschen und rund 2500 amerikanischen Teilnehmern unterstützt werden. 1984 setzte sich diese Entwicklung fort: Der Bundesjugendplan wies für diese Programme 1,5 Millionen Mark aus, die US-Regierung stellte 400 000 Dollar zur Verfügung. Weitere 120 spezielle Programme wurden, neben den global finanzierten, aufgelegt.

Abgesehen vom politisch gewollten gegenseitigen Kennenlernen und Verstehen haben die Austauschprogramme natürlich auch ganz handfeste Reize für die Teilnehmer: Sie erleben ein beeindruckendes Land, das sie ohne Stipendium möglicherweise nie erreichen würden, verbessern erheblich ihre Sprachkenntnisse – und haben im Beruf Startvorteile. Denn ein Auslandsaufenthalt wird angesichts der weitverbreiteten Auslands-Müdigkeit in der Wirtschaft meistens honoriert.

Familie als Klippe

Diese Auslands-Müdigkeit ist allerdings nicht auf junge Menschen begrenzt. Nach einer Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft beklagen die Unternehmen generell „eine zunehmende Immobilität und Auslandsmüdigkeit ihrer Mitarbeiter". Neben altbekannten Hemmnissen wie Familie, Freundeskreis und Hobby ist inzwischen mit erheblichem Gewicht der schwierig gewordene Arbeitsmarkt hinzugekommen, die Sorge, nach einem Auslandsaufenthalt nicht wieder in eine adäquate Stelle zurückwechseln zu können.

Die familiäre Klippe hingegen haben die meisten Großunternehmen inzwischen weitgehend erfolgreich umschifft: Trotz der enormen Umzugskosten, die je nach Entfernung zwischen 50 000 und 100 000 Mark liegen – einschließlich Rückkehr –, legen sie inzwischen viel Wert darauf, für einen längerfristigen Aufenthalt die Familie des Mitarbeiters mitzuschicken. Das Institut: „Der familiäre Rahmen gilt vielen Firmen offenbar als unverzichtbare Voraussetzung dafür, daß der Auslandseinsatz einigermaßen problemlos verläuft."

PETER PHILIPPS

1000 Wörter für erwachsene Analphabeten

p. p. Bonn

Nach einem ersten ungläubigen Erschrecken hat sich in unserer Gesellschaft langsam herumgesprochen, daß auch ein hochindustrialisiertes Land wie Deutschland mit jahrzehntelanger Schulpflicht eine größere Zahl Analphabeten unter seinen Bürgern hat. Nach Schätzungen der deutschen Unesco-Kommission gibt es rund drei Millionen erwachsene Analphabeten in der Bundesrepublik. Der Bochumer Pädagogik-Professor Knoll geht allein im Ruhrgebiet von etwa 300 000 Menschen aus, die nicht lesen und schreiben können.

Unverändert jedoch bleibt die problematische Tatsache, daß sich vornehmlich Psychologen und Soziologen, nicht aber die eigentlich prädestinierten Pädagogen der Alphabetisierung dieser Erwachsenen angenommen haben. Es kann nicht überraschen, daß es ihnen dann eben auch vornehmlich um die „Sozialisierung" dieser Bevölkerungsgruppe geht. Erst allmählich werden spezielle, auf Erwachsene zugeschnittene Lese- und Schreibkurse (Verlag Dürrsche Buchhandlung) von Pädagogen für Volkshochschulen entwickelt. Dabei wird der Begriff Analphabet wörtlich genommen, d. h. es werden keinerlei Buchstabenkenntnisse vorausgesetzt und in einer schmalen Fibel der Einstieg über das persönliche Umfeld der „Schüler" gesucht. Am Ende steht die aktive Beherrschung von 1000 Wörtern.

EDV-Ausbildung auch ohne Abitur

J. R. Isny

Der stetig wachsende EDV-Markt hat zu einer großen Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt für Hard- und Software-Experten geführt. Doch während die Hochschulen schon seit längerem entsprechende Studiengänge anbieten – und die Ausbildung nur durch den explosionsartig gestiegenen Andrang bei einem gleichzeitigen Mangel an Lehrkräften behindert wird –, gibt es bei der entsprechenden Berufsausbildung für Interessenten mit mittlerem Bildungsabschluß erhebliche Lücken. Die naturwissenschaftlich-technische Akademie Grübler in Isny im Allgäu hat diese Marktlücke genutzt: In diesem Herbst bietet die inzwischen 40 Jahre alte Akademie im Berufskolleg erstmals den Ausbildungsgang zum staatlich geprüften „Datentechnischen Assistenten" an. Als Eingangsvoraussetzung genügt der Schulabschluß der Mittleren Reife, doch im Allgäu rechnet man damit, daß die zweijährige Berufsausbildung wahrscheinlich auch sehr viele Abiturienten anziehen wird.

Das Schwergewicht des Unterrichts, der von den heimischen Berufskolleg-Lehrern sowie Fachhochschul-Professoren und Fachleuten aus der datenverarbeitenden Industrie geleitet wird, liegt auf der praktischen Betätigung. Eine Besonderheit gab es in Isny übrigens schon, bevor in Bonn die Elite-Förderung entdeckt wurde: Wer hier die Fachhochschulreife erwirbt, erhält für das anschließende achtsemestrige Studium zum Diplom-Ingenieur ein Stipendium.

Frauen scheuen zurück vor technischen Berufen

Weiterbildung muß familiäre Situation berücksichtigen

GEORGE P. OGDEN, Berlin

„Frauen stark in der Weiterbildung", auf diese Kurzformel hat kürzlich der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) die in seinem Berufs- und Weiterbildungsbericht nachweisbaren Tendenzen gebracht. Drei Viertel aller Weiterbildungsprüfungen der Industrie- und Handelskammern werden inzwischen von Frauen abgelegt – wobei die Sekretärinnen-Prüfung eine absolute Frauen-Domäne geblieben ist: Unter den 1748 Prüflingen des vergangenen Jahres war kein einziger Sekretär.

In der insgesamt positiven Tendenz zeigt sich, daß der notwendige Wandel bei der Einschätzung von Frauenarbeit seinen Ausdruck auch auf diesem Feld findet. Denn gerade der Bereich der beruflichen Weiterbildung ermöglicht es Frauen häufig erst, mit den Männern konkurrieren zu können. In seinen gerade verabschiedeten „Empfehlungen zur Weiterbildung von Frauen" verweist das Berliner „Bundesinstitut für Berufsbildung" in diesem Zusammenhang darauf, daß eben „viele Frauen in der Lebensphase, in der Männer durch Weiterbildung ihre beruflichen Entwicklungschancen ausbauen, andere Schwerpunkte" setzen, aus familiären Gründen mittel- oder längerfristig aus dem Beruf ausscheiden.

Dabei wird in den „Empfehlungen" vor spezifischen Weiterbildungsmaßnahmen gewarnt, die ausschließlich auf Frauen oder Männer ausgerichtet sind. Denn sie würden „die berufliche Diskriminierung von Frauen verstärken", heißt es, auch wenn eingeräumt wird, daß bei der Weiterbildung „die familiären Verpflichtungen der Frauen ausreichend berücksichtigt" werden müßten. Gefordert wird von dem Berliner Institut insgesamt vor allem eine mehr als bisher „umfassende Information über das vorhandene Weiterbildungsangebot und eine stärker personenbezogene Beratung". Denn nur so könne „die erhöhte Beteiligung von Frauen an Weiterbildung, insbesondere des gewerblich-technischen Bereichs, erreicht" werden.

Daß eben diese Umorientierung der Mädchen und Frauen von ihren traditionellen Domänen weg zum gewerblich-technischen Bereich dringend erforderlich ist, zeigen schon die jährlichen Bilder des Lehrstellen-Marktes. In der Weiterbildung sieht dies nicht anders aus: Die DIHT-Statistik zeigt, daß beispielsweise bei den Kammer-Prüfungen zum Organisator und zum Verkehrsfachwirt die Frauen mit Anteilen von 10,1 bzw. 11,6 Prozent hoffnungslos in der Minderheit sind.

Das Berliner Bundesinstitut empfiehlt deshalb auch: „Um den Zugang von Frauen zu technisch-gewerblichen Berufen zu erleichtern und den Anteil von Frauen an der entsprechenden Weiterbildung zu erhöhen, sollen Träger von Weiterbildung für ihre Umschulungsangebote Vorbereitungsmaßnahmen schaffen." In der Umschulung selber solle dann „durch geeignete zusätzliche Förderangebote in den für Frauen ungewohnten Lernbereichen erreicht werden, daß sie die angestrebten Qualifikationen erreichen".

Eine immer stärker technisierte Umwelt hat sogar bei weiblichen Jugendlichen noch nicht die überkommene Scheu vor der Technik abbauen können, wie Jugend-Studien auch in den vergangenen Jahren regelmäßig belegt haben. Noch immer sind die Frauen überwiegend auf den kaufmännischen Bereich hin ausgerichtet. Allein hier ist es ihnen gelungen, inzwischen in ursprünglichen Männer-Domänen weitgehend gleichzuziehen: Die DIHT-Zahlen weisen aus, daß etwa im vergangenen Jahr die Frauen bei den Abschlußprüfungen zu den von der Wirtschaft stark gefragten Berufen „Bilanzbuchhalter" und „Fachkraft für Datenverarbeitung" mit 47,1 bzw. 48,8 Prozent etwa einen gleich großen Anteil der Absolventen stellten wie die Männer.

Technik als Unterrichtsfach

England und Frankreich schon weiter in der Entwicklung

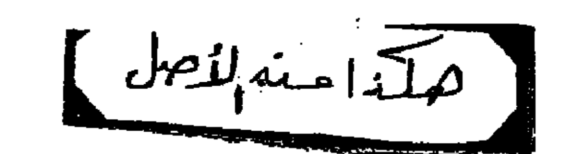
JAMES ROVER, Bonn

Angesichts der beschleunigten technischen Entwicklung wird in der Bundesrepublik Deutschland immer intensiver die Frage eines eigenständigen Technik-Unterrichts in den allgemeinbildenden Schulen diskutiert. Bisher steht dieses Fach hierzulande nur auf den Stundenplänen von Haupt- und Gesamtschulen. Für eine zusätzliche Entscheidungsgrundlage hat das Bundesbildungsministerium den Verein Deutscher Ingenieure (VDI) mit einem Gutachten über die Lage in den vergleichbaren Ländern Frankreich und England beauftragt.

Dabei hat sich herausgestellt, daß in beiden Staaten der „technischen Bildung" ein hoher Stellenwert im Rahmen der Allgemeinbildung an den Schulen eingeräumt wird. Während dort – ähnlich wie in Deutschland – in der Primarstufe technische Inhalte nur punktuell thematisiert werden, wird in der Sekundarstufe I ein regulärer Technikunterricht angeboten. In England ist dies Wahlpflichtfach und steht in Konkurrenz zur Alternative: zweite Fremdsprache. In Frankreich gehört Technik sogar zum Pflichtbereich der gesamten Sekundarstufe I. Das zusätzliche Wahlpflichtangebot „Technologie" für die 8. und 9. Klassen ist in den Lehrplänen 1984 hingegen nur mit drei Wochenstunden angesetzt. Beide Länder verfügen bereits über eine ausgebaute Infrastruktur zur entsprechenden Lehrer-Fortbildung.

In Frankreich findet Technikunterricht fast ausschließlich in Form eines eigenen Faches statt. Daneben läuft derzeit ein Versuchsprogramm zur Einführung von Mikrocomputern als „transversales Medium", womit alle Fächer, einschließlich des Technikunterrichts, erfaßt werden sollen.

In England ist wegen der curricularen Autonomie der einzelnen Schulen die Situation komplexer. Doch auch hier ist die eindeutige Tendenz festgestellt worden, Technik in einem eigenständigen Fach zu vermitteln.



Eignungstest steht vor Ausbildung zum Reiseleiter

E. S. **München**

Auf dem deutschen Reisemarkt werden jährlich etwa 10 000 Reiseleiter gesucht. Dabei bilden die traditionellen Reiseveranstalter ihre Mitarbeiter zwar spezifisch für ihre Firmenbelange aus, doch auch hier fehlt häufig die Vermittlung allgemeiner Grundkenntnisse. Bei den meisten Busunternehmern fehlen sogar alle Möglichkeiten zur Ausbildung.

Hinzu kommt bei vielen Abiturienten, daß sie aus Abenteuerlust oder von Prospekten und Filmen angelockt mit phantastischen Vorstellungen, aber ohne Eignung in diese Berufssparte drängen. Das Touristische Bildungszentrum Boventer in München hat deshalb inzwischen einen dreistufigen Ausbildungsplan entwickelt, der mit einem umfangreichen Eignungstest gleich zu Beginn die Spreu vom Weizen trennt. Es folgt ein Grundseminar, in dem sich die speziellen Neigungen herausbilden können, und in der dritten Stufe zwei getrennte Lehrgänge für Reiseleiter und Animateure. Zwischen Herbst 1985 und Frühjahr 1986 soll die Ausbildung abgewickelt werden.

Strategisches Marketing für Unternehmensziel

lm. **Böblingen**

Das Horst-Rückle-Team bietet auf der diesjährigen „Marketing-Services" in Frankfurt (Halle 9.1, Stand E 20) wieder zwei Workshops am 24. Oktober an: Themen sind „Neue Wege im kooperativen Marketing zwischen Hersteller und Handel" sowie „Vom Unternehmensziel durch unternehmensspezifisches Training zur Zielerreichung". Der erfolgreiche Anbieter auf dem Weiterbildungsmarkt sieht in dem Frankfurter Motto „Menschen für Märkte von morgen" genau die eigene Trainingsphilosophie anklingen. Rückle: „Unsere Erfahrungen waren so positiv, daß wir dieses Forum auch in diesem Jahr wieder nutzen wollen, um unsere Leistungen im Verhaltenstraining zu präsentieren." Mit Gästen aus der Wirtschaft und Professor Hermann Simon von der Universität Bielefeld soll am 25. Oktober darüber hinaus während einer Podiumsdiskussion im Kommunikationszentrum der Veranstaltung das Thema diskutiert werden „Wege zur Unternehmenszielerreichung: Strategisches Marketing und Aktivierung der Humanressourcen".

Betriebswirte suchen praxisnahe Ausbildung

Hochschule Lüneburg hat neuen Studiengang entwickelt

Die einstmals schönen Berufsaussichten verdunkeln sich auch für die Betriebswirte. Die Relation zwischen zu besetzenden Stellen und der Zahl der Hochschul-Absolventen verschlechtert sich ähnlich, wie dies seit längerem bei Lehrern, Juristen und Medizinern geschieht.

Rund 200 000 Wirtschaftsakademiker sind zur Zeit in Verwaltungen und Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt. 60 Prozent von ihnen sind jünger als vierzig Jahre, werden also in absehbarer Zeit ihren Platz nicht dem Nachwuchs räumen. Doch ihnen stehen rund 85 000 Studenten gegenüber, von denen jährlich etwa 10 000 Examen machen und auf den Arbeitsmarkt drängen. Das Ergebnis ist eine für Akademiker relativ hohe Arbeitslosen-Quote: Rund 11 000 Wirtschaftswissenschaftler waren Ende September 1984 arbeitslos – Tendenz steigend. Ein Jahr zuvor waren es nur gut 7000. Und jeder dritte arbeitslose Wirtschaftswissenschaftler ist ein Berufsanfänger, wobei die meisten nicht aus den „harten", sondern den sozialwissenschaftlichen Fächern kommen.

Vor allem die restriktive Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst wird dafür sorgen, daß sich unabhängig von wirtschaftlichen Entwicklungen hier nichts ändern wird. Denn 30 Prozent der Wirtschaftswissenschaftler sind in diesem Bereich tätig, 35 Prozent in der Industrie, 15 Prozent beim Handel und 18 Prozent im Dienstleistungsbereich von Wirtschaftsberatern bis zu Kammern und Verbänden.

Doch diese Situation führt zugleich dazu, daß Überlegungen über ein stärker berufs- und praxisbezogenes Studium angestellt werden, um die Startchancen des Nachwuchses zu verbessern. Zu den ersten nachhaltigen Reaktionen gehört ein von der Hochschule Lüneburg neu angebotener Studiengang. Er zielt insbesondere auf die Anforderungen der mittelständischen Wirtschaft, bei der es einen seit Jahren stetigen Trend gibt, statt – wie bisher – vor allem Praktiker junge Akademiker in die Spitzenpositionen zu berufen.

Mit Beginn des Sommersemesters stand der neue achtsemestrige Studiengang Betriebswirtschaftslehre zur Verfügung, an dessen Ende auch hier der Diplomkaufmann steht. Doch in Lüneburg wird schon während der Ausbildung das Schwergewicht auf die Anforderungen aus dem Führungsbereich der mittelständischen Wirtschaft gelegt. Sieben „Maximen" geben die erforderlichen Eckdaten: wissenschaftliche Fundierung, Betonung von Führungs- und Entscheidungsaufgaben, Vermeidung zu hoher Spezialisierung, Praxisbezug, Vergleichbarkeit mit der betriebswirtschaftlichen Ausbildung an anderen Hochschulen, verstärkte rechtswissenschaftliche Ergänzung, Vertiefung wirtschaftsbezogener Fremdsprachenkenntnisse.

Im viersemestrigen Grundstudium stehen auf dem Stundenplan Basiswissen in Mathematik und Statistik, Betriebs- und Volkswirtschaft, Jura, EDV, Grundlagen in Kommunikation und Führung sowie Grundkurse in zwei von den drei zur Auswahl stehenden Sprachen Englisch, Französisch und Spanisch. Im ebenso langen Hauptstudium treten neben drei Kernfächer der Betriebswirtschaftslehre (interne, finanzielle und marktorientierte Unternehmenssteuerung) Vertiefungen in Volkswirtschaft und Rechtswissenschaften sowie den Sprachen und EDV. Vor allem aber ist in den letzten Semestern des Studiums ein viermonatiges Praktikum obligatorisch.

600 bis 800 künftige Akademiker werden in Lüneburg angesichts der Größe der Hochschule als realistische Studentenzahl für diesen Studiengang angesehen. Jährlich würden dann etwa 150 fertige, praxisorientiert ausgebildete Betriebswirte die Anstalt verlassen, die eigentlich bei einem geschätzten Bedarf der mittelständischen Wirtschaft an jährlich 2000 bis 4000 Führungskräften aufgrund ihres Werdegangs gute Arbeitsmarkt-Chancen besitzen müßten.

Für alle, die generell an einem wirtschaftswissenschaftlichen Studium interessiert sind, ist vom Institut für Berufs- und Ausbildungsplanung (in 4. Auflage) die Publikation „Die Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten" auf den Markt gebracht worden. Auf Fragen nach beruflichen Möglichkeiten, Studieninhalten und einer frühzeitig am späteren Berufsziel orientierten Planung des Studiums werden Antworten gegeben.

HARALD WATERMANN

Der Unterricht im Fach Chemie soll verbessert werden

J. M. **Stuttgart**

Zum zweiten Mal nach 1983 finden vom 1. bis zum 5. Oktober unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Manfred Rommel die „Stuttgarter Chemietage" statt. Das veranstaltende Institut Flad, eine staatlich anerkannte Berufsfachschule für chemisch-technische Assistenten, will dabei in diesem Herbst die „Analytische Chemie" in den Mittelpunkt stellen. Teilnehmer an diesem Seminar werden unter anderem in Theorie und Praxis mit der Röntgenfluoreszenz-Analyse vertraut gemacht sowie mit der Nutzung von Datenbanken. Außerdem werden Experten aus England und Frankreich über ihre heimische Ausbildung und den Berufseinsatz im Bereich der Chemie berichten. Die Dozenten des Chemischen Institutes Flad wollen auch mit Kollegen aus allgemeinbildenden Schulen über Inhalte zeitgemäßen Unterrichts in analytischer Chemie in Deutschland diskutieren. Insgesamt geht es also in Stuttgart um die Fortentwicklung des Chemieunterrichts sowie die Vermittlung moderner chemischer Analyseverfahren.

Koreanische Lehrer lernen CAD in Deutschland

sb. **Stuttgart**

Koreanische Gewerbelehrer und Dozenten sind im Rahmen eines Studienaufenthalts während eines dreitägigen Praxisseminars beim Seeber-Technikum in Remseck (bei Stuttgart) über computergestütztes Konstruieren (CAD) informiert worden. Vor allem haben die Maschinenbau- und Elektroingenieure aus dem Fernen Osten dabei die Möglichkeiten der praktischen Computer-Erprobung genutzt. Derartige Fortbildungsmaßnahmen mit Konstruktionslehrgängen werden in der Bundesrepublik zum Teil auch finanziell von den Arbeitsämtern gefördert, auf jeden Fall jedoch in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern durchgeführt. Außerdem bietet die Firma einzelnen Betrieben auf die jeweiligen Ansprüche zugeschnittene spezifische Lehrgänge in einer Dauer von vier bis 14 Tagen an. Schulleiter Seeber demonstriert Flexibilität: „Auch an welchen Tagen geschult werden soll und an welchen Tagen der Betrieb seine Konstrukteure vielleicht dringend braucht – das kann alles eingerichtet werden."

Arbeitnehmer und Wirtschaft zahlen immer mehr für Bildung

Keine Transparenz bei individuellen Aufwendungen / Investitionen in die Zukunft

Bildung zum Nulltarif ist fast ausgeschlossen. Dies ist in den Diskussionen der vergangenen Jahre, vor allem wenn es um den Lehrstellenmarkt ging, häufig fast vollständig vergessen worden. Nur im Bereich der Hochschulen ist diese Wahrheit angesichts klammer öffentlicher Kassen allmählich wieder ins Bewußtsein gerückt. Fast ausschließlich für diesen Bereich gibt es ein allgemeines öffentliches Bewußtsein für Bildungskosten.

Dabei wenden viele Arbeitnehmer bereits erhebliche Summen für ihre individuelle Weiterbildung auf, die nur zum Teil über Steuerrückerstattungen oder direkte staatliche Förderungsmaßnahmen ausgeglichen werden können. Das Berliner „Bundes-Institut für Berufsbildung" hat kürzlich eine umfangreiche Untersuchung über die Weiterbildungsaufwendungen vorgelegt. Dabei beruhen die Ergebnisse auf Erhebungen bei Teilnehmern an Vollzeit-, Abend- und Fernlehrgängen mit den Abschlußzielen Abitur, Techniker und Betriebswirt. Diese Beschränkung wurde bewußt vorgenommen, um für alle Arten der Weiterbildung eine Art Pilot-Studie schaffen zu können.

Leistungsvergleich fehlt

Die Gesamtlehrgangsgebühren erreichen dabei eine Bandbreite von 2000 bis 9552 Mark, wobei die Höhe der Gebühren noch nichts über die jeweilige Preiswürdigkeit aussagt. Denn der Umfang der von jedem Fortbildungsinstitut erbrachten Bildungsleistung ist in diesem Zusammenhang noch nicht bewertet worden. Seine Feststellung hätte die Studie gesprengt: Auch Abbruchs- und Erfolgsquoten, Abbruchsverläufe und -gründe sowie die anschließend erreichte Berufs- und Einkommenssituation wären zu untersuchen und zu gewichten gewesen. Dennoch ergibt sich für die Untersuchenden die Konsequenz, daß „ein solcher Leistungsvergleich, dem sich auch die für die Teilnehmer kostenfreien staatlichen Angebote stellen müßten, im Sinne einer Transparenz für zukünftige Bildungsinteressenten wichtig wäre".

Die monatlichen zusätzlichen Kosten für Lern- und Arbeitsmittel bewegen sich ebenfalls in unterschiedlichen Größenordnungen: Bei Vollzeitunterricht reichten die Angaben von null bis 280 Mark, bei Teilzeitunterricht von drei bis 110 Mark, bei Fernunterricht von fünf bis 85 Mark. Hinzu kommen regelmäßige Fahrtkosten – am geringsten natürlich für Schüler von Fernlehrgängen –, für diese vor allem aber Übernachtungskosten bei Blockseminaren. Zwischen 40 und 360 Stunden unbezahlte Arbeitsfreistellungen mußten teilweise ebenfalls eingerechnet werden.

Aus diesen und einigen Nebenfaktoren ergaben sich zum Teil erhebliche persönliche Aufwendungen. In fünf Kostenbereichen liegt demnach, je nach Fortbildungsgang, das Schwergewicht: 1000 bis 2000 Mark, 4000 bis 5000 Mark, 7500 bis 10 000 Mark, 15 000 bis 20 000 Mark und 20 000 bis 25 000 Mark – wobei die beiden letzten Kostenrahmen fast ausschließlich für Techniker im Vollzeitunterricht erreicht wurden. Einige Techniker und Betriebswirte errechneten unter dem Strich sogar Aufwendungen bis zu 50 000 Mark.

Sehr viel klarer und einfacher läßt sich darstellen, was die private Wirtschaft für die Ausbildung ihres Nachwuchses aufwenden muß. Nach mehr als zehnjähriger Pause hatten das Berliner Institut und das unternehmernahe Institut der deutschen Wirtschaft vor zwei Jahren – übereinstimmende – Daten über die Ausbildungskosten veröffentlicht. Auf der Basis des Jahres 1980 lagen demnach die Brutto-Kosten im Durchschnitt je Auszubildenden bei 16 000 bis 17 000 Mark. Davon entfielen 45 bis 48 Prozent auf die Personalkosten für den Lehrling, mit 41 bis 43 Prozent lagen die anteiligen Kosten für die Ausbilder fast genauso hoch. Die restlichen elf bis zwölf Prozent ergaben sich im Bereich Anlage- und Sachkosten.

Inzwischen liegt eine aktuelle Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft vor: Fast 38 Milliarden Mark brutto (netto: 31,5) hat die private Wirtschaft im Jahre 1984 in die Aus- und Weiterbildung investiert. Damit haben sich, so die Studie, „die Brutto-Bildungsausgaben gegenüber 1972 mehr als verdreifacht". Auf Netto-Basis, also abzüglich der von den Auszubildenden erwirtschafteten Erträge, wurden 31 Prozent der Gesamtkosten für die Weiterbildung (1972: 27 Prozent) und 69 Prozent für die Berufsausbildung aufgewendet.

Dabei hat naturgemäß allein schon die Rekordzahl der Lehrlinge, die wie im laufenden Jahr weit über den eigentlichen Ersatzbedarf hinausgeht, die Gesamtkosten in die Höhe getrieben. Aber auch die Aufwendungen je Auszubildenden sind rapide nach oben geklettert:

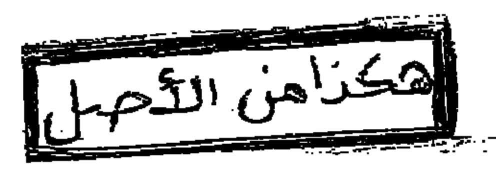
Lehrlinge immer teurer

Kostete im Jahre 1972 ein Lehrling noch durchschnittlich 4387 Mark, so waren es 1980 bereits 10 289 Mark und 1984 12 915 Mark, also rund dreimal so viel wie zwölf Jahre zuvor. Die wesentliche Ursache hierfür liegt weniger in den gestiegenen tariflichen Ausbildungsvergütungen als vielmehr darin begründet, daß die Auszubildenden in den Betrieben immer älter werden, zu mehr als der Hälfte inzwischen älter als 18 Jahre sind. Für zahlreiche Tarifverträge ist dieses Alter aber die „Schallmauer", nach deren Überschreitung automatisch höhere Entgelte zu zahlen sind.

Während dieser Sektor aber eher in den Bereich der Zukunftsinvestitionen fällt, wird die vom wirtschaftlichen Strukturwandel verursachte Weiterbildung der Mitarbeiter als betriebliche Investition im Rahmen der Personalentwicklung verstanden. Daß Arbeitnehmer wie auch Unternehmen die Bedeutung dieser Qualifikationssteigerung erkannt haben, läßt sich ebenfalls anhand der Kostenentwicklung nachvollziehen: Die Ausgaben der privaten Wirtschaft für Weiterbildung je Erwerbstätigen stiegen von 80 Mark im Jahre 1972 auf 365 Mark im vergangenen Jahr, also auf mehr als das Vierfache. Unter Berücksichtigung des Preisindex für das Bruttosozialprodukt ergibt sich eine reale Erhöhung der Weiterbildungsausgaben um 160 Prozent.

Auch eine weitere Bezugsgröße, so das Institut der deutschen Wirtschaft, „verdeutlicht die immensen Bildungsanstrengungen der deutschen Wirtschaft: Beziffert die ‚Sachverständigenkommission Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung' die Bruttoausgaben der privaten Wirtschaft für 1972 auf 1,4 Prozent des Bruttosozialprodukts, waren es 1983 schon 2,3 Prozent".

PETER PHILIPPS



Von Anfang an dabei (8): Chris Howland, der Vater aller TV-Discjockeys

Premiere mit zermanschten Eiern

An die Ereignisse, die meiner allerersten Fernseh-Show vorausgingen, erinnere ich mich noch sehr genau: Eines Tages im Jahre 1953, es war gegen drei Uhr nachmittags, klingelte das Telefon in meinem Büro im Studio des britischen Militärsenders BFN in Hamburg. „Guten Tag", begrüßte mich eine Stimme am anderen Ende der Leitung, „spreche ich mit Mr. Howland?" Ich bejahte und fragte, was ich denn für den unbekannten Anrufer tun könnte.

„Glauben Sie, daß Sie eine Sendung für das deutsche Fernsehen machen können?", fragte mich die Stimme. Darüber mußte ich eine ganze Weile nachdenken. „Ja", sagte ich schließlich. „Ich glaube, ich könnte das einmal versuchen." Die Tatsache, daß ich nie zuvor in meinem Leben eine Fernsehkamera gesehen hatte, machte mir zu gar keine Sorgen. „Wann wollen Sie die Sendung machen?"

„Heute abend um neun Uhr. Im Bunker auf dem Heiligengeistfeld. Würden Sie freundlicherweise eine Stunde vorher hier sein?"

Als ich aufgelegt hatte, saß ich einige Minuten ganz still auf meinem Stuhl und dachte nach. Auf was hatte ich mich da bloß so leichtfertig eingelassen? Und was um alles in der Welt sollte ich bloß tun in dieser Sendung? Reden war nicht gut möglich – schließlich sprach ich kaum ein Wort Deutsch. Nun ja, mit Ausnahme der nicht stubenreinen Schimpfwörter, die jeder als erste in einer Fremdsprache lernt. Aber die konnte ich ja nicht vor der laufenden Kamera zum besten geben.

Nach längerem Nachdenken beschloß ich, Schallplatten abzuspielen – das hatte ich ja beim BFN gelernt – und kurze, pantomimenartige Sketche zur Musik zu machen. Ich rannte hinunter ins Schallarchiv und wählte acht Platten aus. Bis auf eine Ausnahme weiß ich heute nicht mehr, was ich da in aller Eile zusammengesucht habe. Diese eine Ausnahme war eine Komposition von Hoagy Carmichael. Sie hieß „The Monkey Song" – Das Affenlied. Der Text wurde in einem wahnwitzigen Tempo vorgetragen, und mir hatte das Lied schon immer so gut gefallen, daß ich es auswendig gelernt hatte. Wenn ich damals gewußt hätte, wie froh ich eines Tages darüber sein sollte!

Ich hatte vor, das Lied pantomimisch darzustellen und die Lippen synchron zum Text zu bewegen. Ich glaube, damit war ich der erste im deutschen Fernsehen, der das Playback benutzt hatte. Den Text zum „Monkey Song" kenne ich übrigens heute noch!

Für die anderen Musiknummern dachte ich mir kleine Drei-Minuten-Geschichten aus – ohne dabei selber zu sprechen. Irgend etwas mußte ich ja schließlich tun, während die Platte ablief. So versuchte ich zum Beispiel, einen Omelette-Teig in einem elektrischen Mixer zu rühren. Natürlich flog mir der ganze Brei ins Gesicht.

Bei einer anderen Schallplatte wechselte ich vor laufender Kamera von einem Anzug in den anderen. Das Schwierige dabei war, den Zuschauern meine Unterwäsche nicht zu zeigen. Schließlich versuchte ich noch, zwei Bilder so an die Wand zu nageln, daß sie gerade nebeneinander hingen. Das sollte mir natürlich absichtlich mißlingen – was wiederum kaum Schwierigkeiten bereitete. Bilder gerade aufzuhängen habe ich bis heute nicht gelernt.

Ich beendete meine erste Fernsehsendung, indem ich einige Schallplatten an meinem Kopf zerschlug – in jenen Tagen waren die Scheiben noch aus Schellack gemacht; dauerhafte Verletzungen habe ich also nicht zurückbehalten. Der Höhepunkt meiner Bildschirmpremiere war dann der „Monkey Song", und ich kann besten Gewissens sagen: so lippensynchron habe ich seit jener Zeit nie mehr gesungen.

Nur eines war schade: das Programm, das mir soviel Lampenfieber bereitet und mich soviel Schweiß gekostet hat, war im Handumdrehen vorbei. Und damit, so glaubte ich jedenfalls, auch mein Gastspiel beim Fernsehen.



Erster Playback-Sänger im deutschen Fernsehen: Chris Howland FOTO: DIE WELT

Irrtum: ein paar Tage nach der Show rief mich Werner Pleister, zu dieser Zeit bereits Intendant beim NWDR, an und fragte mich, ob ich nicht jede Woche eine solche Sendung machen wollte. Die Antwort brauchte ich mir dieses Mal nicht lange zu überlegen. Rückblickend auf mehr als ein Vierteljahrhundert TV-Erfahrung muß ich feststellen: ich habe nach meiner TV-Premiere mit zermanschten Eiern und zerschlagenen Schallplatten eigentlich nie mehr etwas wesentlich anderes gemacht!

CHRIS HOWLAND

Am 17. 9. berichtet Peter von Zahn über seine Zeit als erster deutscher TV-Korrespondent im Ausland.

KRITIK

Ein Kutter verschwindet

Was vor nunmehr gut elf Jahren, am 8. Februar 1974, nahe dem russischen Eismeer, während eines NATO-Manövers, geschah, ließ die Reporter Tom Keene und Brian Haynes nicht mehr zur Ruhe kommen: Der britische Trawler „Gaul" verschwand spurlos vor Norwegens Küste. Weder Leichen noch Wrackteile wurden gefunden.

Hatte der britische Geheimdienst bei diesem mysteriösen Ereignis seine Hände im Spiel? rätselte die Presse. Fieberhaft machten sich die beiden Autoren ans Werk, wobei sie ihre Recherchen mit prickelnder Phantasie würzten und die abenteuerliche Geschichte des Kutters „Caistor" schufen. Die erste Folge der Serie, von der BBC produziert, erreichte nunmehr den deutschen Zuschauer – und man war angenehm überrascht.

Schlichter, zugleich erregender, als Keene und Haynes dies gelang, hätte uns wohl keiner auf die Serie und auf die große Suche nach dem **Spionageschiff** (ARD) einstimmen können. Knappe Szenen, treffende Charaktere, harte und zarte menschliche Beziehungen, knisternde Stimmungen und kalt kalkulierte Geheimdienstmachenschaften.

Dazwischen, dem Zuschauerblick vorerst nur spärlich freigegeben, die Dramatik an Bord des bedrängten 1000 Tonnen-Schiffs. Ein sechsteiliges Rätsel nahm jedenfalls einen vielversprechenden Anfang.

HERMANN A. GRIESSER

Szenen einer Familie

Man fragt sich, warum die **Wochenendgeschichten** (ARD), die so sympathisch begonnen hatten, so unerwartet von 20.15 Uhr auf 23 Uhr verlegt wurden. Nach der 5. Folge, die jetzt unter dem Titel „Geburtstag" gesendet wurde, weiß man's immer noch nicht, aber die späte Sendezeit hat sicherlich manchen vor dieser Folge bewahrt. Denn mit ihrer schier unerträglichen Geschichte hat die Autorin Hilde Lermann einen argen Mißgriff getan.

So kann man keinen Buñuel vom Blatt spielen. Ihre Bourgeoisie, die da in Gestalt von Töchtern nebst Ehemännern zu Vaters Geburtstagsfeier anreist, entbehrt nun wirklich jeden Charmes. Sie finden sich schon am Vorabend ein und feiern auf albernste Faschingsweise diesen Geburtstag des Gerichtspräsidenten i. R. Reger (Adolph Spalinger) am mürrischen Jubilar vorbei.

Der nun verlustiert sich noch einmal vor dem mitternächtlichen Torschluß am aufgestörten Dienstmädchen, und als es danach zwölf schlägt, entringen sich ihm die goldenen Worte: „Scheiße, jetzt bin ich siebzig." Er hatte schon einmal etwas ganz Normales gefragt angesichts der Turbulenz im Haus: „Bin ich denn hier in einem Irrenhaus?" Der Zuschauer hätte es ihm gern bestätigt. Als am Jubeltag selbst die „Kinder" sich nur noch gegenseitig in die Haare kriegen, hat das Ereignis seinen tiefsten Höhepunkt erreicht.

WALTER DEPPISCH





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 WISO
10.35 Treffpunkt Leipzig
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
Schlechte Medizin
15.25 Jim Knopf und die Wilde 13
3. Teil: Von der Wüste nach China
15.55 Wolff und Rüffel
16.00 Tagesschau
16.10 Schauplatz: Arenal
„Playground" für Millionen
Film von Anderas Jacobsen
Bis zu 45 000 Menschen finden sich in der Hochsaison täglich an Mallorcas „Playa de Palma" ein. Diese sechs Kilometer lange Sandbucht bietet mit Ihren Hotelsilos, Discos, und hübschen Mädchen seit über 25 Jahren ihren Besuchern sommerliche Abwechslung.
16.55 Janosik, Held der Berge
Polnische Abenteuerserie (10)
17.45 Nudnik
Flops pflastern seinen Weg
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Offizier und die Puppe
Fernsehfilm von Claude Whatham nach dem Kurzroman „Die Hauptmannspuppe" von D. H. Lawrence
Mit Jeremy Irons, Gila von Weitershausen u. a.
22.00 Brennpunkt
Wende-Manöver – Der Kanzler zum sozialen Frieden
Wolf Feller und Ernst Dieter Lueg befragen Bundeskanzler Helmut Kohl
22.30 Tagesthemen
23.00 ARD-Sport extra
Fußball-Weltmeisterschafts- Qualifikationsspiele
„DDR" – Frankreich in Leipzig
Polen – Belgien in Chorzow
England – Rumänien in London
23.45 Einsatz in Manhattan
Das 20-Millionen-Ding
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Neues aus Uhlenbusch
Die Gewitterfreundschaft
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Unser Fräulein Lehrer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das Haus am Eaton Place
Miss Forrest
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
19.00 heute
19.30 Direkt
20.15 Kennzeichen D
Eitel Sonnenschein? – Die Akkumulatorenfabrik der Familie Schwarz-Schilling feiert 75jähriges Jubiläum / William Borm, Liberaler – Der ehemalige Häftling in „DDR"-Gefängnissen wird Dr. h. c. der Karl-Marx-Universität, Leipzig / Pferdemarkt in Havelberg – 100 000 handelten, hökerten, feierten in der 8000-Seelenstadt an der Havel / Seit 30 Jahren wieder deutsch: das Saarland – Folgen einer Wiedervereinigung
Moderation: Giselher Suhr
21.00 Hotel
Planungen
21.45 heute-journal
22.05 Treffpunkt
Im Missionsmuseum Neuendettelsau
Ahnen im Exil
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Babels Monument
Von Franz Kluge
23.35 Nun siegt mal schön ...
Eine kabarettistische Revue
Von Lysistratas „Waffen der Frau" bis zu Brechts „Kanonenoper" spannt sich der Bogen der halbstündigen, kabarettistischen Revue.
0.15 heute

SAT 1

13.30 Trickfilmzeit mit Adelheid
14.00 Von drei nach zwei bis zu drei
15.00 Black Beauty
15.30 Musicbox
16.30 Happy Days
17.00 Kultur, Natur und Wissensch
18.00 Es darf gelacht werden
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport auf SAT 1
Franz Beckenbauer zum 40. burtstag
19.35 Hunter
Die Bombe – Eine Wahnsinnsid
20.30 Love Boat
Anschl. Wochenhoroskop
21.30 APF blick
22.15 Die blutigen Geier von Alaska
Deutscher Spielfilm (1973)
23.50 APF blick

3SAT

18.00 Höhlen – Welt ohne Sonne
anschl.
Das kalte Herz (1)
19.00 heute
19.30 Die Gitte-Show
20.30 Locker vom Hocker
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
23.15 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.22 RTL Spiel
19.30 Die Straße der Mode
20.20 RTL-Spiel
20.30 Krach im Hinterhaus
Deutscher Spielfilm (1949)
21.56 RTL-Spiel
22.05 Wer bin ich?
22.40 Horoskop
22.45 Betthupferl

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Bürgerforum
Die Krankenkosten
21.45 off-off
22.30 Fünf Freunde
Bulgarischer Spielfilm (1979)
23.45 Schach dem Weltmeister
Anatoli Karpow – Garri Kasparow
Bericht von der WM in Moskau (2)
0.05 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Pumkefitz Nr. 5
19.00 Arkadien in der Mark
Parks und Gärten in Berlin
19.45 Internationales TV-Kochbuch: Schweden

HESSEN
18.30 Pumkefitz Nr. 5
19.05 Das Beste aus der Hobbythek
Keramik
19.35 Der Physik-Zirkus II
Spione im Unsichtbaren
Gemeinschaftsprogramm:

NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
21.15 Mittwochs im III.
Alltag in der Fremde
Ausländer in Deutschland
21.45 Der Film-Club
Tod in Hollywood
Amerikanischer Spielfilm (1965)
Regie: Tony Richardson
23.40 Nachrichten

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Blut und Ehre (1)
Vierteiliger Fernsehfilm
Jugend unter Hitler
20.15 Reisewege zur Kunst: Spanien
21.00 Pandora und der Fliegende Holländer
Englischer Spielfilm (1951)
Mit Ava Gardner u. a.
23.00 Das romantische Zeitalter (9)
23.45 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '85
19.45 Mad Movies
Als die Bilder laufen lernten
20.15 Christians Wanderbrettl
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Der scharlachrote Buchstabe (1)
22.40 Über dem Äquator – Rauschgiftalltag in Frankfurt
23.25 Schach dem Weltmeister
23.55 Rundschau

Wir trauern um

Hulda Pankok

1895–1985 geb. *Droste*

Sie hat zusammen mit ihrer Tochter Eva die Idee und die Kraft gehabt, das Otto-Pankok-Museum in Hünxe-Drevenack aufzubauen und die Otto-Pankok-Stiftung ins Leben zu rufen.

Otto-Pankok-Gesellschaft
Dr. Friedrich W. Heckmanns
Vorsitzender

Otto-Pankok-Stiftung
Günter Emsters
Vorsitzender des Beirats

Ein erfülltes Leben ist friedlich zu Ende gegangen.

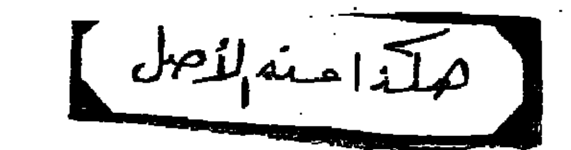
Martin Ehlers

geb. am 8. Juni 1911 gest. am 8. September 1985

In stiller Trauer
Irmgard Ehlers
Hanfried Ehlers und Frau Gudrun mit Carsten
Gerhard Ehlers und Frau Karla
Dr. Wilhelm Ehlers und Frau Barbara
Dr. Max Ehlers und Frau Herta
Martha-Ilse Limann geb. Ehlers
und alle Anverwandten

Norderstedt-Glashütte, Hans-Salb-Straße 100

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 17. September 1985, um 11 Uhr im engsten Familienkreise auf dem Friedhof Glashütte, Hummelsbüttler Steindamm 2, statt.



...e Unart Mundart

schw. – Sind wir alle Bayern? Wer das deutsche Fernsehen anschaltet, kann sich diesem Eindruck kaum noch entziehen. Bei Ansagerinnen und Reportern aus weiß-blauen Landen sind wir das bajuwarische Timbre längst gewöhnt. Aber nun dringen die süddeutschen Mundarten in immer mehr Filme vor und machen sie für die Mehrheit der Deutschen und zumal für Ausländer zur akustischen Qual. Das mag damit zusammenhängen, daß die meisten dieser Streifen auf dem neuen Babelsberg in München gedreht werden, aber auch mit dem internationalen Drang nach regionaler Vereinzelung.

In Österreich und der Schweiz wurde früher als „reichsdeutsche Pedanterie" ausgegeben, was heute in Bayern als „preußische Zackigkeit" gelten mag: die korrekte Anwendung der deutschen Grammatik. Die belgischen Zustände, die zu einem Sprachkrieg geführt haben, greifen nun auch nach Frankreich über, wo Kultusminister Lang regionale Sprachen und Folkloristisches fördert. Als Reaktion auf Francos zentralistische Kulturpolitik kann man zwar die Eigentümlichkeit des Miró-Museums in Barcelona begreifen, daß die Bildtitel und -erklärungen nur noch in Katalanisch abgefaßt sind, aber ein Ärgernis für einen durchschnittlich gebildeten Mitteleuropäer ist das doch.

Diese Flucht in den Dialekt ist offenbar eine Abwehrreaktion auf die Internationalisierung der Kultur durch ein Fernsehen, das bald über alle geographischen und technischen Grenzen hinweg gesehen werden kann. Das Wort Völkerverständigung gerät dabei in Gefahr, aus unserer Sprache verdrängt zu werden. Denn Heimat wird allenthalben wieder groß und mit mundartlich deformierten Umlauten geschrieben.

Berlin: Kagels „Sankt-Bach-Passion" uraufgeführt

Johann, eine feste Burg

Ideen hat er ja, dieser Mauricio Kagel, Wahl-Kölner aus Argentinien, Kompositionsprofessor, Schalk und Unruhestifter. Bach zu Ehren ein großes Chorwerk zu schreiben, es uraufzuführen in diesem Jubiläumsjahr: nun gut. Aber Bachs Passionsform aufzugreifen, Bachs Leben im Wechsel von einer im Evangelisten-Tenor vorgetragenen Vita und den kontemplativen Chorälen darzustellen und solchermaßen die alte, großartige musikalische Form neu zu erproben: das ist schon eine Huldigung von besonderer und geistreicher Art.

Uraufführung also von Mauricio Kagels „Sankt-Bach-Passion" zu den Berliner Festwochen, in der Berliner Philharmonie, in Anwesenheit des Bundespräsidenten. Wiederholungen der Aufführung dann gestern abend in Hamburg zum Orgelfestival, heute in der Frankfurter Alten Oper zu deren „Frankfurt Festen". Kagel plaziert die Uraufführung durchaus als Großereignis in die Landschaft dieses musikalischen Jubeljahres.

Aber Kagels Passion ist kein Ereignis, sie ist eine mit freundlichem Beifall bedachte Schwächlichkeit. Eine stattliche Zahl von Premierengästen floh während der pausenlosen, zweistündigen Länglichkeit von Kagels Opus – ohne jedes laute Protestzeichen, wie es wohl fällig gewesen wäre, wenn man sich der Meinung einiger streikender Chorsänger angeschlossen hätte, die während der Proben die Noten niederlegen, da sie das Stück als gotteslästerlich empfanden.

Nein, die schlechten Fäkal-Scherze, die Kagel vor Jahren an dem armen „Ludwig van" austobte, ersparte Kagel sich, uns und Bach. Er bastelte sich ein Libretto aus Bachschen Kantaten- und Passionstexten, aus zeitgeschichtlichen Dokumenten wie Briefen, Protokollen und Kirchenbüchern, schließlich aus dem Nekrolog auf Bach. Was Kagel aber doch nicht lassen kann (und das hat ihm den Vorwurf der Blasphemie eingetragen): Er ersetzt in den Textstellen oft Gott oder Christus durch Bach. Also: „Ein' feste Burg ist unser Bach", was für einen Komponisten sicher eine treffliche Aussage ist, aber doch dazu führt, daß die Passion Christi gleichgesetzt wird mit dem an Entbehrungen zwar nicht armen Komponistenleben, das aber gleichwohl keine Leidensgeschichte ist.

Hier liegt die geschmackliche Fragwürdigkeit von Kagels Textcollage. Er lästert zwar nicht den Gott der Christenheit, aber er treibt Jux mit Texten, die poetisch nicht gerade von hohem Rang sind, doch von frommer Geisteshaltung künden. Das *darf* man zwar gewiß, aber man *muß* es nicht tun aus künstlerischem Grund.

Wäre Kagel ein Komponist, dessen Musik zu dieser „Sankt-Bach-Passion" einem unter die Haut ginge, so würde das alles keine Rolle spielen. Aber Kagels musikalischer Beitrag ist in erster Linie ein doch nur literarischer. Will sagen: Kagel setzt die Noten b-a-c-h in hübsche Beziehungssysteme, zieht Melodie aus den Vornamen der Bach-Kinder: So läßt sich aus der Tochter Catharina Dorothea die Tonfolge c-a-h-a-a-d-h-e-a gewinnen. Da er sich wie jeder Bach-Jünger in der Zahlensymbolik des Bachschen Spätwerks festgebissen hat, spielt auch er ein bißchen den Kabbalisten. All das ist natürlich sehr bachisch, nur klingt es nach nichts.

Über Kagels Partitur mit Rechenschieber und Quintenzirkel zu grübeln mag ein Vergnügen sein, im Gegensatz zu Bachs klanglichen Resultaten sind diejenigen Kagels aber gleich Null: Fades Monotonisieren des Tenors, sanfte Harmonien des Orchesters, ein Chor, dessen Potential nicht genutzt wird, denn dazu müßte man etwas wie eine Doppelfuge schreiben können, und für eine solche Beherrschung des musikalischen Rüstzeugs bleibt Kagel abermals jeden Beweis schuldig. Er hat einmal seriell komponiert, dann Collagen geklebt; durch Erfindungskraft und Verarbeitungskunst ist er noch nie aufgefallen.

Des Komponisten und Dirigenten einsatzfreudige Helfer bei dieser Uraufführungs-Tournee: die Junge Deutsche Philharmonie, die Chöre vom Rias und Südfunk sowie die Limburger Domsingknaben, Gerd Zacher an der Orgel, die Gesangssolisten Anne Sofie von Otter, Hans Peter Blochwitz und Roland Herrmann sowie Peter Roggisch als Sprecher der Bach-Zitate. Es wird wohl dauern, bis das wieder zusammenzubringen ist.

REINHARD BEUTH

Poetentricks: R. E. Millers Film „Ruben, Ruben"

Genovevas Zottelhund

Der französische Philosoph E. M. Cioran hat einmal spöttisch gesagt, eine ihres Namens würdige Poesie beginne mit der Erfahrung der Schicksalhaftigkeit, nur die schlechten Dichter seien frei. Für diese Erkenntnis müßte ihm eigentlich der Held von US-Altmeister Robert Ellis Millers Film „Ruben, Ruben" vorgeschwebt haben. Denn dieser Gowan McGland ist ein derart miserabler Poet, daß er sich noch weit mehr Freiheiten erlauben könnte, als er ohnehin schon frech für sich in Anspruch nimmt. Seine Poeme sind schierer Schwachsinn, aufgedonnert mit hermetischen Metaphern, die keiner, geschweige denn er selbst, versteht.

So säuft er denn, schnorrt, schwindelt und hurt: Ein Möchtegern-Rimbaud, ein Malcolm-Lowry-Verschnitt, der die fadisierten Hausfrauen im ländlich-sittlichen Ostküsten-Amerika mit der Rezitation seiner schamlos-überkandidelten Verse ebenso kirre macht wie mit seinen Lieblingswaffen Alkohol und Amore. Bis ihn, diesen hakenschlagenden Casanova aus Connecticut, die wahre Liebe in Gestalt des Blond-Engels Genoveva überfällt, der Zottelhund Ruben zur Seite steht.

„Ruben, Ruben" kann sich rühmen, einen versierten Veteranen des amerikanischen Films als Drehbuchautor gewonnen zu haben. Es ist der 75jährige „Casablanca"-Verfasser Julius Epstein. Ihm ist hier ein recht vergnügliches dramma giocoso gelungen, dem es an dialogischem Witz, sei er nun giftig oder sanft oder gar von perfidem Hintersinn, keineswegs gebricht. Das Ende der Geschichte allerdings ist einfach hundsmiserabel schlecht.

Ohne den zwischen Melancholie und Aufgekratztheit souverän jonglierenden Tom Conti in der Rolle des bassetäugigen Schlawiners McGland wäre das Ganze aber wohl eher bieder geraten. Conti, physiognomisch zwischen Dustin Hoffman und Woody Allen changierend, spielt diesen Landneurotiker mit köstlich wehleidig-selbstverliebtem Charme. Seinen pantomimischen Offensiven hat seine Love-Story-Partnerin Kelly McGillis als Genoveva wenig entgegenzusetzen. Sie ist hübsch, aber die Regie hat sie auf ihrer eigenen braven Vorstellung von frischem Mädel sitzenlassen. Dieses Schicksal teilt jedoch das Gros des Film-Personals, das eher Attrappen ähnelt denn Menschen aus Fleisch und Blut.

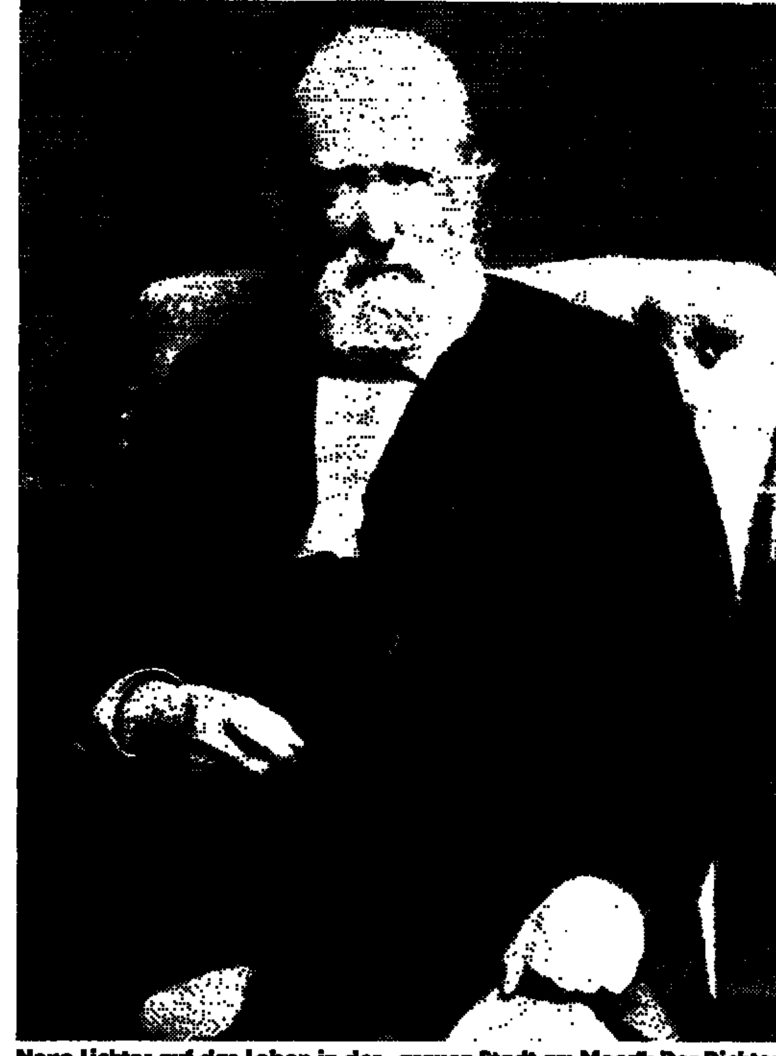
Daß Robert Ellis Miller seine Tragikomödie mit frech schlenkernder Kamera eingefangen hätte wie etwa Susan Seidelman ihr köstliches Verwechslungs-Thrillerchen „Susan – verzweifelt gesucht", wird man nicht gerade behaupten können. Er drehte nach altbewährten Hollywood-Mustern, sauber, ohne Pfusch und ohne Hektik, mit angenehmem Sinn für die unaufdringliche Form und den amüsanten Zungenschlag. „Ruben, Ruben" wurde so zu einem Film, dem man mit Gusto folgt, ohne sich der Langeweile ausgesetzt zu sehen. Den schwingenden Atem und die zauberische Poesie von Woody Allens „Midsummernight's Sex Comedy" hat er freilich nicht, auch wenn sein Held noch so tief in Midsummer-love-Nöten steckt.

KLÄRE WARNECKE

Gelernt, das Unglück zu ertragen – Der Briefwechsel zwischen Theodor Storm und Wilhelm Petersen

Gesundet durch den Schimmelreiter

Der Regierungsrat Wilhelm Petersen (1835–1900) rechnete sich selbst „unter das große Lesevolk" – und wäre doch so gerne ein großer Künstler, ein Maler oder ein Dichter gewesen. Theodor Storm hat ihn 1881 getröstet: „Aber auch so; dächte ich, wäre Ihr Leben reich genug; Ihre künstlerische Genußfähigkeit, und dabei diese Frau und diese Kinder, dazu noch vier wirkliche Poeten zu Freunden; Sie sind eigentlich ein ziemlich undankbarer Erdengast." Mit den vier „wirklichen" Poeten meinte Storm wohl Wilhelm Jensen, einen im 19. Jahrhundert viel gelesenen, heute zu Recht vergessenen Verfasser historischer Romane, Paul Heyse (Deutschlands ersten Nobelpreisträger für Literatur, 1910), Gottfried Keller und – natürlich sich selbst. Als Freund der Dichter ist der seit 1866 bei der Regierung in Schleswig tätige Petersen bekannt geworden, als ein genauer und kritischer Leser von Manuskripten und Korrekturbögen, als Anreger und Helfer in den Nöten des Alltags, ganz wie er sich in dem jetzt erstmals edierten Briefwechsel mit Theodor Storm darstellt, einer Korrespondenz, die 1873 einsetzte und erst in des Dichters Todesjahr (1888) endete.



Neue Lichter auf das Leben in der „grauen Stadt am Meer": Der Dichter Theodor Storm FOTO: DIE WELT

Wie für Gottfried Keller, dem die Freunde im Norden Deutschlands oft zu einer einzigen Gestalt verschmolzen sind, war Petersen auch für Theodor Storm der beharrlich mahnende und korrigierende Berater, der erste Leser im fruchtbarsten Jahrzehnt seines poetischen Schaffens, in dem die großen Altersnovellen von „Aquis submersus" bis zum „Schimmelreiter" entstanden sind; dieses Jahrzehnt war überschattet von der Sorge Storms um seinen ältesten, dem Alkohol verfallenen Sohn Hans, in diesem Jahrzehnt begannen seine Freundschaft mit dem Berliner Germanisten Erich Schmidt und der – von Petersen geschickt vermittelte – Briefwechsel mit Gottfried Keller.

Von den genannten Themen, dem poetischen Werk Storms, der Familie, den gemeinsamen Freunden, spricht die Korrespondenz auch vor allem, so, als seien Hademarschen, Schleswig und Husum tatsächlich Orte aus dem von Thomas Mann, Stefan Zweig und anderen im Kaiserreich geborenen und im Alter ins Exil verschlagenen Dichtern gerühmten „goldenen Zeitalter" bürgerlicher Sicherheit, als habe man dort die sozialen und politischen Spannungen des Bismarckreiches nicht empfunden. Kaum, daß Storm einmal ein Seufzer wegen des von der Universität Kiel – auf Einspruch eines störrischen Historikers – verweigerten Ehrendoktorhutes entschlüpft, selten, daß Petersen über das Elend der obdachlosen Arbeiter berichtet.

Die Sorge Storms um seinen Sohn Hans, der nach einem elfjährigen Studium endlich Examen machte, aber durch seine Trinkerleidenschaft alle Chancen des Arztberufes verspielte, begleitet den Briefwechsel vom Examensjahr (1877) dieses „Sorgenkindes" bis zu seinem Todesjahr (1886). Die Frage, ob am Lebensunglück des überforderten Sohnes nicht auch eine „culpa patris" (eine Schuld des Vaters) beteiligt sei, hat Storm bis zum eigenen Tod gequält. In der Erzählung „Hans und Heinz Kirch", deren Entstehungs- und Druckgeschichte z. B. in diesem Briefwechsel verfolgt werden kann, ist – nach der Meinung von Wilhelm Petersen – doch vieles von diesen Sorgen zu spüren: „Eine erschütternde Geschichte, bei welcher Sie Selbst doch wohl einigermaßen gelitten haben."

Überhaupt ist fast allzu viel von Tod und Schmerz und menschlicher Tapferkeit im Ertragen des Lebensleides die Rede; die Briefpartner fühlten sich als erfahrene, im Grunde als alte Männer, gezeichnet von einem Leben, das sie das Unglück ertragen lehrte, in dem sie aber jede Stunde des Glücks ausführlich beschrieben. So findet sich in der Korrespondenz auch die bekannte Diagnose des Arztes Emil Storm über seinen Bruder Theodor (1887): „... unter dem linken Rippenbogen eine gänseeigroße harte Geschwulst, die wohl kaum etwas anderes sein kann als Krebs; ..." Thomas Mann hat eine Anekdote daraus gemacht und berichtet, wie Storm, als ihm diese Diagnose mitgeteilt wurde, zusammengebrochen sei und die Arbeit am „Schimmelreiter" aufgegeben habe.

Erst jenes „Humbug-Consilium", das die korrekte Erkenntnis des Leidens bewußt in eine Fehldiagnose verfälschte, hat dann jenen Zustand herbeigeführt, der im Briefwechsel mit Petersen von Storm selbst bezeichnet wird: „... Magendruck u. Krampf in der Brust ... Das Schlimme ist, daß es sich durch jede freundschaftliche Unterhaltung sehr verschlimmert. Trotzdem ist der Schimmelreiter auf 127 Seiten Reinschrift ... und ca. 30 solche Seiten im Concept gewachsen." Das Meisterwerk, so schließt Thomas Mann daraus, mit dem Storm „sein Künstlerleben krönte, ist ein Produkt barmherziger Illusionierung".

Anekdoten dieser Art können aus dem Briefwechsel Storm – Petersen viele gewonnen werden. In der Reihe der von der Storm-Gesellschaft – unter ihrem auf Niveau sehenden Sekretär Karl Ernst Laage – vorgelegten Korrespondenzbände ist der vorliegende Band gewissermaßen ein „Leichtgewicht", was die beteiligten Partner und die verhandelten Themen anlangt; daß ihm der Herausgeber, der australische Germanist Brian Coghlan, und seine Helfer die gleiche editorische und kommentierende Sorgfalt angedeihen ließen wie den vorangegangenen Briefbänden, ist vor allem wegen des Faktums erwähnenswert, weil die Daten einer solchen Korrespondenz weit schwerer zu eruieren sind als die von der Forschung gut aufbereiteten Daten Fontanes oder Mörikes.

Die Briefe wurden meist aus den Handschriften ediert, wobei die Briefe Wilhelm Petersens hier erstmals vollständig publiziert sind. Der Kommentar bietet alle für das unmittelbare Verständnis der Briefe notwendigen Hinweise und versucht auch die wenigen Korrespondenzlücken durch Zitate aus Nachbarkorrespondenzen zu schließen. Daß die im Text verwendeten editorischen Zeichen sich nicht an den Vorschlägen der Normenkolloquien der Deutschen Forschungsgemeinschaft orientieren, ist nur ein kleiner Schönheitsfehler.

WOLFGANG FRÜHWALD

Theodor Storm – Wilhelm Petersen: Briefwechsel, in Verbindung mit der Theodor-Storm-Gesellschaft kritisch herausgegeben von Brian Coghlan. 284 Seiten, 84 Mark.

Essen zeigt Fotografien von Willy van Heekern

Tagebuch des Ruhrpotts

Es ist wie der Blick in ein Familienalbum des Ruhrgebiets. Da sieht man Kumpel unter Tage, Schafe vor der Ruhrgaszentrale, Bilder eines Eisenbahnunglücks, allerhand Prominenz und immer wieder einfache Leute. Die Fotos stammen aus dem Archiv des jetzt 88jährigen Willy van Heekern, dem das Folkwang-Museum in Essen eine Ausstellung eingerichtet hat. Van Heekern war – so der Untertitel – „50 Jahre Lokalreporter im Revier", von 1920 bis 1970.

Begonnen hatte er als Autodidakt, besuchte ein oder zwei Fotokurse im Essener „Kruppschen Bildungsverein". Restaurator – wie der Vater – sollte er eigentlich werden, nur mit einer besseren Ausbildung. Abendkurse im Zeichnen und Malen standen auf dem Programm, und auch noch ein Jahr Studium an der Essener Kunstgewerbeschule wurde angehängt.

Aber Restaurator wurde er dann doch nicht: Unabhängig und selbständig wollte er sein, und dafür schien ihm die Arbeit als Bildreporter gerade das richtige. Angefangen hat er zunächst als Fotograf und Dekorationsmaler bei einer Düsseldorfer Firma. Da hielt es ihn aber nicht lange, zu weit ab vom Geschehen fühlte er sich. Mit dem Buch „Der Illustrations-Photograph" machte er dann seine ersten Gehversuche als freier Fotograf. Städtebilder für Postkarten, Auftragsarbeiten für Betriebe und Aufnahmen für auswärtige Zeitschriften brachten das erste Geld.

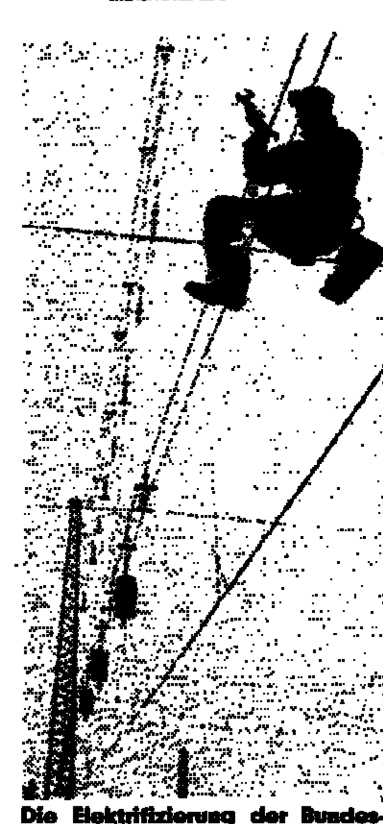
Die regionale Presse hielt sich zurück. Damals wollten die Redakteure die Seiten lieber mit Text füllen. Also gründete van Heekern 1928 mit einem Kollegen zum besseren Vertrieb der Fotos in Essen die Agentur „Westphoto". Zugleich arbeitete er für verschiedene Essener Tageszeitungen.

Das Ruhrgebiet wurde für den in Essen lebenden Willy van Heekern nicht nur Heimat, sondern auch Arbeitsgebiet. Hier schuf er mit seiner Kamera über 50 Jahre hinweg ein Tagebuch in Bildern. Grund genug für die Kulturstiftung Ruhr, die sich um die Förderung des kulturellen Lebens im Ruhrgebiet und die Erforschung seiner besonderen geschichtlichen Voraussetzungen bemüht, 1984 das gesamte fotografische Archiv van Heekerns mit ungefähr 10 000 Positiven, zahlreichen Glasplattennegativen, Roll- und Kleinbildfilmen aufzukaufen. Mehrere Filme fehlen allerdings: Die brauchten Angehörige der kanadischen Besatzungstruppen zum Kartoffelbraten.

Innerhalb des Forschungsbereichs „Bilddokumentation" der Kulturstiftung Ruhr ist dies die erste Ausstellung, die gleichzeitig als Tätigkeitsbericht verstanden sein will. Da waren die Bilder van Heekerns ein guter Griff. Sie dokumentieren den Alltag und das Besondere des Reviers. Und so hängen sie dann in seltener Eintracht beieinander: Furtwängler und die Trümmerfrau, die Zechensiedlung und der Schienenzeppelin, die Miedermodenschau und der Besuch Konrad Adenauers, die Klotschenkirmes in Essen-Heidhausen und die Fronleichnamsprozession. Willy van Heekern hat die Vorkriegszeit dokumentiert, er hat die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg festgehalten und die Jahre des mühsamen Wiederaufbaus, alles sachlich beobachtend, so daß auch heute kein Raum für irgendeine Nostalgie bleibt.

Vor allem aber hat er immer wieder Menschen fotografiert. Sie interessierten ihn oft mehr als die Ereignisse selbst. Einen Kunstanspruch oder Ewigkeitswert will er für seine Bilder gar nicht erst fordern, sie sollen nur Auskunft über das Zeitgeschehen geben, wie er es erlebt und gesehen hat. Und das mit einer bestechenden Konzentration auf den Kern der Sache. (Bis 22. Sept.; Katalog 22 Mark.)

HANNE-LORE HEILMANN



Die Elektrifizierung der Bundesbahn, fotografiert von Willy van Heekern FOTO: KATALOG

Schuld ist Amadeus – Das Schwetzinger Mozartfest

Salieri, neidzerfurcht

Amadeus hier, Amadeus da, auf der Leinwand, im Schauspiel, da fällt dann auch ein Strahl von Formans prämiertem Kino-Opus für ein sonst so wenig profiliertes Unternehmen wie das Deutsche Mozartfest im Schwetzinger Schloß ab. Die neue Devise „Vergeßt Mozart" gilt hier natürlich nicht. Ohne Forman, ohne Shaffer wäre das Parktheater Blieskastel nie auf die Idee gekommen, den in den Grundzügen frappierend gleichlautenden Einakter Puschkins „Mozart und Salieri" zusammen mit dessen Don-Juan-Version „Der steinerne Gast" zu spielen.

Die beiden Szenenfolgen gehören zu den vier „Kleinen Tragödien", funkelnden Psychogrammen, denen es nicht um historische Wahrheiten geht. Don Juans Liebesbeteuerungen zu Füßen seiner ewig-einzigen Geliebten Donna Anna wie auch Salieris neidzerfurchte Erkenntnis klingen in der deutschen Übersetzung Johannes von Günthers jedoch nach übersetzerischer Mühsal. Und mühselig rackerten sich auch die gastierenden Blieskastelaner durch Puschkins Verse, rezitierten hölzern wie Nachrichtensprecher.

Dichter, pointierter in jedem Fall, sind die beiden Szenen „Mozart und Salieri", in denen man bereits den ganzen „Amadeus" findet. Gert Christof und Robert Riegler allerdings boten kaum mehr als das Gerippe dieses fiktiven historischen Moments, und das klassische Bläseroktett Saar streute Mozartbearbeitungen ein.

Nicht alles dürfte so nach lustloser Fleißarbeit geschmeckt haben wie dieser Schauspielabend; immerhin spielte das Kreuzberger Streichquartett, dirigierten Hans Graf das Mozarteum-Orchester, Christopher Hogwood das Sinfonieorchester des Süddeutschen Rundfunks. Ordentlich spielte das Mozarteum-Quartett am ersten Tag dieses zehntägigen Festes Werke von Mozart und dem gleichaltrigen, als schwedischer Hofkapellmeister wirkenden, Joseph Martin Kraus, u. a. zwei Jagdquartette, die ihren mißverständlichen Titel jeweils durch kurze Jagdhorn-Assoziationen erhielten. Daß die Spieler aus Salzburg auf die leeren Formeln des „badischen Mozart" ziemlich mißlaunig reagierten, darf man ihnen kaum ankreiden. Ihre grandseigneural-plaudernde Unverbindlichkeit gaben sie vorübergehend im Adagio von Mozarts Quartett KV 458 auf.

Anläßlich dieses 34. Deutschen Mozartfestes wurde erstmals die vom Salzburger Mozarteum zusammengestellte Wanderausstellung „Wolfgang Amadeus Mozart" präsentiert. Mehr als 300 Tafeln – selbstverständlich keine Originale – verbinden Teilaspekte wie „Mozart und Salzburg", „Die Reisen Mozarts" und „Mozart und Wien" zu einer Bilderflut, die weder die Salzburger Zeitgenossen (Hagenauer, Haffner, Lodron) unbeachtet läßt, noch historische Größen wie Noverre oder die Pompadour vergißt. Nichts scheint zu fehlen, von den Theaterzetteln bis zum ersten Köchelverzeichnis und den alten und neuen Mozart-Ausgaben.

Bis 1991 laufen die Planungen für diese Ausstellung, dann geht's in die Dritte Welt. In einzelne Abteilungen zerlegbar, ist die Schau praktikabel und hübsch anzusehen. Was wird in Erinnerung bleiben? Die Quintessenz von Rudolph Angermüllers Eröffnungsvortrag, daß Mozart ein Drittel seines Lebens auf Reisen verbrachte, ist doch zu dünn. Angermüller hat dies genau geprüft, er hat die Stunden in Salzburg und anderswo gezählt und addiert, er rattert im D-Zug-Tempo durch Mozarts Leben, nach Versailles, Italien, Prag, Wien, hin und zurück ... War Mozart ein Handlungsreisender in Sachen Musik?

ROLF FATH

KULTURNOTIZEN

„Kunst in Schlesien – Künstler aus Schlesien", die Ausstellung im Oberschlesischen Landesmuseum Ratingen, wird bis 29. September verlängert.

Die Görres-Gesellschaft hat vom 5. bis 9. Oktober nach Osnabrück zur Generalversammlung eingeladen.

Deutsche und italienische Verleger treffen sich am 20. und 21. September im Italienischen Kulturinstitut in Köln, um über eine engere Zusammenarbeit zu sprechen.

Der Deutsche Romanistentag findet vom 30. September bis 3. Oktober in Siegen statt.

Natasa Velkovic, eine siebzehnjährige Jugoslawin, gewann den Clara-Haskil-Klavierwettbewerb in Vevey.

Ikonen aus Bulgarien zeigt die Kunsthalle Recklinghausen bis 29. September.

Die Kuppel der Stephansbasilika in Budapest wurde renoviert und durch den Münchner Kardinal Friedrich Wetter geweiht.

JOURNAL

Mortier Projektleiter der neuen Pariser Oper

AFP, Paris

Der Direktor der Brüsseler Oper, Gerard Mortier, ist vom französischen Kulturminister Jack Lang zum Projektleiter der neuen Opera de la Bastille in Paris ernannt worden, die 1989 eingeweiht werden soll. Der 41jährige Flame aus Gent soll die Gestaltung des neuen Hauses in die Hand nehmen, sobald die Fundamente des Baus stehen. Er arbeitet dabei mit Pierre Boulez zusammen, der zum künstlerischen Leiter bestellt wurde. Mortier steht seit 1980 an der Spitze des renommierten Théâtre Royal de la Monnaie, der königlichen Oper in Brüssel. Zuvor war er von 1972 bis 1974 an der Deutschen Oper am Rhein in Düsseldorf tätig, danach in Frankfurt, Hamburg und Covent Garden.

Fast 890 Millionen Analphabeten

AFP, Paris

Derzeit gibt es weltweit 889 Millionen Analphabeten, davon sind rund 60 Prozent Frauen. Das geht aus einer Studie der Unesco hervor, die anläßlich des „Internationalen Analphabetismustages" in Paris vorgelegt wurde. Asien – dort vor allem China und der indische Subkontinent – hat mit 660 Millionen einen Anteil von nahezu drei Viertel daran. Der höchste Grad des Analphabetentums sei jedoch in Afrika festzustellen, wo jeder zweite – 54 Prozent – des Lesens unkundig ist. In Asien liegt diese Quote bei 36,3 Prozent, in Lateinamerika und der Karibik bei 17,3 Prozent. In den Entwicklungsländern leben insgesamt 869 Millionen Analphabeten. Die Industrienationen haben jedoch trotz einer relativ geringen Zahl von etwa 20 Millionen Menschen, die überhaupt nicht lesen und schreiben können, Sorgen mit der wachsenden Zahl von „funktionalen" Analphabeten, das heißt Personen, deren Grundbegriffe von Lesen, Schreiben und Rechnen nicht ausreichen.

Exotisches bei der Theater-Biennale

MvZ. Venedig

Westliche und orientalische Theatertraditionen begegnen sich bei der 33. Theater-Biennale Venedigs vom 4. bis 20. Oktober. Sie steht unter dem Motto „Aktion und Bewegung – von der Commedia dell'arte bis zum Tanztheater". Zu den Höhepunkten des Programms gehören: Shakespeares „Sturm" in Eduard de Filippos Übersetzung, gespielt von den Marionetten Carlo Collas, Aischylos' „Clytemnestra" und Tschechows „Drei Schwestern", von der Suzuky Company im Stil des Kabuki- und No-Theaters gespielt. Das La-Mama-Theater, New York, kommt mit Becketts „That Time" sowie Bob Wilson mit „The Kneeplays". Vier Aufführungen zeigt das Nordisk Teater Laboratorium, Holstebro, und Jarrys „Ubu Roi" wird von Marionetten, die Enrico Bay entwarf, vorgeführt. Außerdem findet ein „Laboratorium für Arlechino", gehalten von Dario Fo, statt.

Wertvolle Instrumente der Stadt geschenkt

W. K. Braunschweig

Eine wertvolle Sammlung von Tasten- und Saiteninstrumenten hat das Braunschweiger Klavierunternehmen Grotrian-Steinweg, das am 19. September sein 150. Gründungsjubiläum feiert, der Stadt Braunschweig geschenkt. Die Sammlung soll im Städtischen Museum ausgestellt werden. Gleichzeitig wurde die Ausstellung „Klavierbau in Braunschweig – Vergangenheit und Gegenwart", in der diese Instrumente sowie Dokumente und Bilder bis Ende November gezeigt werden, eröffnet.

Tage Neuer Musik zum Stadtjubiläum

DW. Brühl

Ein Portraitkonzert Günter Bialas, Arbeiten des jungen Komponisten Michael Denhoff und ein Abend mit Uraufführungen aus der Kompositionsklasse Hans Werner Henzes an der Kölner Musikhochschule sind Teile eines dreitägigen Musikfestes, das die Stadt Brühl vom 27. bis 29. September aus Anlaß ihrer 700-Jahr-Feier ausrichtet.

Sport und Kunst in der „DDR"

DW. Köln

Sportliche Erfolge und die Kunst „Made in DDR" gehören zu den Dingen, mit denen die „DDR" international Eindruck zu machen versucht. Die Darstellung von Themen aus der Welt des Sports in der Kunst ist deshalb besonders geschätzt. Auf diese Zusammenhänge weist Peter Kühnst mit der Broschüre „Sport und Kunst – Sporting Art in der DDR" (Verlag Wissenschaft und Politik, Köln, 32 S., 24 Abb., 6,80 Mark) hin, die jetzt in der Reide Edition Deutschland Archiv erschien. Es ist eine knappe Studie, die die Ziele und die Eingrenzungen dieses Bild-Genres in der „DDR" beschreibt.

In Florenz geht die Angst vor einem Blaubart um

Liebespaar im Zelt ermordet / Bereits das 16. Opfer

KLAUS RÜHLE, **Rom**

Der „Blaubart von Florenz" hat erneut zugeschlagen. Ein französisches Liebespärchen ist von ihm, vermutlich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, umgebracht worden. Jean Michel Kravechvili (25) und Janine Lancilotti (36), verheiratet und Mutter von zwei Kindern, wurden von dem Mörder in ihrem Zelt in einem Wäldchen, 15 Kilometer von Florenz entfernt, überrascht.

Der Mörder schlich sich offenbar leise heran, durchschnitt die Zeltplane und erschoß den flüchtenden Mann und dann die hilflose Frau. Nach dem Vorbild seiner vorausgegangenen 14 Untaten verstümmelte er der Toten mit einem Messer die Geschlechtsteile – ein Ritual, das sich regelmäßig wiederholt. In allen Einzelheiten gleicht der scheußliche Mord den vorausgegangenen. Es wird immer dieselbe Waffe verwendet, ein Beretta-Revolver, Kaliber 22. Auch Zeit und Ort sind dieselben: Wochenenden, bei Neumond, in den Waldungen um Florenz. Und wie stets fehlt jede Spur des Mörders.

Die jetzt von einem Pilzsucher entdeckte Bluttat ist die vorläufig letzte in einer langen Mordserie des Liebespärchen-Mörders. Sie begann am 21. August 1968 und verteilt sich auf 17 Jahre. In letzter Zeit liegen in der Regel Abstände von je 15 Monaten zwischen den einzelnen Mordtaten. Der offensichtlich von Sexhaß Besessene schlägt zu, wenn er in einsamer Umgebung auf ein Pärchen in zärtlicher Umarmung stößt. Seine krankhaften Gefühle toben sich nach vollendeter Bluttat an der toten Frau aus.

Nur einmal fiel er einem Irrtum zum Opfer, als er am 9. September 1983 zwei junge deutsche Touristen, Horst Friedrich und Uwe Ruschens, in ihrem kleinen Campingmobil umbrachte. Die langen Haare von Uwe hatte ihn getäuscht, er hielt den jungen Mann für eine Frau.

Polizei und Justiz von Florenz sind ratlos. Nicht weniger als fünf Unschuldige wurden verdächtigt und für längere Zeit in Untersuchungshaft gesteckt. Einer von ihnen, Stefano Mele, Ehemann des ersten weiblichen Opfers, hatte sich sogar selbst des Mordes bezichtigt und wurde daraufhin zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der folgenden Mordtat des Liebespärchen-Mörders stellte sich die Unschuld Meles heraus und zugleich, daß der fälschlich Verurteilte geisteskrank war.

In Florenz herrscht Panik. Nach 16 Mordtaten an acht Pärchen wagt kein Florentiner mehr, mit der Verlobten oder Geliebten einsame und romantische Waldgegenden in Stadtnähe aufzusuchen. Es ist daher kein Zufall, daß neuerdings in der Regel ausländische Pärchen die Opfer sind. Die Polizei hat jetzt das gesamte Gebiet im Umkreis von zehn Kilometern rund um den Tatort abgesperrt. Doch die Hoffnungen, den Liebespärchen-Mörder zu fassen, sind sehr gering. Es fehlt jede Spur.

LEUTE HEUTE

Mut

Mit dem erstmals verliehenen „Goldenen Gurt" zeichnete der Berliner ADAC jetzt Bundesverkehrsminister **Werner Dollinger** (CSU) aus: Er erhielt diese Ehrung für die Einführung des Verwarnungsgeldes von 40 Mark, das Gurtmuffel seit dem 1. August 1984 zahlen müssen. Seither stieg die Anlegequote von 50 auf 90 Prozent. Innerhalb eines Jahres ging die Zahl der Verkehrstoten um 20 Prozent zurück. Berlins ADAC-Chef **Wolf Wegener** sagte, Dollinger habe „großen Mut" zu einer unpopulären Maßnahme gezeigt, „die Leben und Gesundheit aller Bürger schützt."

Wissen

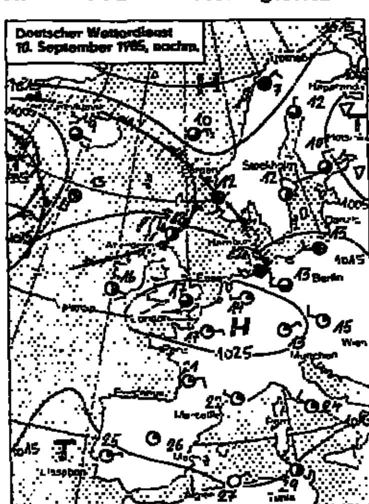
Die 28jährige französische Ärztin **Claudie Deshays** wird die erste europäische Frau im All sein. Zwischen 1987 und 1991 soll sie an insgesamt fünf Weltraumflügen teilnehmen. Ihr umfangreiches medizinisches Wissen führte zu der Auswahl unter mehr als 1100 Bewerbern.

Charakter

Ronald Reagan, **Frank Sinatra** und **Paul Newman** gehören zu den zehn amerikanischen Männern über 60, die nach Meinung des Frauenmagazins „McCall's" ein Maximum an Sex-Appeal besitzen. Eine besondere Ausstrahlung und Attraktivität besitzen ferner: die Autoren **Norman Mailer** und **Bashevis Singer**, die Schauspieler **Cary Grant** und **John Forsythe**, Chrysler-Boß **Lee Iacocca**, Filmemacher **John Huston** und Baseballspieler **Joe di Maggio**. Die Journalistinnen meinen, Sex-Appeal zeuge nicht von Manneskraft und Fortpflanzungsfähigkeit, sondern drücke Persönlichkeit und Charakter aus.

WETTER: Trocken

Wetterlage: Ein Hoch über Mitteleuropa bestimmt das Wetter im größten Teil Deutschlands. Nur der Nordosten wird von den Wolkenfeldern eines schwachen Tiefausläufers gestreift.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still ≡ Nebel, ● Sprühregen, ● Regen, ✱ Schneefall, ▼ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch- T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Mittwoch:

Im Nordosten wolkig, aber niederschlagsfrei, sonst tagsüber sonnig, nachts klar oder nur gering bewölkt, in den Frühstunden gebietsweise starker Dunst oder Nebel. Höchsttemperaturen im Norden bei 18 Grad, sonst zwischen 19 und 23 Grad. Nächtliche Tiefstwerte zwischen 6 und 11 Grad. Allgemein schwachwindig.

Weitere Aussichten:

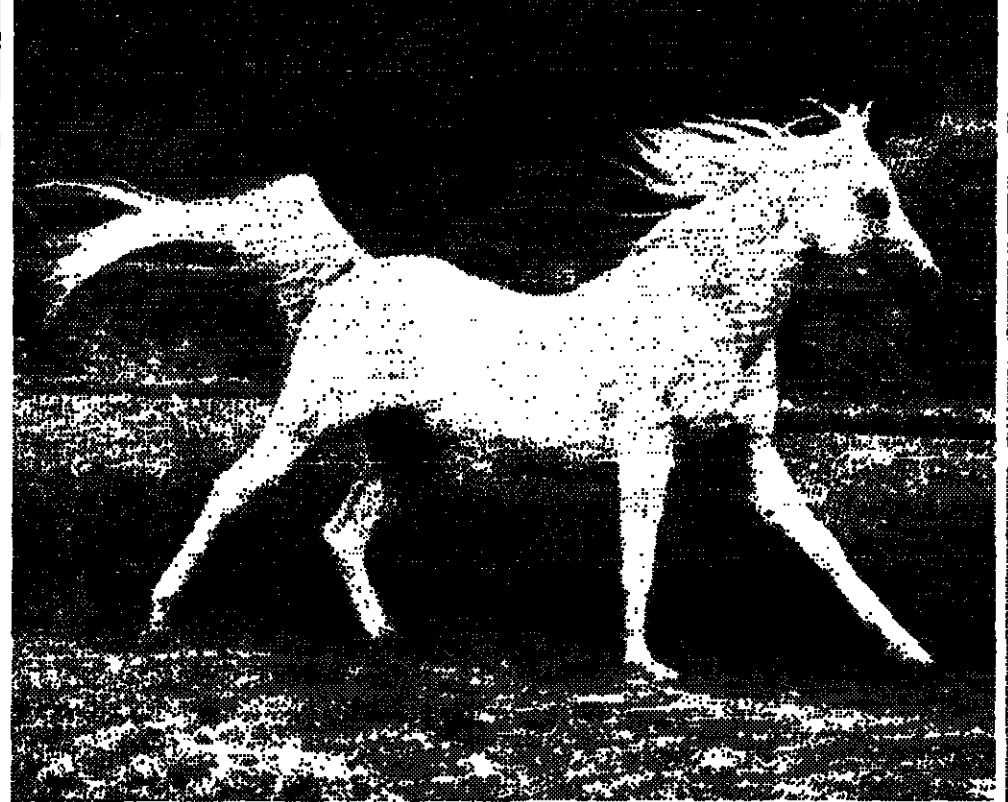
Sonnig und trocken bei noch ansteigenden Temperaturen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	29°
Bonn	14°	Kopenhag.	15°
Dresden	13°	Las Palmas	24°
Essen	14°	London	17°
Frankfurt	15°	Madrid	26°
Hamburg	12°	Mailand	21°
List/Sylt	14°	Mallorca	29°
München	13°	Moskau	13°
Stuttgart	13°	Nizza	25°
Algier	27°	Oslo	12°
Amsterdam	18°	Paris	17°
Athen	26°	Prag	12°
Barcelona	25°	Rom	24°
Brüssel	16°	Stockholm	12°
Budapest	17°	Tel Aviv	28°
Bukarest	20°	Tunis	29°
Helsinki	10°	Wien	15°
Istanbul	19°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 6.52 Uhr, Untergang: 19.44 Uhr; **Mondaufgang:** 3.06 Uhr, Untergang: 19.20 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Erster europäischer Wettbewerb reinrassiger Araber in Dillenburg





Traumpferde: Neben Schönheit und einem sanften Temperament begeistert der Araber durch seinen dem Menschen zugeneigten Charakter.
FOTOS: REINHARD/FRECKWINKEL

Allah nahm vom Südwind eine Handvoll...

S. FRECKWINKEL, **Dillenburg**

„Da nahm Allah vom Südwind eine Handvoll und schuf daraus das Pferd. Er sprach: Ich habe Dir die Kraft zum Fliegen verliehen ohne Flügel, und ich will auf Deinen Rücken Männer setzen, die mich preisen und loben und mir Hallelujah singen." So die Worte des Propheten Mohammed, niedergeschrieben im Koran.

Keine andere Pferderasse ist so verherrlicht und mit einem mythischen Hauch umgeben worden wie der Araber. Blutige Fehden zwischen den Beduinenstämmen wurden um den Besitz der legendären Hengste und Mutterstuten ausgetragen.

Spärliche und unregelmäßige Nahrung, das mörderisches Klima der Arabia Deserta, in dem nur das beste Pferdematerial überleben konnte, haben im Verlauf der Jahrtausende die herausragenden Eigenschaften des asilen Arabers wesentlich geprägt: Mut, Intelligenz, Lernbereitschaft, Ausdauer und ein dem Menschen zugeneigter Charakter.

Die Vielfalt seiner Talente beweist der Araber auch in anderen Rassen, die nachhaltig von ihm profitiert haben: Englisches Vollblut, Lipizzaner, Trakehner, Hannoveraner und fast alle bedeutenden Pferderassen wurden durch ihn verbessert.

Asil ist ein arabisches Wort und heißt soviel wie rein, edel, unverfälscht: Nur Pferde, deren Abstammung ausschließlich auf die traditionelle Zucht der Beduinen zurückgeht und bei denen zu keiner Zeit nichtarabische Pferde eingekreuzt wurden, gelten als asile Araber.

Diese zierlichen, fast zerbrechlich wirkenden Tiere sind eine Elite, sie sind selten und man muß kein passionierter Reiter oder Pferdeliebhaber sein, um von der Anmut und der Schönheit dieser Wüstenpferde fasziniert zu sein.

Zwei Tage lang standen diese edlen Pferde jetzt im Mittelpunkt des erstmals ausgetragenen Asil Cup International. Auf dem Gelände des Hessischen Landgestüts in Dillenburg trafen sich Züchter, Aussteller und Freunde des reinblütigen Arabers aus Europa und den Vereinigten Staaten auf der vom Asil Club veranstalteten Araberschau.

Die Mitglieder des weltweit verbreiteten Asil Clubs haben sich zum Ziel gesetzt, den zu den ersten Reinzuchtrassen der Welt zählenden asilen Araber zu erhalten. Bis in die siebziger Jahre hinein war das arabische Pferd in Europa vom Untergang bedroht, und nur durch konsequente Blutführung ist es den Züchtern gelungen, ihre Zahl zu verzehnfachen.

Etwa 2500 Zuschauer verfolgten an den beiden Veranstaltungstagen das abwechslungsreiche und originelle Programm. Neben Zuchtschauen, eindrucksvollen Hengstparaden, Dressurvorführungen und Schaubildern mit Falken, Adlern, Kamelen und Salukis, den persischen Windhunden, zählte die Präsentation freilaufender Araberstuten mit ihren Fohlen, die laut schnaubend mit hochaufgerichtetem Schweif und aufgestellten Ohren über den Paradeplatz galoppierten, zu den Höhepunkten dieser gelungenen Veranstaltung.

Siebter Antrag auf Befangenheit im Scholl-Prozeß

FLORIAN NEHM, **Baden-Baden**

„Sofern der Zeuge nicht in Hinterindien lebe", könne er vor Gericht geladen werden. Diese Äußerung des Vorsitzenden Richters im Prozeß gegen Hans-Otto Scholl nahm gestern die Verteidigung zum Anlaß, erneut einen Antrag auf Befangenheit des Vorsitzenden Richters zu stellen.

Dabei geht es um den, nach Scholls Angaben, französischen Staatsbürger, den der Angeklagte am 28. Dezember 1984, also dem Tag des Überfalls auf das Juweliergeschäft Koch, im Auftrag der Lufthansa in Baden-Baden traf.

Die Verteidigung möchte verhindern, daß durch Verlesung der Terminabrechnung Scholls, dessen anwaltliche Schweigepflicht und damit seine berufliche Existenz „vernichtet" werde. Die Staatsanwaltschaft hingegen wies darauf hin, daß die Lufthansa die Abrechnungsunterlagen ihres Beraters Scholl dem Gericht zur Verfügung gestellt habe.

Bevor sich das Gericht zur Beratung zurückzog, gab es bekannt, daß nach Angaben Straßburger Behörden, ein Finanzberater namens Charles Robert Weber-Perez in keinem Berufsregister und nicht einmal im Telefonbuch stehe. Weber-Perez ist der Mann, der Scholl in Zürich telefonisch zu erpressen versucht haben soll. Auch der Portier des Zürcher Hotels Baur au Lac kann sich nicht an einen gewissen Keßler erinnern, der, so Scholl, diesem zwei Ringe aus dem Überfall übergab.

Der in Haft sitzende Schwager des Ringüberbringers Keßler, hatte sich am Montag überraschend für vernehmungsunfähig erklärt.

Auf Kollisionskurs mit dem Kometen Giacobini-Zinner

Wichtige Aufschlüsse von der Nasa-Sonde „Ice" erwartet

WOLFGANG WILL, **New York**

Alle sprechen von Halley, dem Kometen, der um die Weihnachtszeit am Firmament erscheinen soll. Doch bereits heute morgen steht ein dramatisches Rendezvous im Weltraum, 43 Millionen Kilometer von der Erde entfernt, bevor: Die US-Sonde „Ice" befindet sich auf Kollisionskurs mit dem Kometen Giacobini-Zinner. Die Begegnung zwischen dem Kometen und einem „Erdenfahrzeug" wird nicht nur von der Nasa mit Spannung erwartet.

Für die Amerikaner ist die Erforschung des Kometen eher eine Verlegenheitslösung gewesen. Während Europa, die Sowjets und die Japaner rechtzeitig an Exkursionen zu Halley dachten, gerieten die USA aus Budgetgründen ins Hintertreffen. Doch die Nasa verließ sich auf die Improvisationsgabe und Genialität ihrer Wissenschaftler, vor allem des Flugbahnexperten Robert Farquhar.

Der 1978 gestartete Sonnen-Satellit Isee-3 (International Sun-Earth Explorer) hatte längst seine Schuldigkeit getan, aber die großen Mengen Treibstoff, die sich noch an Bord befanden, ließen Farquhar keine Ruhe. Erst dachte er daran, Isee-3 so zu steuern, daß der Satellit als US-Sonde den anderen Raumfahrzeugen, die Halley erforschen werden, Gesellschaft leisten sollte. Das aber hätte bedeutet, den Europäern „nachzuklappern", wie es ein Nasa-Ingenieur in Huntsville umschreibt. Also ersann Farquhar eine andere Lösung.

Zunächst wurde Isee in Ice (International Cometry Explorer) umbenannt. Um die Weihnachtszeit 1983 begann dann das Abenteuer mit dem Starten des Triebwerkes. Farquhar hatte die Notwendigkeit einer ganzen Serie von Loopings errechnet, die der Satellit ausführen mußte. Auf diese Weise kam er fünfmal in die Nähe des Mondes, dessen Gravitation als eine Art Schwungrad benutzt wurde. Viermal insgesamt mußte das Triebwerk für größere Manöver gezündet werden, und zur Kursfeineinstellung waren weitere elf Navigations-Korrekturen erforderlich.

Der zum Kometen-Pfadfinder gewordene Sonnen-Späher ist für seine neue Aufgabe nur bedingt geeignet, denn er hat keine Kamera und auch keinen Staub-Analysator an Bord. Aber drei seiner Sensoren, die der Sonne den Puls gefühlt hatten, können Kometenstaub „ergründen". Die von ihm übermittelten Daten – so hoffen die Nasa-Wissenschaftler – werden erste Hinweise darauf geben, wie Giacobini-Zinner beschaffen ist.

Noch wichtiger aber ist: Das erste Rendezvous mit einem Kometen überhaupt gibt vielleicht wichtige Hinweise auf das, was die Sonden, die auf Halley lauern, erwartet. Deshalb sind auch Forscher aus Westeuropa, Japan und der Sowjetunion zum Nasa-Zentrum Goddard aufgebrochen, „um dort aus erster Hand lernen zu können", wie ein britischer Wissenschaftler meinte.

Ice wird sich dem Kometen Giacobini-Zinner nur bis auf 10 000 Kilometer nähern. Europas „Giotto"-Sonde dagegen wird dem Kometen Halley dichter auf den rauhen Pelz rükken und im Abstand von nur 500 Kilometern vorbeifliegen.

Schulboykott in New York nach Aids-Hysterie

AP/dpa, **New York/Genf**

Mehr als 250 000 Schulkinder sind am Montag in New York von ihren Eltern dem Unterricht ferngehalten worden, weil ein Schüler einer Grundschule an der Immunschwäche Aids erkrankt ist. Die Identität des Erkrankten und der betroffenen Schule wurden von den Behörden bisher verschwiegen. Die Eltern wollen nun den Schulboykott solange fortsetzen, bis das kranke Kind vom Unterricht ausgeschlossen wird.

Bürgermeister Edward Koch rief die Eltern auf, ihre Kinder nicht zu beunruhigen. Es sei falsch, bei den Kindern Angst zu schüren, indem man sie nicht zur Schule lasse. Bei einem Besuch der öffentlichen Schule Nummer 26 habe er kein Kind gesehen, das über Aids geredet habe.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) will die Forschung gegen die tödliche Immunschwächekrankheit Aids weltweit koordinieren. Wie WHO-Sprecher Gino Levi gestern in Genf mitteilte, sollen Vertreter der Bundesrepublik, der USA, Australiens, Frankreichs, Großbritanniens und der Zentralafrikanischen Republik am 25. und 26. September in Genf darüber beraten.

Dabei geht es um die weltweite Verbreitung der Krankheit, die Lage in den einzelnen Ländern und die Entwicklung eines Impfstoffes. Beraten werden soll außerdem über die Koordinierung der Ausbildung von Fachpersonal, der Sammlung von Expertenberichten und epidemiologischen Forschungen. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation waren Ende August rund 14 000 Menschen an Aids erkrankt.

Sieben Risse in Kabinenwand der JAL-Boeing

AFP/dpa, **Tokio**

In der rückwärtigen Kabinenwand der japanischen JAL-Boeing, deren Absturz am 12. August 520 Menschenleben forderte, sind sieben Rißstellen entdeckt worden. Dies gab gestern die Untersuchungskommission des japanischen Verkehrsministeriums in Tokio bekannt. Wie die Kommission ermittelte, waren vier der Risse nach einer Bruchlandung der Boeing 747 im Jahr 1978 auf dem Flughafen Osaka bereits einmal von Boeing-Technikern repariert worden. Damals war die untere Hälfte der rückwärtigen Kabinenwand, die die unter Druck stehende Passagierkabine vom Heckbereich trennt, ersetzt worden. Die Metallplatten jedoch, in denen sich die vier Risse befanden, wurden nicht ausgetauscht, sondern lediglich mit Aluminium verkleidet. Japans Transportminister Tokuo Yamashita hat gestern den amerikanischen Flugzeughersteller Boeing kritisiert, daß er ohne Absprache mit den zuständigen Behörden in Tokio einen Bericht über Reparaturen an dem Jumbo-Jet veröffentlicht habe. „Japan ist für die Untersuchung der Absturzursache verantwortlich, und Boeings einseitige Erklärung ist unangemessen", sagte Yamashita gestern in Tokio.

Feuer-Notstand

AFP, **Nimes**

Mehr als 2000 Hektar Waldland mit Pinien und Kastanienbäumen sind in der Nacht zum Dienstag bei einem Großbrand in der Nähe von Nimes im südfranzösischen Departement Gard vernichtet worden. Rund 1000 Bewohner von fünf Dörfern in den Cevennen, darunter die Insassen eines Altersheimes, mußten angesichts der näherrückenden, acht Kilometer breiten Feuerfront evakuiert werden. Einige Häuser wurden nach Mitteilung der Feuerwehr zerstört oder schwer beschädigt. Der durch heftigen Mistral-Wind angefachte Flächenbrand wurde gestern morgen von mehr als 1000 Feuerwehrleuten und Soldaten, darunter im Gebiet stationierten Fremdenlegionären, bekämpft.

Teure Suche

dpa, **Köln**

„Rechtsanwalt, arbeitslos, von privat gesucht. Tel ..." Diese Anzeige in einem Werbeblatt brachte einem Bauingenieur aus dem Raum Köln eine Menge Ärger und einen Prozeß ein. Die Wettbewerbskammer des Landgerichts Köln sah darin nämlich eine „Anstiftung zu standeswidrigem Verhalten" (Az.: 31 O 359/85). Der Ingenieur muß nun die Gerichtskosten und die Anwälte bezahlen.

Weltrekord

dpa, **Wessling**

Der kurzzeitig nach Österreich abgewanderte Weltrekord im Maßkrugstemmen ist wieder nach Bayern zurückgekehrt. Der Nürnberger Michael Polus hielt bei einem Ausscheidungswettbewerb einer Münchener Brauerei in Wessling (Landkreis Starnberg) den vollen Maßkrug mit gestrecktem Arm 45 Minuten und [illegible] Sekunden.

ZU GUTER LETZT

„Deutschlands schönster Busen ist in festen Händen." Die Hamburger Ausgabe der „Bild"-Zeitung über das Fotomodell Bea Fiedler (28).

